Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Bremen, den 12.12.2013
Bearbeitet von: Herrn Wojke
Tel.: 361 8321

Lfd. Nr. **155/13**

Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Kinder und Jugend
am 19.12.2013

Bericht zur Quartiersentwicklung „Altes“ Zentrum Blumenthal
Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 11.12.12 Nr.18/244 S
„Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“

A. Problem

Entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses ist der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend, der städtischen Deputation für Inneres und Sport, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte – beginnend im Frühjahr 2013 – halbjährlich zu berichten.

B. Lösung

Ein Bericht über den Stand der Umsetzung einzelner Maßnahmen wurde erstellt und ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Das „Alte“ Zentrum Blumenthal wurde in das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) mit flankierender Förderung aufgenommen. Die Mittel sind im Haushalt 2014/2015 enthalten.
Männer und Frauen sind grundsätzlich gleichermaßen von den eingeleiteten Maßnahmen betroffen. Bei der Maßnahmeplanung zeichnet sich ab, dass auch frauenspezifische Maßnahmen und Angebote entwickelt werden müssen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Berichterstattung ist mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Arbeit, Wirtschaft und Häfen, dem Senator für Inneres und Sport und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr abgestimmt.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage/n:

1. Bericht zur aktuellen Situation im „Alten“ Zentrum Blumenthal
2. Bestandsanalyse und Handlungskonzept Blumenthal Zentrum (2 Dokumente)
3. Auszüge der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)
4. Rahmenvorgaben Förderung Altes Zentrum Blumenthal

Auszüge der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)

S 9 Polizeiinspektion Nord Delikte	PKS SNR	2012 1. H	2013 1. H
Straftaten ges.	------	4.036	3.715
Raub	210000	80	60
dav.Handtaschenraub	216000	4	1
dav. Raub a.Str.Weg..	217000	26	24
Körperverl.-ges.	220000	339	381
dav. gef.KV	222000	90	96
dav.gef.KV Str.	222100	39	40
dav.vors.leichte KV	224000	232	261
D. in/aus Whg.	*35*00	457	216
einf.D.in/aus Whg.	335*00	50	52
ED aus Whg.	435*00	407	164
dav. TWE	436*00	188	71
Diebst. In/aus Boden-, Kellerräumen u. Waschküchen	*40*00	48	44
dav. ED aus Boden-	440*00	39	33
D. in/aus/an Kraftwagen **	*50*00	250	247
schw.D.in/aus/an Kfz **	450*00	136	128
Sachbeschädigung	674000	393	298
Sachbeschädigung durch Graffiti ohne Schl. 6741 11 u. 6743 11	674011	77	22
Sachbeschädigung durch Graffiti an Kfz	674111	12	1
Sonstige Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen	674311	1	2
Rauschgiftdelikte	730000	186	137
Gewaltkrim.	892000	176	160
Straßenkrim.	899000	898	784

S 93 Polizeirevier Blumenthal Delikte	PKS SNR	2012 1. H	2013 1. H
Straftaten ges.	------	1.195	1.085
Raub	210000	25	22
dav.Handtaschenraub	216000	1	1
dav. Raub a.Str.Weg..	217000	11	9
Körperverl.-ges.	220000	105	116
dav. gef.KV	222000	25	25
dav.gef.KV Str.	222100	7	6
dav.vors.leichte KV	224000	73	86
D. in/aus Whg.	*35*00	203	66
einf.D.in/aus Whg.	335*00	12	14
ED aus Whg.	435*00	191	52
dav. TWE	436*00	99	22
Diebst. In/aus Boden-, Kellerräumen u. Waschküchen	*40*00	19	13
dav. ED aus Boden-	440*00	18	11
D. in/aus/an Kraftwagen **	*50*00	60	66
schw.D.in/aus/an Kfz **	450*00	32	34
Sachbeschädigung	674000	110	119
Sachbeschädigung durch Graffiti ohne Schl. 6741 11 u. 6743 11	674011	9	6
Sachbeschädigung durch Graffiti an Kfz	674111	0	0
Sonstige Sachbeschädigung durch Graffiti auf Straßen, Wegen oder Plätzen	674311	0	0
Rauschgiftdelikte	730000	57	46
Gewaltkrim.	892000	52	48
Straßenkrim.	899000	206	189

Bericht zur Quartiersentwicklung „Altes“ Zentrum Blumenthal

(Beschluss der Bürgerschaft vom 11.12.2012)

Allgemeines/Einleitung

Die Bremische Bürgerschaft hat in ihrem Beschluss vom 11.12.2012 zur „Vernetzte(n) Quartiersentwicklung im Umfeld der George Albrecht Str.“ ein Thema aufgegriffen, dessen Grundlagen – Niedergang des Einzelhandels und der öffentlichen Dienstleistungen, Leerstände, überforderte Nachbarschaften, Integrationshemmnisse - sich über viele Jahre entwickelt und im Jahr 2012 zugespitzt haben. In dem Beschluss werden konkrete Maßnahmen genannt, deren Umsetzung die Bürgerschaft erwartet.

Seit Anfang des Jahres 2013 befasst sich die durch den Bürgerschaftsbeschluss eingesetzte ressortübergreifende Arbeitsgruppe mit der Umsetzung des Beschlusses. Es stellte sich schnell heraus, dass für eine zielgerichtete Maßnahmeplanung eine Erhebung zur konkreten Lebenssituation der Menschen vor Ort erforderlich war. Die Informationenen zum Quartier waren geprägt durch eine Berichterstattung verschiedener Medien, die häufig von der Suche nach Negativmeldungen dominiert war. Im Mittelpunkt der Berichte standen insbesondere Einbruchskriminalität, Jugendkriminalität und eine gewalttätige Konfrontation verschiedener Personengruppen in der George-Albrecht-Straße. Ebenso wurde über Müllprobleme, defekte Briefkästen in den Hauseingängen und den schlechten Zustand der Wohnungen in der George-Albrecht-Straße berichtet. Die Bewohnerinnen und Bewohner der George-Albrecht-Straße wurden unhinterfragt als Verursacher verschiedener Probleme im Ortsteil Blumenthal benannt.

Neben den konkreten Problemen in der George-Albrecht-Straße war offensichtlich, dass das gesamte Quartier „Altes“ Zentrum Blumenthal in die Betrachtung einbezogen werden musste.

Im Ergebnis bildeten sich zwei Problembereiche in unmittelbarer räumlicher Nähe ab.

Das ehemalige Arbeiterwohnheim der Bremer Wollkämmerei (BWK) in der George-Albrecht-Straße wurde in den 1960er Jahren als Unterkunft mit Mehrbettzimmern für angeworbene Arbeitskräfte aus Portugal, Spanien, Italien und später aus der Türkei errichtet. Die Arbeiter sollten hier arbeiten und nach getaner Arbeit in ihr Herkunftsland zu ihren Familien zurückkehren. Die Entwicklung verlief jedoch gegenläufig. Die Arbeiter blieben und holten ihre Familien nach. Mit der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung verlor der ehemals florierende Industriestandort Blumenthal jedoch seine Bedeutung. Dieses drückte sich auch in einer Veränderung des Zentrums, insbesondere in der Mühlenstraße aus. Die ehemalige Geschäftsstraße mit überregionaler Bedeutung ist heute gekennzeichnet durch Leerstände der Geschäfte von ca. 95 %. Das neue Einkaufszentrum am Müllerloch sollte das alte Blumenthaler Zentrum stärken. So war es geplant, das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Die BWK verkaufte ihr Wohnheim Ende der 1990er Jahre an private Investoren. Es folgten Umbau zu Wohnungen und minimale Renovierungen. Im Laufe der Jahre hatte der Wohnblock diverse Eigentümer und Hausverwaltungswechsel. Einkommensschwache Familien zogen zu. Parallel verlief die Entwicklung in den anderen Teilen des Quartiers. Wirtschaftlich stärkere Bevölkerungsgruppen zogen weg, einkommensschwache zogen zu. Viele neue Bewohner/-innen haben einen Migrationshintergrund. Insbesondere in der George-Albrecht-Straße leben auch viele Flüchtlinge.

Mit der Erstellung der Datenanalyse wurde das Stadtentwicklungs- und Planungsbüro proloco beauftragt. Im Juni 2013 wurde das Ergebnis den lokalen Akteuren in Blumenthal in einem Workshop vorgestellt, diskutiert und ausgewertet. Die Bestandsanalyse und das Handlungskonzept sind dieser Deputationsvorlage beigefügt.

Zusammenfassend lässt sich zu den Ergebnissen der Datenerhebung feststellen, dass ein überdurchschnittlicher hoher Anteil an Personen mit Sozialleistungsbezügen im Quartier lebt. Einen Spitzenwert erreicht der Baublock in der George-Albrecht-Straße mit über 75 % Sozialleistungsbezug. Zudem ist die Fluktuation im Quartier sehr hoch. Viele Menschen leben erst seit kurzem in dem Gebiet und es leben in der George-Albrecht-Straße auch überdurchschnittlich viele Kinder. Zu weiteren Ergebnissen wird auf die Anlage Bestandsanalyse und Handlungskonzept hingewiesen.

Quartiersmanagement
Seit dem 01.10.2012 wurde im Amt für Soziale Dienste (AfSD) eine Stelle eingerichtet und mit einer Quartiersmanagerin, die über Erfahrungen in dem Bereich der Quartiersentwicklung verfügt, besetzt. Ein vorübergehender Büro-Standort konnte im Dokumentationszentrum Blumenthal gefunden werden. Dies ist eine Kultureinrichtung, die ihren Sitz am Schillerplatz hat. Von dort ist das Quartier in wenigen Gehminuten erreichbar. Erste Aufgabe der Quartiersmanagerin war die Kontaktaufnahme mit den Menschen im Quartier, den verschiedenen Institutionen, politischen Gremien und anderen lokalen Akteuren. Die Quartiersmanagerin ist inzwischen gut im Quartier bekannt und konnte bereits erste Erkenntnisse zu den vorrangig umzusetzenden Maßnahmen sammeln.

Als Probleme wurden insbesondere identifiziert
- die schlechte Qualität der Wohnungen,
- der Aufenthaltsstatus (viele der Bewohnerinnen und Bewohner haben den Duldungsstatus, d. h. eine Aussetzung der Abschiebung mit halbjährlicher Verlängerung, z. T. seit 8 – 12 Jahren),
- die isolierte Lebenssituation vieler Frauen
  fehlende Lese, Schreib- und Sprachkenntnisse, Schreiben der Behörden werden nicht verstanden.

Zu den einzelnen Problemstellungen wurden erste Maßnahmen entwickelt. Die Quartiersmanagerin hat Kontakt zum vor Ort tätigen Hausmeister hergestellt. Den Hausverwaltungsgesellschaften wurde eine Zusammenarbeit angeboten um gemeinsam Problemlösungen zu entwickeln und umzusetzen. Eine Rückantwort steht noch aus. Es wurde Kontakt zu Mieterorganisationen aufgenommen, um rechtliche Kenntnisse zur Verbesserung der Wohnsituation zu erhalten und geltend zu machen. Zu aufenthaltsrechtlichen Fragen werden in Kürze Gespräche mit Vertreter/-innen des Senators für Inneres und dem Ausländeramt geführt. Um die Situation der Frauen zu verbessern, wurde eine Bewohnerin initiativ und verfolgt die Gründung einer Frauengruppe.

Quartierstreffpunkt
Die Einrichtung eines Quartierstreffpunktes wird mit Nachdruck verfolgt. Es wird ein zentraler Standort gesucht, der eine gute Erreichbarkeit für alle Bewohner/- innen im Quartier und eine hohe Akzeptanz bietet. Mögliche Objekte wurden identifiziert und werden auf ihre Eignung geprüft.

Aufnahme des Quartiers in das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN)
Mit Beschluss der zuständigen Deputationen wird das Quartier ab 2014 in das Programm WiN als Gebiet mit „Flankierender Förderung“ aufgenommen“. Die Aufnahme erfolgt für 2 Jahre mit einem jährlichem Budget von 20.000.- €. Damit wurde die notwendige finanzielle Ausstattung des Vorhabens zur Entwicklung des Quartiers bereitgestellt. Durch die Aufnahme in die Organisationsstruktur des Programmes WiN verbessern sich die Arbeitsmöglichkeiten der Quartiersmanagerin erheblich. Sie kann die bewährten Strukturen und Organisationsbausteine anpassen und übernehmen und ist zudem in einen fachlichen Austausch eingebunden.

Innere Sicherheit und Kriminalitätsentwicklung im Bereich Bremen Nord
Insgesamt ist die Anzahl der registrierten Straftaten in Bremen Nord zurückgegangen und liegt mit 3.715 Fällen um 321 Fälle unter der Anzahl des Vorjahres. Im Deliktsfeld des Wohnungseinbruchdiebstahls im **Stadtteil Blumenthal** sank die Anzahl der Fälle von 191 um 139 auf insgesamt 52 Fälle. Eine positive Entwicklung ist ebenfalls im Bereich der Straßen- und Gewaltkriminalität festzustellen (Vergleichszeitraum bei allen Angaben: 1. Halbjahr 2012 mit 1. Halbjahr 2013).
Die Auswertung der Fallzahlen belegt auch eine geringere Kriminalitätsbelastung der **George-Albrecht-Straße** bei einem Vergleich der ersten Halbjahre 2012 und 2013.
Insbesondere sind Rückgänge im Bereich der Einbrüche festzustellen.
Während im ersten Halbjahr 2012 noch 36 Einsätze in der George-Albrecht-Straße ausgelöst wurden, reduzierte sich die Anzahl im Vergleichszeitraum zum 1. Halbjahr 2013 auf 22 Fälle, wovon 11 Einsätze wegen Lärmbelästigung ausgelöst wurden.
Der Senator für Inneres führt die positive Entwicklung auf die gezielten polizeilichen Maßnahmen zurück. Die Vollstreckung von Haftbefehlen und die damit einhergehende Verunsicherung des Umfeldes dieser Personen sind vermutlich weitere Gründe für diese positive Entwicklung.
Trotzdem bleibt der Ortsteil Blumenthal weiterhin Gegenstand der strategischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Polizeiinspektion Nord. Dies umfasst insbesondere Maßnahmen zur Kontrolle von Wohnungseinbruchkriminalität und Raub im Zentrum von Blumenthal. Eine Einsatzanordnung zur Bekämpfung der Wohnungseinbruch- und Raubkriminalität in Blumenthal wurde erstellt und in Kraft gesetzt. Das Gebiet unterliegt einem ständigen Monitoring. Im Falle einer steigenden Kriminalitätsbelastung des Stadtteils Blumenthals werden die Maßnahmen intensiviert.
Zusätzlich zu der strategischen Schwerpunktsetzung der Polizeiinspektion Nord erklärt sich die Polizei bereit, bei Bedarf und in Absprache vor Ort einen Kontaktpolizisten einmal pro Woche für die Dauer von 2 Stunden im noch neu zu schaffenden Quartierstreff einzusetzen. Der Polizist soll als fester und direkter Ansprechpartner für die Probleme der Anwohner/-innen im Quartier präsent sein.
Die Polizei beteiligt sich zudem aktiv an den regionalen Arbeitskreisen und unterstützt regionale Präventionsgremien.

Besondere Bildungsmaßnahmen im Quartier Blumenthal
Im Bereich der **Vorklassen** bestehen gesonderte Sprachgruppen. Diese Lerngruppen umfassen 10 Schüler-/innen in der Grundschule und 15 Schüler/innen in der Sekundarstufe I. Im Grundschulbereich bleiben die Schüler/-innen dort i.d.R. ein Vierteljahr (Verlängerung möglich). In der Sekundarstufe I dauern die Kurse ein Jahr. Fachlehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache unterrichten die Schüler/innen. In der Grundschule Wigmodistraße und in der Oberschule Lehmhorster Straße gibt es solche Vorklassen.

Zur intensiveren Förderung von zugewanderten Kindern mit Roma-Kontext besteht ein Projekt in der Schule an der Wigmodistraße. Diese Schule wird von zahlreichen Roma - Schüler/innen besucht und hat insgesamt 21 Wochenstunden zusätzlich erhalten, aufgeteilt auf eine Lehrkraft und eine Schulassistentin um diese Zielgruppe besonders zu fördern.

Modellvorhaben **„QUIMS“** (Qualität in multikulturellen Schulen): Dieses in Gröpelingen erprobte Konzept beinhaltet unter anderem eine Lehrkraft pro Schule als „Quims-Beauftragte“, die zwei Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt bekommt, speziell fortgebildet wird und innerhalb ihrer Schule die Kolleginnen und Kollegen berät. Sie soll auch an der Netzwerkarbeit im Stadtteil zum Bereich Zuwanderung teilnehmen. Diese Lehrkraft gibt es ebenfalls an der Schule Wigmodistraße.

An den Oberschulen Lehmhorster Straße und Sandwehen sind je ein/e **Schulsozialarbeiter/in** aus dem Programm Bildung und Teilhabe (BuT) beschäftigt. Die Grundschule Wigmodistraße teilt sich eine Schulsozialarbeiterstelle mit einer anderen Grundschule.

Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im Quartier Blumenthal
Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft bezuschusst über das „Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen“ (WBG) die nach diesem Gesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen sowohl institutionell als auch programmbezogen. Zu diesen Einrichtungen zählen die Bremer Volkshochschule und das Paritätische Bildungswerk.

- Weiterbildungsveranstaltungen der **Bremer Volkshochschule** im Dokumentationszentrum Blumenthal. Dort werden in diesem Jahr **elf Kurse** angeboten, die sich an Erwachsene (ohne besonderen Fokus auf Migrationshintergrund) richten und inhaltlich die Themen Gesundheit, Kunst und Englisch abdecken.
- Alphabetisierungs-/Grundbildungskurse der Bremer Volkshochschule werden zurzeit nicht am Standort Blumenthal angeboten. Geplant sind jedoch mit ESF-Mitteln kofinanzierte Veranstaltungen in der nächsten ESF-Förderperiode (2014 bis 2020). Sollten die Fördergelder bewilligt werden, will die Bremer Volkshochschule jährlich mindestens einen Alphabetisierungs-/Grundbildungskurs in Blumenthal anbieten.

Arbeit
Für die Förderperiode 2013 der EU war es nicht mehr möglich ein quartiersbezogenes Projekt zu entwickeln. Planungen für die Förderperiode ab 2014 erfolgen z. Zt. und können voraussichtlich im III. Quartal 2014 umgesetzt werden. Eine mögliche Maßnahme wäre auch die Herrichtung des Quartierstreffpunkts mit langzeitarbeitslosen Bewohnerinnen und Bewohnern im Rahmen des Programms „Bremer Konsens“. Die Realisierung ist aber abhängig von dem jeweiligen Objekt.

Jugendförderung
Seit mehreren Jahren sind Streetworker über die Caritas Nord im Zentrum Blumenthal tätig. Ihr Standort befindet sich in einer Wohnung in der George-Albrecht-Straße. Von dort aus erfolgen verschiedene Beratungen, Angebote und aufsuchende Aktivitäten. Dieses Angebot wird über das AfSD gesteuert und den aktuellen Bedarfen angepasst. Im kommenden Jahr wird es fortgeführt und eingebunden in die Quartiersentwicklung.

Zur Weiterentwicklung der Angebote für Kinder und Jugendliche und um einen anlassbezogenen Treffpunkt für alle Bewohner/- innen zu entwickeln, wurde gemeinsam mit dem Verein SpielLandschaftenStadt ein Antrag bei der Stiftung der Sparkasse Bremen „Bremen macht Helden“ zur Unterstützung einer temporären Spielstraße gestellt. In der George-Albrecht-Straße soll dann über einen Zeitraum von einem halben Jahr einmal wöchentlich für 3 Stunden die Straße zu einer Spielstraße werden, beginnend im Frühjahr 2014. Der Spielbus des Vereins SpielLandschaftenStadt wird dann verschiedene Spielangebote machen. Aus diesem Angebot sollen weitere Projekte mit den Bewohner/-innen entwickelt werden.

Nächste Schritte der Quartiersentwicklung

- Suche und Aufbau eines Quartierstreffpunkts
- Aufbau der WiN Strukturen (Quartiersrat)
- Entwicklung des Projekts „Temporäre Spielstraße“
- Unterstützung und Begleitung der Bewohnerinneninitiative zur Gründung einer Frauengruppe
- Gespräche mit dem Senator für Inneres und dem Ausländeramt zum Aufenthaltsrecht
- Entwicklung von Arbeitsförderungsprojekten
- Beratung der Bewohner/-innen in Mietrechtsfragen und zur Verbesserung der Wohnungsqualität – Kooperation mit Mieterselbsthilfevereinen
- Entwicklung eines Grundbildungs- und Alphabetisierungskurses

Bestandsanalyse und Handlungskonzept

Quartier Flethestraße/Fresenbergstraße/ Lüder-Clüver-Straße/Kapitän-Dallmann-Straße

proloco

Bestandsanalyse und Handlungskonzept

Quartier Flethestraße/Fresenbergstraße/ Lüder-Clüver-Straße/Kapitän-Dallmann-Straße

Juli 2013

Erarbeitung:

proloco
Stadt und Region
Planung und Entwicklung

Dr. Michael Glatthaar
Dr. Franziska Lehmann

Am Neuen Markt 19
28199 Bremen

Tel.: 0421 / 59 75 900
Fax: 0421 / 59 75 915
lehmann@proloco-bremen.de
www.proloco-bremen.de

Auftraggeber:

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Bremen

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Bremen

Inhaltsverzeichnis

1 Anlass und Zielsetzung 5

2 Bestandsaufnahme und –analyse 6

2.1 Abgrenzung des Untersuchungsgebietes und erste Eindrücke 6

2.2 Kurzportraits einiger Straßen im Untersuchungsgebiet 8

2.3 Räumliche Bestandsaufnahme 12

2.4 Datenauswertung 17

2.4.1 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur und Wohndauer 17

2.4.2 Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer/innen und Herkunftsländer 20

2.4.3 Armut und Arbeit 23

2.4.4 Soziales Miteinander und Kriminalität 27

2.4.5 Gebietsprofil in Zahlen 30

2.4.6 Zum Vergleich: Das Untersuchungsgebiet im Rahmen des Monitoring Soziale Stadt 31

2.5 Gespräche mit lokalen Expert/innen und Bewohner/innen 31

2.5.1 Ergebnisse der Gespräche mit lokalen Expert/innen 32

2.5.2 Ergebnisse eines Gespräches mit Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße 34

2.6 Zusammenfassung der Bestandsaufnahme und –analyse 35

3 Handlungskonzept 36

3.1 Zielsetzungen

3.1.1 Eröffnung neuer Perspektiven für das Untersuchungsgebiet 36

3.1.2 Verbesserung individueller Perspektiven der Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes 38

3.1.3 Abbau der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße 39

3.2 Schlüsselmaßnahmen 41

3.2.1 Bündnis für Blumenthal / Leitbild für Blumenthal 41

3.2.2 Orte und Anlässe für Begegnungen 42

3.2.3 Bewohneraktivierung und –beteiligung, Vermittlung zwischen Kulturen 43

3.2.4 Bildungs- und Freizeitangebote 45

3.2.5 Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit 45

3.3 Schlüsselmaßnahmen und Ziele im Überblick 46

3.4 Startprojekte/Sofortmaßnahmen 49

4 Zusammenfassung 51

Anhang

Beschluss der Bremischen Bürgerschaft Nr. 18/244 S vom 11.12.2012	A 2
Ergebnisse des Workshops „Vernetzte Quartiersarbeit Blumenthal-Zentrum“, 06.06.2013	A 3
Positionspapier des AK Blumenthal (Januar 2013)	A 12
Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Sozialstruktur im Stadtteil, AK Blumenthal (Dez. 2003)	A 16
Papier „Interventionsmöglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Umweltbedingungen in der George-Albrecht-Straße“ (2013)	A 17
Presse	A 18

Fotonachweis: alle Fotos: proloco GbR

1 Anlass und Zielsetzung

Im Zentrum des Ortsteils Blumenthal in Bremen-Nord treffen auf kleinem Raum verschiedene Problemlagen aufeinander. Armut, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit verschiedenem kulturellem Hintergrund in teilweise prekären Lebenslagen, deren Miteinander nicht reibungslos bleibt, Leerstände vor allem bei Geschäften im ehemaligen Zentrum von Blumenthal, fehlende Arbeitsplätze, noch keine sicht- und greifbare Perspektive für das ehemalige Gelände der Bremer Wollkämmerei – zuviel „ehemalig“, zuwenig „zukünftig“. Das Ehemalige ist durch die Leerstellen, die es hinterlassen hat, deutlich sichtbar – die Zukunft ist es nicht.

Verhältnisse, die es in vielen Quartieren in vielen Städten, so auch in Bremen nicht nur hier, sondern auch in anderen Quartieren gibt. Das öffentliche Augenmerk wurde im Jahr 2012 durch verschiedene Konflikte im Quartier rund um die George-Albrecht-Straße auf Blumenthal gerichtet. Schnell waren zwei seit langem als „problematisch“ bekannte Wohnblöcke der George-Albrecht-Straße in der Nachbarschaft wie in der Öffentlichkeit als „Quelle“ der Probleme identifiziert. Dass in den Blöcken viele Roma aus verschiedenen Herkunftsländern leben, trägt mit zu einer schnellen abwertenden und abgrenzenden Haltung der Umgebung bei. Die Umbenennung eines Teils der George-Albrecht-Straße in Emmalene-Bulling-Straße auf Betreiben der Anwohner/innen ist sichtbarer Ausdruck deutlicher Abgrenzungstendenzen, einer Stigmatisierung und einer beidseitig überforderten Nachbarschaft.

Die Bremische Bürgerschaft beschloss im Dezember 2012 ein Bündel von Hilfsmaßnahmen. Um schnell handlungsfähig zu werden und der – teilweise durch Medienberichte aufgeheizten Situation – nüchtern und sachlich begegnen zu können, soll eine Bestandsanalyse durchgeführt werden, mit dem Ziel, inhaltliche Grundlagen und Empfehlungen für ein integriertes Handlungskonzept zügig zu erarbeiten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der sozialräumlichen Analyse. Baulich-räumliche Fragestellungen sowie eine Perspektiventwicklung für das ehemalige Zentrum werden z. Zt. beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erarbeitet, die weitere Entwicklung des ehemaligen BWK-Geländes liegt bei der Bremer Wirtschaftsförderung.

Durch den Bürgerschaftsbeschluss von Dezember 2012 gibt es die Vorgaben, ein Quartiersmanagement und einen Quartierstreffpunkt einzurichten. Eine auf zwei Jahre befristete Stelle für das Quartiersmanagement soll im Sommer 2013 ausgeschrieben werden. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für einen Quartierstreffpunkt hat begonnen. Es soll ggf. erst eine Übergangslösung geben, um dem Quartiersmanagement von Beginn an Räumlichkeiten vor Ort zu sichern. Das vorliegende Handlungskonzept geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass es in absehbarer Zeit ein Quartiersmanagement geben wird und dass für einen Quartierstreffpunkt möglichst zeitnah ein inhaltliches Konzept erarbeitet werden muss.

2 Bestandsaufnahme und – analyse

2.1 Abgrenzung des Untersuchungsgebietes und erste Eindrücke

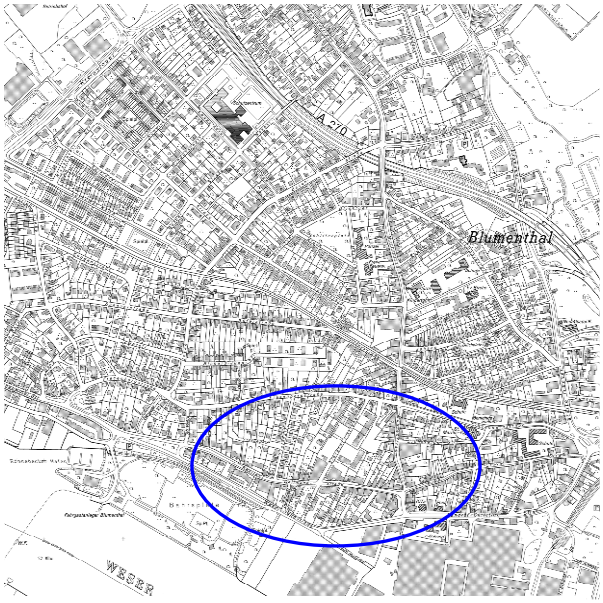


Abb. 1: Lage des Untersuchungsgebietes im Ortsteil Blumenthal

Das Untersuchungsgebiet liegt im Zentrum des Ortsteils Blumenthal in Bremen-Nord (vgl. Karte Abb. 1). Zum Zeitpunkt der Auftragserteilung war das Untersuchungsgebiet auf die Baublöcke beidseits der George-Albrecht-Straße und östlich angrenzende Baublöcke begrenzt. Mit der Arbeitsaufnahme zeigte sich schnell, dass sowohl aus räumlich-funktionalen wie auch von der Sozialstruktur her eine Erweiterung des Untersuchungsgebietes sinnvoll war. Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich demnach zwischen der Flethestraße im Westen, der Farge-Vegesacker-Eisenbahn im Norden sowie dem ehemaligen BWK-Gelände im Süden (Lüder-Clüver-Straße und Kapitän-Dallmann-Straße). Es umfasst damit sowohl die George-Albrecht-Straße als auch die Mühlenstraße (ehemaliges Blumenthaler Zentrum). Für die genauere Datenanalyse wird das Untersuchungsgebiet in drei Teilgebiete unterschieden, um deutlich machen zu können, ob die Bevölkerungsstruktur nur in der George-Albrecht-Straße oder auch „umzu“ Besonderheiten hat.

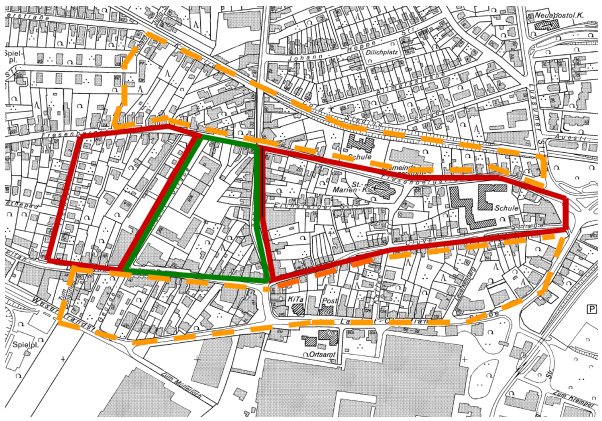


Abb. 2: Untersuchungsgebiet mit drei Teilgebieten

Abb. 2 stellt das Untersuchungsgebiet mit den drei Teilgebieten dar:

- Baublock 531011, George-Albrecht-Straße/ Mühlenstraße (grün)
- Umgebung West/Ost (rot)
- Umgebung Nord/Süd (gelb)

Die ersten Eindrücke im ehemaligen Zentrum von Blumenthal (s. Folgeseite) zeigen viele Leerstände bei Geschäften, mit Schwerpunkt in der Mühlenstraße, aber auch in der Kapitän-Dallmann-Straße und der Lüder-Clüver-Straße. Sie zeigen außerdem zahlreiche Häuser mit „Sanierungsstau“, die George-Albrecht-Straße als ganz „normale“ Straße, Wohnungsleerstände hier und da, gepflegte Einfamilienhäuser, z. B. in der Flethestraße, ein paar Läden in der Landrat-Christian-Straße und das Blumenthal-Center am Müllerloch. Dann fallen noch die Waldorfschule in der Fresenbergstraße, die – inzwischen ehrenamtlich betriebene – Stadtbibliothek und einige Beratungsangebote ins Auge (Schuldnerberatung, Frühförderstelle, Bremer Integrationshilfe, Beratungsstelle für Flüchtlinge).

Abb. 3: ***Damals war's****(ehemaliges Bäckereigeschäft am Marktplatz, ehemaliges Kaufhaus Nordenholz in der Kapitän-Dallmannstraße, Gemälde von Blumenthal im Jahr 1820 im ehemaligen Fenster eines Gebäudes in der Lüder-Clüver-Straße)*

Abb. 4: ***Heute ist*** *(Foto vom Blumenthal-Center am Müllerloch)*

Abb. 5: ***Entwicklungen*** *(links: März 2013 Leerstand, April 2013 ein neues Geschäft – umgezogen aus der Mühlenstraße zum Marktplatz. Mitte: Rossmann in der Mühlenstraße im März und April 2013. rechts: März 2013: Ladenleerstand, April 2013: zugemauertes Schaufenster in der Mühlenstraße)*

2.2 Kurzporträts einiger Straßen im Untersuchungsgebiet

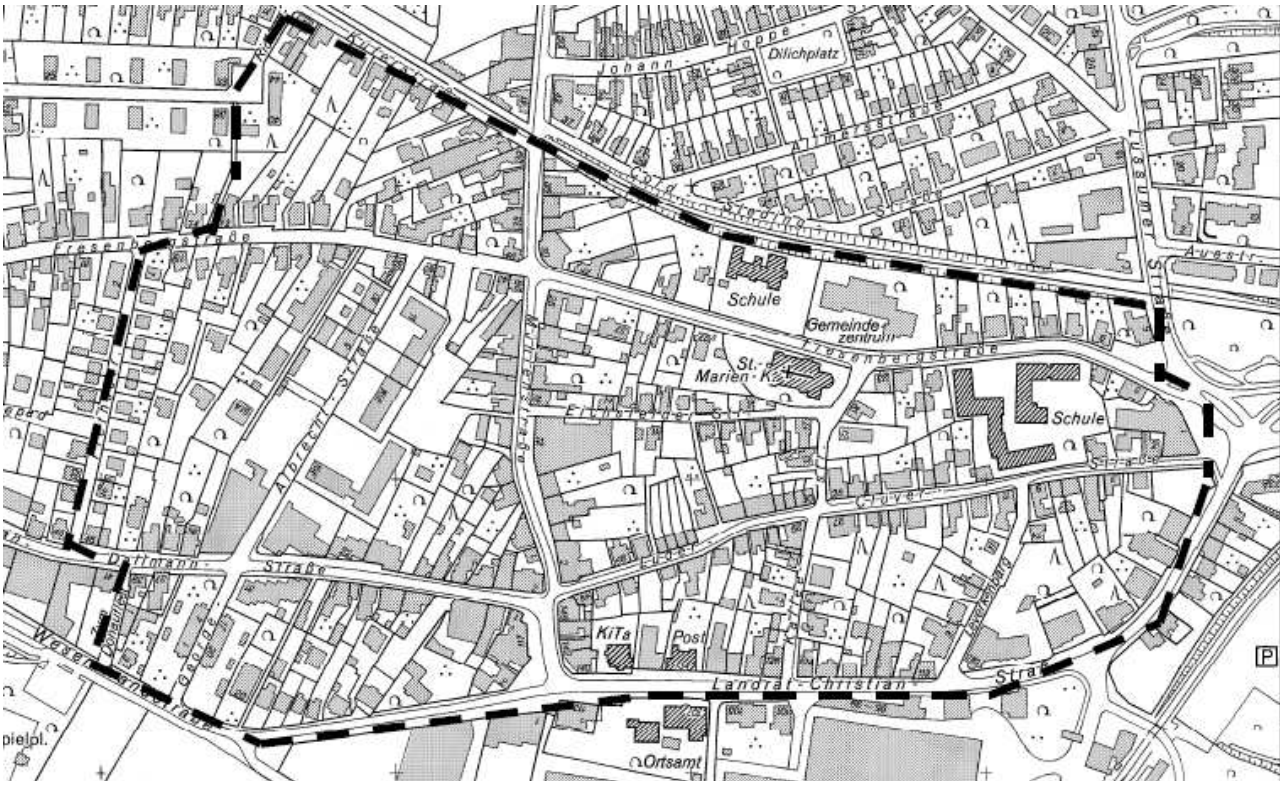


Abb. 6: Straßen im Untersuchungsgebiet

Da sich die einzelnen Straßen im Untersuchungsgebiet von Charakter, Funktion und Baualter her deutlich unterscheiden, werden im Folgenden Kurzportraits einiger Straßen im Untersuchungsgebiet gegeben. Da die öffentliche Diskussion sich insbesondere seit Herbst 2012 auf die George-Albrecht-Straße, und auch hier im Prinzip nur auf zwei Baublocks konzentriert hat, kann dadurch der Blick leicht erweitert werden und das Umfeld wird deutlicher.

Abb. 7: Flethestraße

Flethestraße

Die Flethestraße am Westrand des Untersuchungsgebietes ist eine reine Wohnstraße mit älteren Ein- und Zweifamilienhäusern. Maklerschilder vor einigen Gebäuden können auf einen Generationenwechsel hinweisen. Zwischen den Wohngebäuden in der Flethestraße und denen in der östlich angrenzenden George-Albrecht-Straße liegen einige Wohngebäude in zweiter Bebauungsreihe.

Abb. 8: Anstehende Immobilienverkäufe in der Flethestraße

Fresenbergstraße

Im Norden durchläuft die Fresenbergstraße das Untersuchungsgebiet von West nach Ost. Neben Ein- und Mehrfamilienhäusern verschiedenen Baualters liegen einige Gemeinbedarfseinrichtungen in der Fresenbergstraße: die katholische Kirche mit Gemeindezentrum Sankt Marien, die Waldorfschule, ein weiteres Schulgelände (früher Dependance der Oberschule Lehmhorst, zukünftig Sek II der beruflichen Schulen) und die inzwischen ehrenamtlich geführte Bibliothek. Es gibt eine Bäckerei und an der Ecke zur Mühlenstraße ein Optikergeschäft sowie vereinzelt leerstehende oder zu Wohnungen umgenutzte Läden.

Abb. 9: Fresenbergstraße

Abb. 10:Waldorfschule in der Fresenbergstraße

Abb. 11: Bücherei Blumenthal in der Fresenbergstraße

George-Albrecht-Straße/Emmalene-Bulling-Straße

Zwischen Flethestraße und Mühlenstraße verläuft die George-Albrecht-Straße in Nord-Süd-Richtung durch das Untersuchungsgebiet. Im Herbst 2012 wurde der Straßenabschnitt südlich der Kapitän-Dallmann-Straße umbenannt in Emmalene-Bulling-Straße.

Die viergeschossigen Wohnblöcke auf der östlichen Straßenseite wurden 1960 als Arbeiterwohnungen von der Bremer Wollkämmerei gebaut. An diesen Wohnblöcken und ihren Bewohner/innen, überwiegend Ausländer/innen, darunter zahlreiche Roma, entzündet sich die öffentliche Diskussion immer wieder. Auftretende Konflikte sind teilweise ethnisch begründet. Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgten im Herbst 2012 eine größere Schlägerei und ein Überfall auf eine ältere Dame sowie wiederholt die ungeregelte Lagerung von Müll in der Straße. Die Wohnsituation in den Häusern ist nicht gut (u. a. Schimmel); kleinteilige Eigentumsverhältnisse und häufige Eigentumswechsel (auch über Zwangsversteigerungen) erschweren die Situation der Mieter/innen, die teilweise als Asylbewerber/innen ohnehin in prekären Situationen leben.

Abb. 12:Wohnblöcke in der George Albrecht-Straße

Abb. 13: Eingangsbereich der Wohnblöcke in der George-Albrecht-Straße

Die Wohnadresse „George-Albrecht-Straße“ hat in Bremen inzwischen einen sehr schlechten Ruf und kann sich negativ auswirken z. B. bei der Suche nach einer neuen Wohnung oder einem Ausbildungsplatz.
Die zweigeschossigen Wohngebäude auf der westlichen Straßenseite sind vor dem zweiten Weltkrieg erbaut, vermutlich ebenfalls von der BWK. An der Ecke zur Kapitän-Dallmann-Straße stehen etwas jüngere dreigeschossige Wohn- und Geschäftsgebäude. Die Geschäfte stehen leer, früher waren hier ein Kafu-Supermarkt und ein Schlecker-Markt ansässig.

Abb. 14: Leerstehende Geschäfte in der George-Albrecht-Straße, hier: ehemaliger Kafu-Markt

Im Straßenabschnitt südlich der Kapitän-Dallmann-Straße stehen als Meisterwohnungen um 1900 gebaute dreigeschossige Wohnhäuser. Dieser Abschnitt ist seit Herbst 2012 umbenannt in Emmalene-Bulling-Straße. Zwar war die offizielle Begründung für die Umbenennung die schwere Auffindbarkeit des Straßenabschnittes (die vor Ort nach Augenschein nicht nachvollziehbar ist), doch spielte auch das Bestreben eine Rolle, nicht mehr mit dem in Verruf geratenen Straßennamen „George-Albrecht“ in Verbindung gebracht zu werden.

Abb. 15: Ehemalige Meisterwohnungen der BWK in der Emmalene-Bulling-Straße

Kapitän-Dallmann-Straße

Im südlichen Bereich des Untersuchungsgebietes verläuft die Kapitän-Dallmann-Straße (als Fortsetzung der Lüder-Clüver-Straße) in westlicher Richtung. Die Wohn- und Geschäftsstraße ist mit zwei- und dreigeschossigen Gebäuden unterschiedlichen Baualters bebaut. Die Geschäfte stehen teilweise leer, u. a. das ehemalige Kaufhaus Nordenholz. Vor einigen Jahren soll die Immobilie mit einer Ladenfläche von ca. 1.200 m² und einer Grundstücksgroße von ca. 2.500 m² auf einen Wert von ca. 1 Mio. Euro geschätzt worden sein. Z. Zt. soll sie für 180.000 Euro angeboten werden und ist nach wie vor nicht verkauft. Im „Handlungskonzept Zentrum Blumenthal“ (GfS 2011) wird die Wiedernutzung dieses Grundstückes zusammen mit dem rückwärtig zur Landrat-Christian-Straße angrenzenden Grundstück als Schlüsselmaßnahme eingestuft.
Die Läden der Eckbebauung zur Mühlenstraße stehen alle leer (s.u. „Marktplatz“). In der Kapitän-Dallmann-Straße befinden sich darüber hinaus das Seniorenzentrum „Haus Flethe“, eine Hauskrankenpflege und eine Frühförderstelle der Bremer Lebenshilfe e.V. sowie ein türkischer Kulturverein.

Abb. 16: Kapitän-Dallmann-Straße, links: ehemaliges Kaufhaus Nordenholz

Abb. 17: Ladenleerstand in der Kapitän-Dallmann-Straße

Lüder-Clüver-Straße

Die Lüder-Clüver-Straße verläuft im Untersuchungsgebiet (als Fortsetzung der Kapitän-Dallmann-Straße) von der Mühlenstraße aus nach Osten. Die ein- bis zweigeschossige Bebauung aus verschiedenen Baualtern wird überwiegend zum Wohnen genutzt. Es gibt einige Läden und Gewerbeimmobilien, die überwiegend leer stehen. Vereinzelt stehen auch Wohnungen leer.

Auf dem Schulgelände (Schule an der Fresenbergstraße) befindet sich von der Lüder-Clüver-Straße aus zugänglich der einzige Spielplatz im Untersuchungsgebiet.

Abb. 18: Leerstand in der Lüder-Clüver-Straße

Abb. 19: Spielplatz auf dem Schulgelände zwischen Fresenberg- und Lüder-Clüver-Straße

Mühlenstraße

Die Mühlenstraße durchläuft das Untersuchungsgebiet in Nord-Süd-Richtung. Hier war früher das Zentrum des Ortsteiles Blumenthal. Strukturwandel des Einzelhandels, Wegbrechen von Nachfrage durch Verlustb von Arbeitsplätzen (BWK) und nicht zuletzt die Eröffnung des Blumenthal-Centers in direkter Nähe, aber städtebaulich-funktional durch die Landrat-Christian-Straße deutlich getrennt von der Mühlenstraße haben dazu geführt, dass aktuell etwa Zweidrittel der Einzelhandelsgeschäfte leer stehen. Nachdem eine Filiale des Drogeriemarktes Rossmann im März 2013 geschlossen hat und in das Blumenthal-Center umgezogen ist, gibt es nur noch ein Optikergeschäft, zwei Bekleidungsläden, einige Läden für gebrauchte elektrische und elektronische Geräte sowie Spielhallen und Wettbüros. Ein Laden mit größerer Schaufensterfläche wird als Ausstellungsraum eines Bremer Künstlers genutzt, in einem Laden hat die „Bürgerberatung Immobilienmanagement“ ein Büro. Die Nahversorgung ist durch das nahe gelegene Blumenthal-Center in jeder Hinsicht gesichert. Da jedoch die ehemaligen Geschäfte keine/kaum Nachnutzungen gefunden haben, strahlt die Mühlenstraße als ehemaliges Zentrum Perspektivlosigkeit aus. Die Immobilienpreise sollen – wie überall im Untersuchungsgebiet – sehr niedrig sein. Bei Eigentümerwechsel werden dadurch nach Einschätzung lokaler Akteur/innen vor allem Kaufwillige mit geringem Einkommen angezogen, die dem bestehenden Sanierungsstau nichts entgegensetzen können. Zudem meinen lokale Akteur/innen, dass Immobilien zunehmend von Menschen mit Migratonshintergrund gekauft werden.

Abb. 20: Mühlenstraße mit leerstehenden Läden und Spielcasino

Abb. 21:Ladenleerstand in der Mühlenstraße

„Marktplatz“

Der Marktplatz in Blumenthal, am südlichen Ende der Mühlenstraße, hat keinen eigenen Namen. Neben einer Wäscherei und einem Bekleidungsgeschäft ist im April 2013 ein Geschäft für Haussicherheit aus der Mühlenstraße zum Marktplatz gezogen. Außerdem hat eine Schuldnerberatung hier ein Büro.

Am Marktplatz stehen nur einige der direkt angrenzenden Läden leer. Hierzu gehört allerdings auch das städtebaulich prägende Gebäude an der Ecke Mühlenstraße/Kapitän-Dallmann-Straße. Im Rahmen des „Handlungskonzeptes Zentrum Blumenthal“ (GfS 2011) wird die Wiedernutzung der Erdgeschossbereiche dieses Gebäudes als Schlüsselmaßnahme eingestuft.

Zurzeit findet am Marktplatz einmal wöchentlich ein kleiner Markt statt. Der Platz ist als Fußgängerbereich gestaltet. Von lokalen Akteur/ innen wird kritisiert, dass der Platz mit dem Pkw schlecht zu erreichen sei. Die angrenzende Landrat-Christian-Straße führt direkt zum Blumenthal-Center am Müllerloch. Dieses ist – wie die meisten Einzelhandelscenter – städtebaulich nicht eingebunden, so dass trotz der räumlichen Nähe zum Marktplatz keine Verbindung zwischen beiden Bereichen besteht.

Abb. 22: Marktplatz am südlichen Ende der Mühlenstraße

Abb. 23: Leerstand in einem städtebaulich prägenden Gebäude am Marktplatz

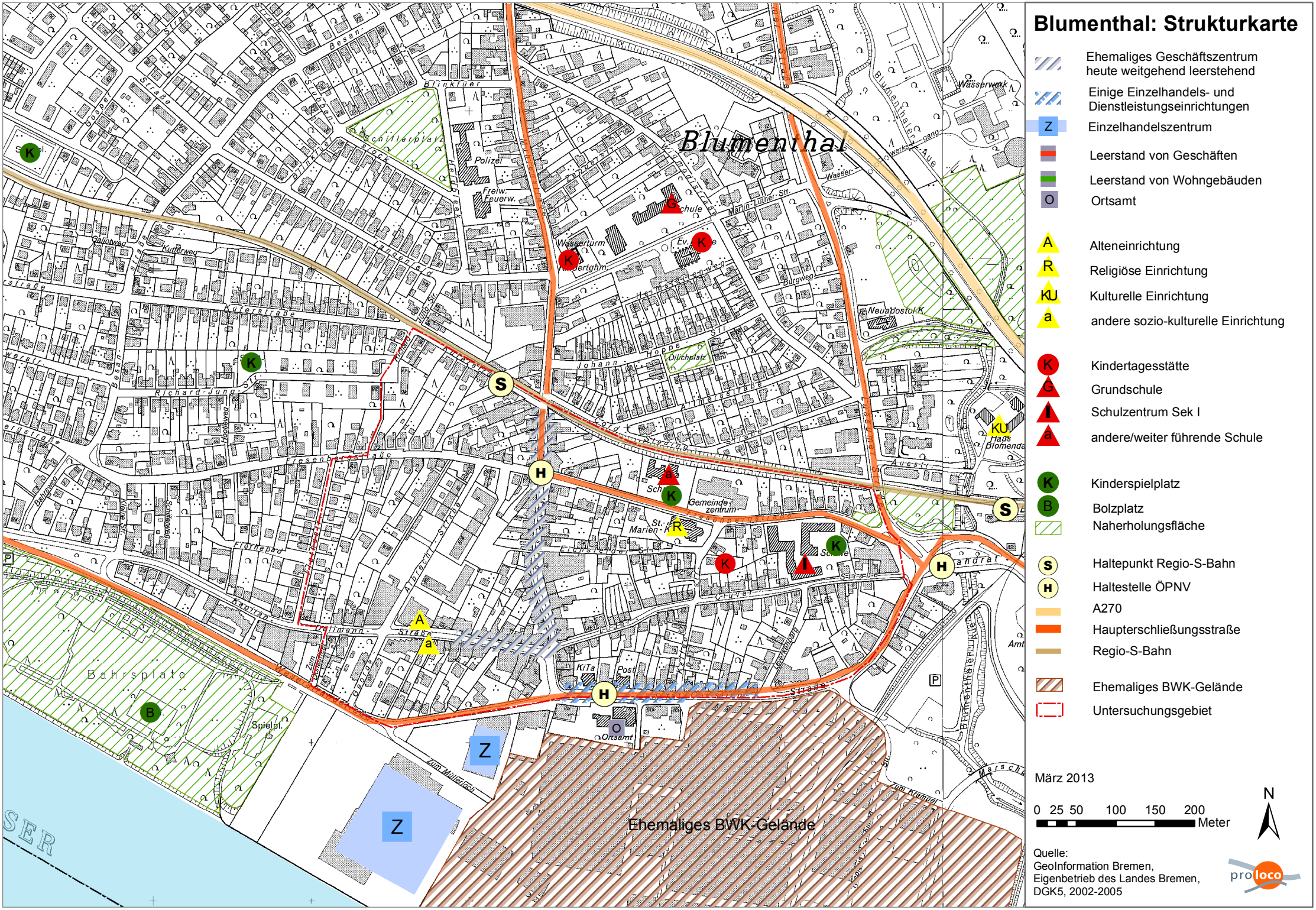
2.3 Räumliche Bestandsaufnahme

Bei der Auftragserteilung wurde vereinbart, den Schwerpunkt auf die sozialräumliche Bestandsaufnahme zu legen, weil auch das Handlungskonzept sich im Schwerpunkt mit sozialen Fragen beschäftigen soll. Außerdem umfasst die Untersuchung der GfS von 2011 („Handlungskonzept Zentrum Blumenthal“) eine umfangreiche räumliche Bestandsaufnahme. Von daher wird im Folgenden nur auf einige Aspekte kurz eingegangen, die für die Lebensqualität der Bewohner/innen und die Attraktivität des Gebietes als Wohnstandort von Belang sind.

Durch einen Vergleich mit den Ergebnissen der Untersuchung der GfS von 2011 besteht die Chance, die Leerstandsentwicklung der letzten zwei Jahre relativ genau nachvollziehen zu können.

Verkehrserschließung

Die Strukturkarte zeigt das Untersuchungsgebiet in seiner Lage zwischen ehemaligem BWK-Gelände im Süden und der Farge-Vegesacker-Eisenbahn im Norden. Die Verkehrserschließung erfolgt im Süden über die Landrat-Christian-Straße und die Weserstrandstraße, im Norden über die Fresenbergstraße und die Mühlenstraße. Die Anbindung des Gebietes an den ÖPNV ist gut: Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Inbetriebnahme der Regio-S-Bahn (Vegesack-Farge). Seither ist der Bremer Hauptbahnhof von der Haltestelle Mühlenstraße aus mit der S-Bahn in 35 Minuten zu erreichen. Mit Bussen besteht eine gute Anbindung nach Vegesack. Direkt östlich angrenzend an das Untersuchungsgebiet am S-Bahnhof Blumenthal liegt eine zentrale Bus-Umsteigestelle.



Blumenthal: Strukturkarte

Bildung

Die vom Untersuchungsgebiet aus nächstgelegene Grundschule liegt in der Wigmodistraße, nördlich des Untersuchungsgebietes. Schulen der Sekundarstufe I sind das Schulzentrum an der Lehmhorster Straße und die Integrierte Stadtteilschule In den Sandwehen (beide in Blumenthal). Das Schulzentrum des Sekundarbereichs II Blumenthal in der Eggestedter Straße bietet Gymnasium und berufliche Schulen für Hauswirtschaft und Sozialpädagogik. Ein Teil der beruflichen Schulen soll in das Untersuchungsgebiet (Fresenbergstraße/Lüder-Clüver-Straße) umziehen. An der Fresenbergstraße (im Untersuchungsgebiet) nutzt seit 2010 eine Waldorfschule Gelände und Gebäude der ehemaligen Volks-, Haupt- und Realschule.

Außerschulische Bildungsangebote im Untersuchungsgebiet bieten die Nachhilfe nord e.V. in der Mühlenstraße und die Frühförderstelle in der Kapitän-Dallmann-Straße.

Abb. 24: Bildung ändert alles

Soziale Infrastruktur

Im Untersuchungsgebiet in der Kaffeestraße liegt die Kindergruppe balu e.V.. In der Nähe der Schule an der Wigmodistraße (nördlich des Untersuchungsgebietes) liegen die Kinder- und Familienzentrum Wasserturm und die Kindertagesstätte der evangelischen Martin-Luther-Gemeinde.

Das Alten- und Pflegeheim „Haus Flethe“ in der Kapitän-Dallmann-Straße bietet 50 Plätze für Kurzzeit-, Verhinderungs- und stationäre Pflege.

In der Straße Leverkenbarg im Untersuchungsgebiet ist die AWO mit dem Fachdienst Migration und einer Beratungsstelle für Flüchtlinge ansässig. Im Nachbarhaus befindet sich ein Übergangswohnheim der AWO.

Die Bremer Integrationshilfe brigg e.V. hat ihren Sitz in der Landrat-Christian-Straße. Am Marktplatz hat die Arche Schuldnerberatung e.V. ein Büro.

Freizeit, Kultur und Naherholung

Im Untersuchungsgebiet selber gibt es nur die Spielplätze auf den beiden Schulhöfen (Fresenbergstraße und Lüder-Clüver-Straße). Die nächstgelegenen öffentlichen Spielplätze außerhalb des Untersuchungsgebietes liegen in der Richard-Jung-Straße und auf der Bahrsplate (Spielplatz und Bolzplatz).

Die nächstgelegene Grünanlage ist die Bahrsplate am Weserufer. In der Parkanlage auf dem Gelände eines ehemaligen Außenlagers des KZ Neuengamme liegen mehrere Mahn- und Gedenkstätten. Durch die befahrene Landrat-Christian-Straße getrennt, ist die Grünanlage zumindest für kleinere Kinder nur schlecht erreichbar.

Die Nähe zur Weser könnte ein positiver Standortfaktor sein. Allerdings ist das Weserufer schlecht erreichbar. Das Gelände der ehemaligen BWK und das Gelände des Blumenthal-Centers versperren den direkten Zugang zum Ufer.

Im nahegelegenen Haus Blomendal (östlich des Untersuchungsgebietes) finden kulturelle Veranstaltungen statt.

Das Doku Blumenthal (am Schillerplatz, nördlich des Untersuchungsgebietes), Stadtteilzentrum für Geschichtsarbeit, kulturelle Bildung, Medienarbeit und Kommunikation bietet Treffpunkte für Gruppen und Vereine, Kreativ-Werkstätten sowie die Organisation von Veranstaltungen und Projekten an.

Die nächstgelegenen Sportanlagen sind am Burgwallstadion, nordöstlich des Untersuchungsgebietes, jenseits der A 270.

Einzelhandel, Nahversorgung und Dienstleistungen

Durch die Angebote im Blumenthal-Center am Müllerloch ist die Nahversorgung insgesamt gut. Im Quartier selber gibt es nur noch sehr wenig Nahversorgungsangebote (vgl. Abb. 29). Ein Vergleich der Situation 2010 (Untersuchung der GfS) und 2013 ergibt eine weiterhin negative Entwicklung: In der Mühlenstraße ist die Zahl der Einzelhandelsbetriebe von 9 im Jahr 2010 auf 6

im Jahr 2013 zurückgegangen, in der Kapitän-Dallmann-Straße im selben Zeitraum von 4 auf 1. Die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte im Bereich Landrat-Christian-Straße und Marktplatz ist gleichgeblieben. Der Marktplatz wird einmal pro Woche von einem kleinen Wochenmarkt genutzt.
Die Postfiliale an der Landrat-Christian-Straße wurde vor einiger Zeit geschlossen. Schräg gegenüber liegt das Ortsamt Blumenthal. Im gleichen Gebäude ist noch das jobcenter Blumenthal, allerdings soll dieses ggf. aus dem Quartier verlagert werden.
Polizei und Feuerwehr liegen am Schillerplatz, nördlich des Untersuchungsgebietes. Weitere Behörden und Beratungsangebote sind in Vegesack.

Abb. 25: Wochenmarkt in Blumenthal

Leerstände

Die Leerstandsproblematik bei Geschäften in der Mühlenstraße und umzu ist augenfällig. Aktuell gibt es im Gebiet 42 leerstehende Ladenlokale, das entspricht einer Leerstandsquote von 70 %. In der Mühlenstraße ist die Zahl der Leerstände von 13 im Jahr 2010 auf 20 im Jahr 2013 gestiegen. In der Studie der GfS war im Jahr 2010 eine Zunahme auf 15 erwartet worden, d. h. die reale Entwicklung ist deutlicher ausgefallen als die prognostizierte. In der Kapitän-Dallmann-Straße haben die Leerstände nur gering zugenommen (von 9 im Jahr 2010 auf 10 im Jahr 2013). Die Schaufenster leerstehender Läden werden teilweise von lokalen Künstler/innen als Ausstellungsflächen genutzt. Über die leerstehenden Läden hinaus sind auch die Läden, die zu Wohnungen umgenutzt wurden, ein Indiz dafür, dass das ehemalige Zentrum Blumenthal bei Fragen des Einzelhandels keine Rolle mehr spielt.

Vereinzelt ist auch leerstehender Wohnraum augenfällig, es gibt sowohl Miet- wie auch Eigentumsangebote.

Abb. 26: Einer von vielen - Ladenleerstand

Abb. 27: Als Wohnung umgenutzter ehemaliger Laden in der Lüder-Clüver-Straße

Zusammenfassung I:
Räumliche Bestandsaufnahme

- ➔ Mühlenstraße/Kapitän-Dallmann-Straße nehmen kaum/keine zentralen Funktionen für den Ortsteil mehr wahr.
- ➔ Die Ladenleerstände beeinflussen zusammen mit Sanierungsstau an einigen Gebäuden die Stimmung im Untersuchungsgebiet negativ.
- ➔ Im Untersuchungsgebiet, insbesondere im Bereich um die George-Albrecht-Straße, fehlen wohnungsnahe Spielflächen.
- ➔ Die gute ÖPNV-Anbindung (Regio-S-Bahn, Bus) ist ein positiver Standortfaktor.
- ➔ Die Lage zur Weser könnte ein positiver Standortfaktor sein, wenn die Zugänglichkeit besser wäre.

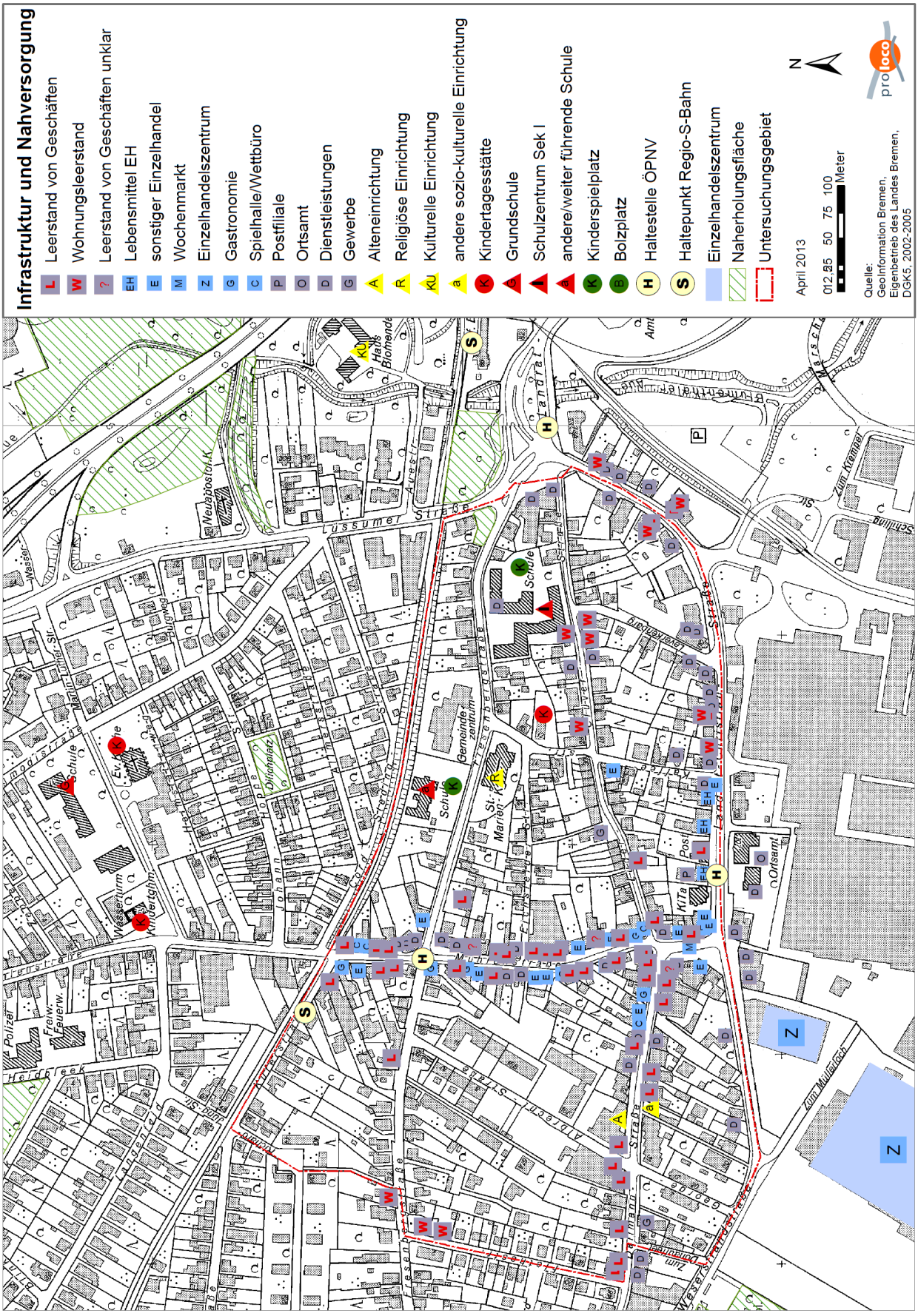


Abb. 29: Karte: Infrastruktur und Versorgung

2.4 Datenauswertung

Zur Datenauswertung wurden Daten des statistischen Landesamtes, des Sozialressorts und der Polizei Bremen herangezogen. Die Auswertung erfolgt zum einen auf Ebene des Ortsteiles Blumenthal, zum andern erfolgt für das Untersuchungsgebiet mit seinen drei Teilgebieten eine differenziertere Datenanalyse. Die Daten liegen auf Baublockebene vor, so dass eine kleinräumige Differenzierung möglich ist. Hierbei werden aus Datenschutzgründen einige Baublöcke mit geringer Einwohnerzahl zusammengefasst.

2.4.1 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur und Wohndauer

Bevölkerungsentwicklung

Im Zeitraum von 1996 bis 2011 ist die Bevölkerungszahl im Untersuchungsgebiet insgesamt von 1.795 auf 1.568 zurückgegangen, d. h. ein Rückgang um 13 % in 15 Jahren. Dies ist vor allem auf Bevölkerungsrückgang in der Umgebung West/ Ost (vgl. Karte S. 5) und auch im Baublock 531011 zurückzuführen (vgl. Abb. 30). In der Umgebung Nord/Süd liegt die Bevölkerungszahl nach leichten Schwankungen im Jahr 2011 leicht über derjenigen von 1996. Der Bevölkerungsrückgang fällt im Untersuchungsgebiet damit stärker aus als im Ortsteil Blumenthal (- 5 % im gleichen Zeitraum) und als in der Stadt Bremen (gleichbleibend).

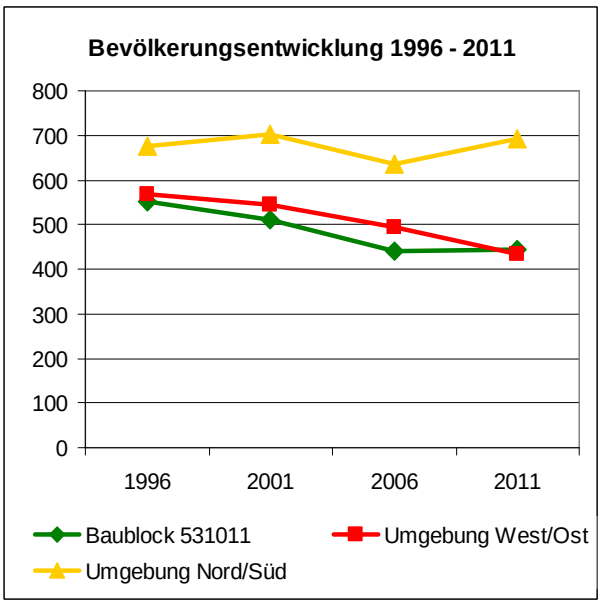


Abb. 30: Bevölkerungsentwicklung 1996 - 2011

Altersstruktur

Das Untersuchungsgebiet ist deutlich jünger als die anderen Gebiete des Ortsteils Blumenthal, der Anteil der Kinder und Jugendlichen liegt bei 23,3 %, derjenige der über 65Jährigen bei 16,1 %. Der Jugendquotient (Verhältnis der unter 18Jährigen zu den über 65-Jährigen liegt im Ortsteil Blumenthal bei 9,4. In den meisten Baublöcken des Untersuchungsgebietes liegt er bei über 15 (vgl. Abb. 32). Gleichzeitig gibt es im Untersuchungsgebiet auch eher „alte“ Baublöcke, in denen der Jugendquotient bei unter 5 liegt. „Alte“ und „junge“ Baublöcke liegen im Untersuchungsgebiet in direkter Nachbarschaft.

Der Baublock 531011 ist der deutlich jüngste im Untersuchungsgebiet (vgl. Abb. 31). Hier liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei über 30 %, während er in den beiden anderen Teilgebieten bei um die 20 % liegt (Ortsteil Blumenthal: 19 %, Stadt Bremen 15 %). Dies erklärt sich vor allem durch einen deutlich höheren Anteil in der Altersgruppe der 6 bis 18-Jährigen. Die Bevölkerungsrückgänge in der Umgebung West/Ost in den letzten 10 Jahren sind im Wesentlichen auf Rückgänge in der Altersgruppe der über 65-Jährigen zurückzuführen. Der Anstieg des Anteils der über 65Jährigen ist im Untersuchungsgebiet zwischen 2001 und 2011 mit 1 Prozentpunkt deutlich geringer als in der Stadt Bremen im gleichen Zeitraum (+ 2,6 Prozentpunkte).

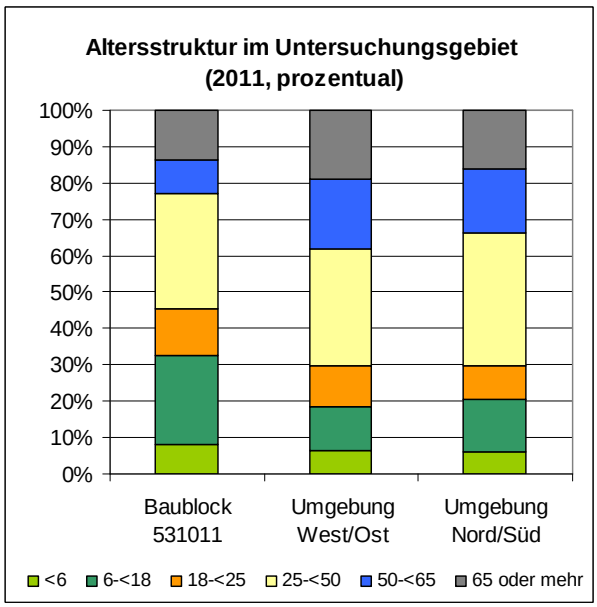


Abb. 31: Altersstruktur im Untersuchungsgebiet (2011, prozentual)

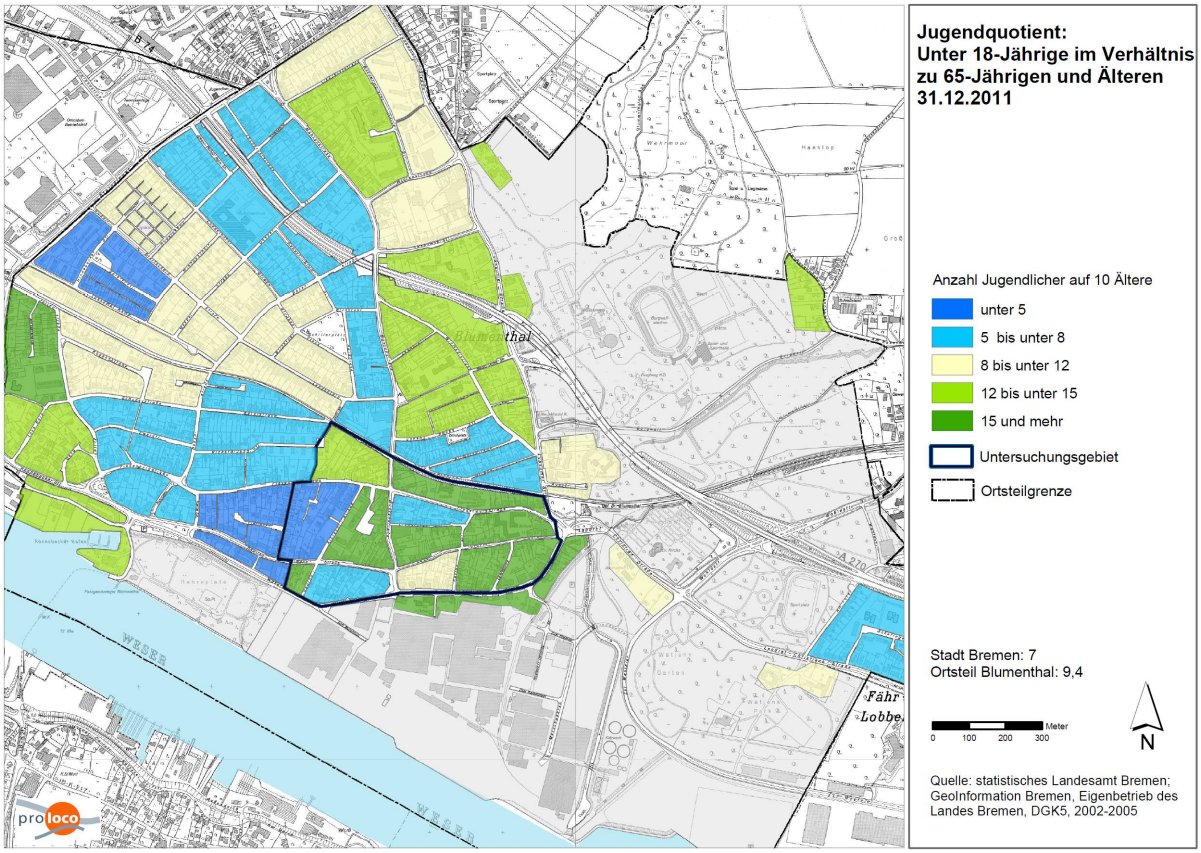


Abb. 32: Jugendquotient (Baublockkarte Ortsteil Blumenthal, 2011)

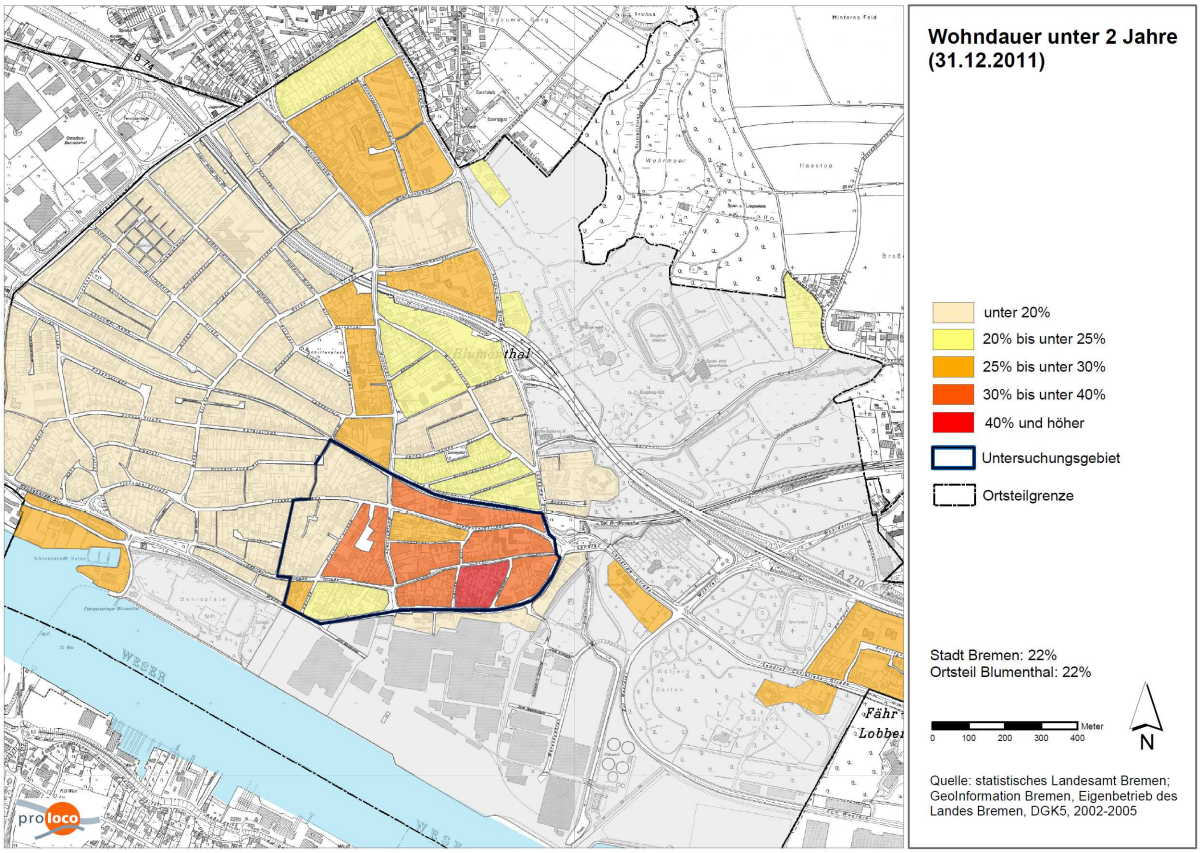


Abb. 33: Wohndauer unter 2 Jahre (Baublockkarte Ortsteil Blumenthal, 2011)

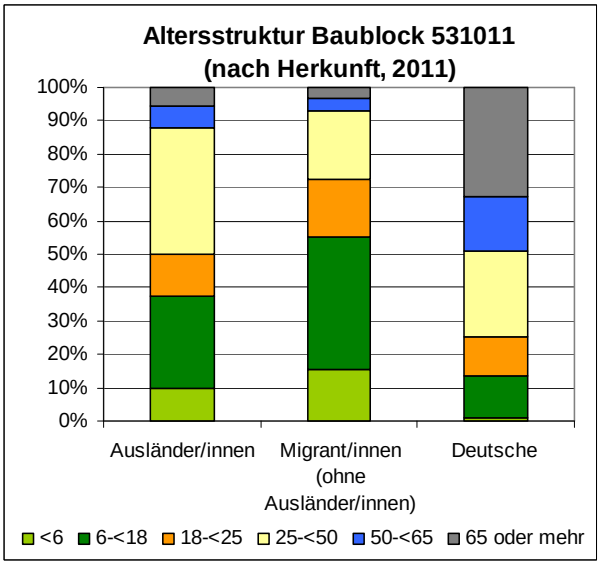


Abb. 34: Altersstruktur im Baublock 531011 nach Herkunft (2011)

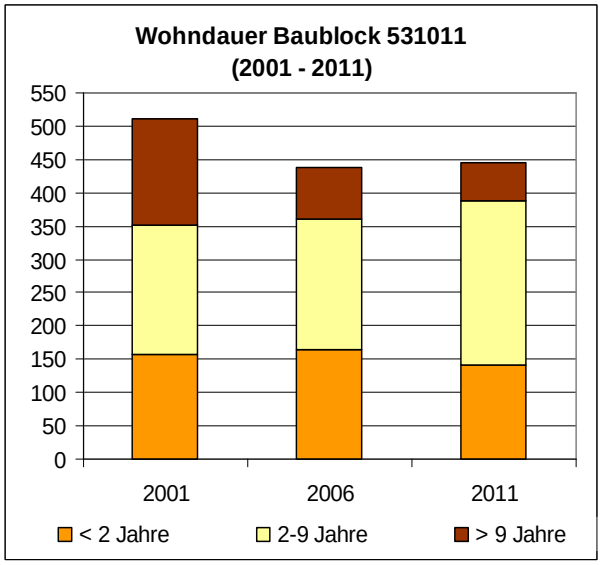


Abb. 35: Wohndauer Baublock 531011 (2001-2011)

Anhand der Bevölkerung im Baublock 531011 werden unterschiedliche Altersstrukturen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund deutlich. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist bei Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Auffällig ist zudem, dass dieser Anteil bei den Migrant/innen mit deutschem Pass deutlich höher ist als bei den Ausländer/innen (vgl. Abb. 34). Zum besonders hohen Anteil der über 65-Jährigen unter den Deutschen trägt eine Senioreneinrichtung in der Kapitän-Dallmann-Straße bei, die zu diesem Baublock gehört.

Wohndauer

Der Anteil derjenigen mit einer Wohndauer von weniger als 2 Jahren am Ort ist im Untersuchungsgebiet deutlich höher als in allen anderen Bereichen des Ortsteiles Blumenthal (vgl. Abb. 33). Dementsprechend ist der Anteil derjenigen mit einer Wohndauer über 9 Jahren („Alteingesessene“) im Untersuchungsgebiet deutlich geringer als in anderen Gebieten des Ortsteiles Blumenthal oder auch als im Durchschnitt in der Stadt Bremen.

In allen drei Teilgebieten des Untersuchungsgebietes ist der Bevölkerungsrückgang auf einen Rückgang der Zahl der „Alteingesessenen“ zurückzuführen. Am deutlichsten fällt dieser Rückgang im Baublock 531011 aus (vgl. Abb. 35). Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle „Alteingesesenen“ deutscher Herkunft und alle erst kurz dort Wohnenden nicht-deutscher Herkunft sind. Auch einige Flüchtlinge und Asylbewerber/innen leben schon länger als neun Jahre im Untersuchungsgebiet.

Zusammenfassung II: Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur und Wohndauer

- ➔ Im Baublock 531011 und vor allem in der Umgebung West/Ost ist die Bevölkerungszahl von 2001 – 2011 deutlich zurückgegangen.
- ➔ Der Baublock 531011 hat den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen im Untersuchungsgebiet.
- ➔ „Alte“ und „junge“ Baublöcke liegen dicht beieinander.
- ➔ In der Umgebung West/Ost überrascht der Rückgang der über 65-Jährigen.
- ➔ Im gesamten Untersuchungsgebiet ist die Wohndauer im Vergleich zum Ortsteil Blumenthal deutlich geringer.
- ➔ Der Anteil der „Alteingesessenen“ ist im Untersuchungsgebiet geringer als im Ortsteil Blumenthal.
- ➔ Die Zahl der „Alteingesessenen“ im Untersuchungsgebiet hat in den letzten 10 Jahren stark abgenommen.

2.4.2 Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer/innen und Herkunftsländer

Menschen mit Migrationshintergrund

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund [1] liegt im Untersuchungsgebiet bei 50,5 % und damit höher als in den meisten anderen Gebieten im Ortsteil Blumenthal und auch höher als im Bremer Durchschnitt (vgl. Abb. 36). Im Baublock 531011 liegt er im Jahr 2011 bei 70 % (Stadt Bremen: 29 %, Ortsteil Blumenthal: 35 %). Auch in den beiden anderen Teilgebieten des Untersuchungsgebietes ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher als im Bremer Durchschnitt (in der Umgebung West/Ost 49 % und in der Umgebung Nord/Süd 37 %). Die höchsten Werte erreichen hier die beiden Baublöcke auf der nördlichen Seite der Lüder-Clüver-Straße mit 52,2 % und 61,6 % Migrant/innen. Abb. 36 stellt die prozentualen Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund in den drei Teilgebieten dar und unterscheidet dabei nach „Ausländer/innen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund ohne Ausländer/innen“

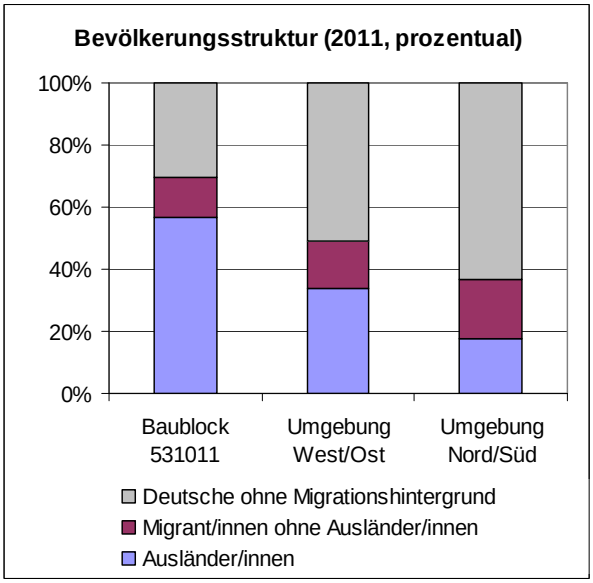


Abb. 36: Bevölkerungsstruktur im Untersuchungsgebiet nach Migrationshintergrund (2011, prozentual)

[1] Zu Personen mit Migrationshintergrund werden Ausländer, eingebürgerte Deutsche und Aussiedler zusammengefasst. Ergänzend übernehmen deutsche Kinder unter 18 Jahren, für die selbst dieser Migrationshintergrund nicht erkennbar ist, aber mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, die entsprechende Zuordnung des Elternteils. (Quelle: Statistisches Landesamt Bremen)

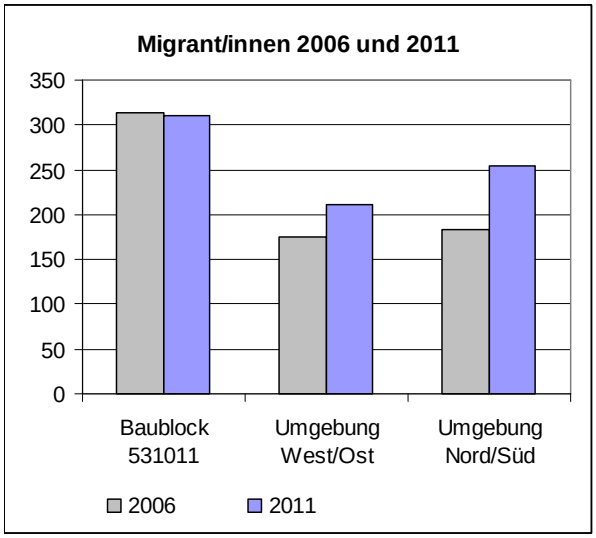


Abb. 37: Entwicklung der Zahl der Migrant/innen im Untersuchungsgebiet von 2006 bis 2011

„Menschen mit Migrationshintergrund“ werden seit 2005 statistisch erfasst. Insgesamt hat sich im Untersuchungsgebiet ihre Zahl seither um 15,5 % erhöht und liegt im Jahr 2011 bei 776. Die Zahl der Migrant/innen im Baublock 531011 ist von 2006 auf 2011 leicht gesunken, in der Umgebung West/Ost und noch deutlicher in der Umgebung Nord/Süd ist sie gestiegen (vgl. Abb. 37). Besonders deutlich ist der Anstieg in den Baublöcken zwischen Fresenbergstraße und Bahnlinie. Offensichtlich ziehen in den letzten Jahren Menschen mit Migrationshintergrund in das Untersuchungsgebiet, weniger in den Baublock 531011, als vielmehr in die umliegenden Baublöcke.

Ausländer/innen

Während es bei der Zahl der Migrant/innen im Nordosten des Ortsteiles Blumenthal (Richtung Lüssum) vergleichbar hohe Werte gibt wie im Untersuchungsgebiet (vgl. Abb. 38), fällt das Untersuchungsgebiet bei der Zahl der Ausländer/ innen im Ortsteil Blumenthal besonders auf (vgl. Abb. 39). Hierbei werden die Durchschnittswerte der Stadt Bremen (13 %) und des Ortsteils Blumenthal (18 %) teilweise um ein Vielfaches überschritten: Die höchsten Ausländeranteile haben der Baublock 531011 (zwischen George-Albrecht-Straße und Mühlenstraße) mit 57 % und die beiden Baublöcke auf der Nordseite der Lüder-Clüver-Straße (37 % und 48 %). Insgesamt liegt der Ausländeranteil im Untersuchungsgebiet bei 33 %.

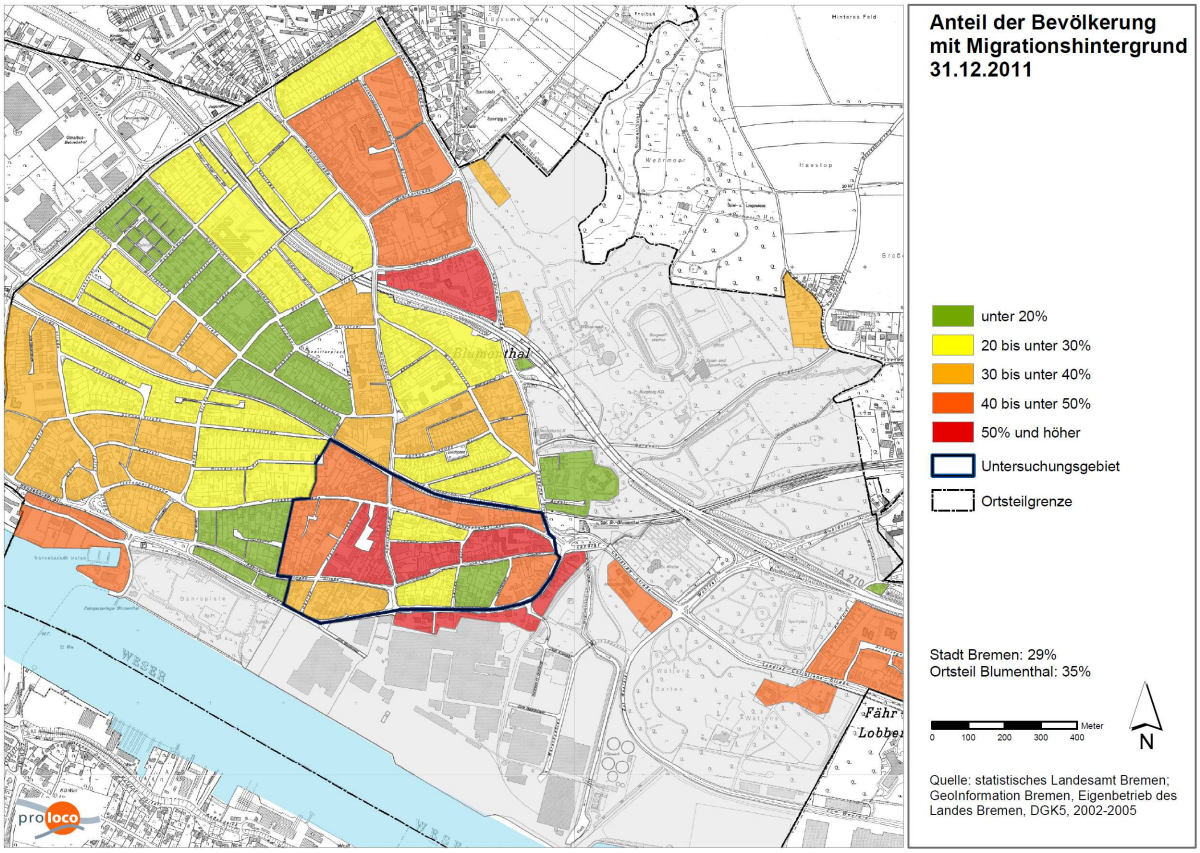


Abb. 38: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Baublockkarte Ortsteil Blumenthal, 2011)

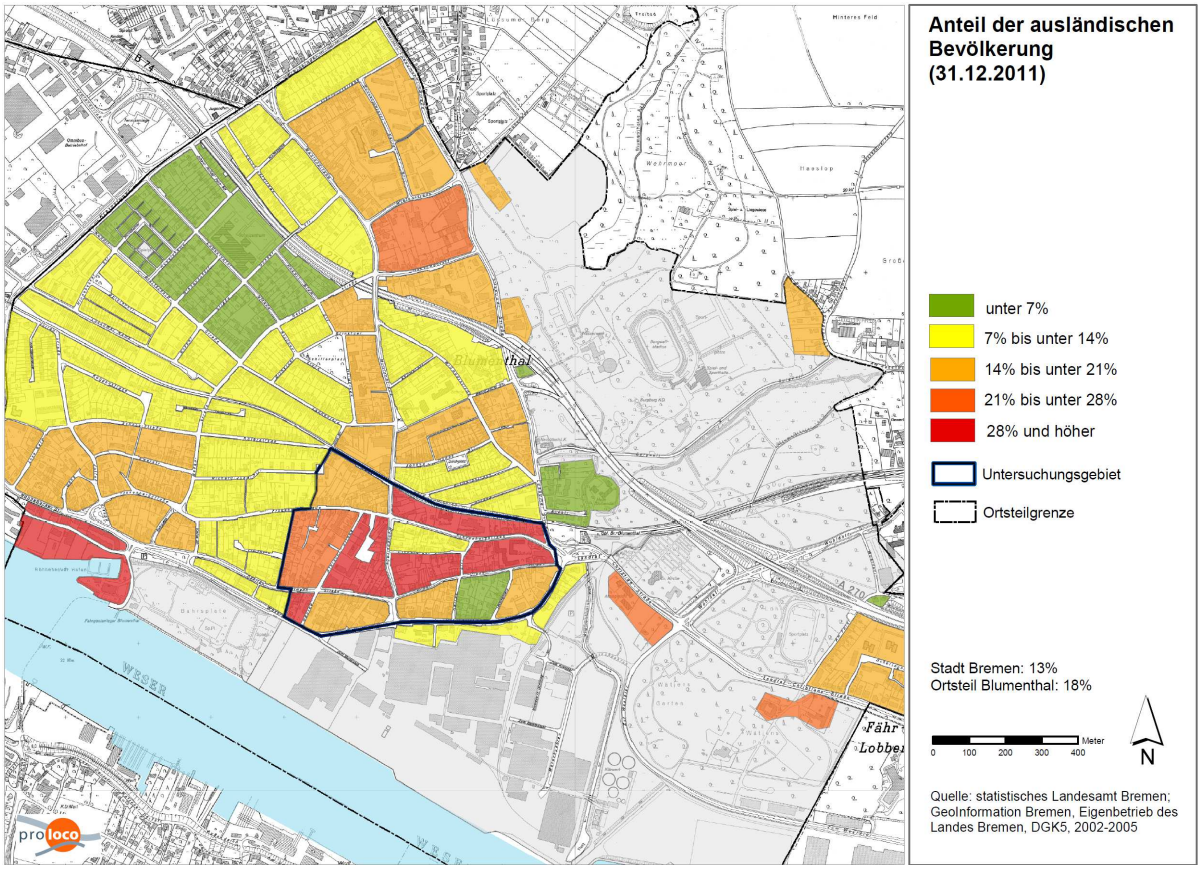


Abb. 39: Anteil der ausländischen Bevölkerung (Baublockkarte Ortsteil Blumenthal, 2011)

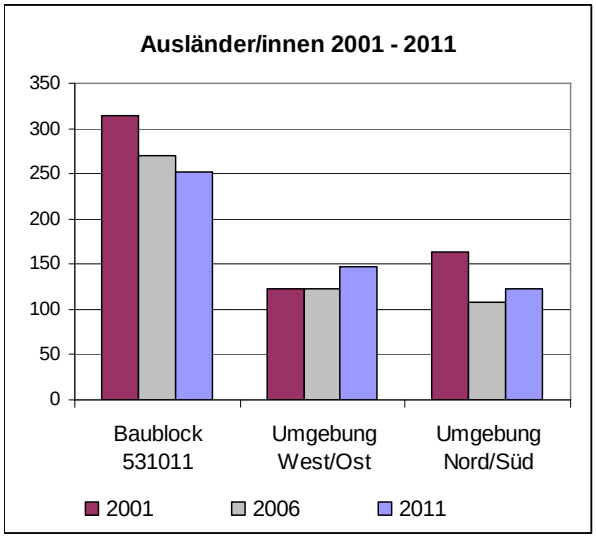


Abb. 40: Entwicklung der Zahl der Ausländer/innen im Untersuchungsgebiet von 2001 bis 2011

Die Zahl der Ausländer/innen im Untersuchungsgebiet ist von 2001 auf 2006 deutlich gesunken (von 600 auf 500), während sie seither wieder leicht steigt und im Jahr 2011 bei 522 liegt. Dreißig Jahre früher (1980), als u. a. noch zahlreiche Arbeitskräfte bei der BWK beschäftigt waren, lag die Zahl der Ausländer/innen bei 870 und damit deutlich höher. Der Anstieg bei der Zahl der Migrant/innen von 2006 auf 2011 in der Umgebung West/Ost und Nord/Süd spiegelt sich – leicht abgeschwächt – auch bei der Zahl der Ausländer/innen wider. Die Zahl der Ausländer/innen im Baublock 531011 ist hingegen seit 2001 stetig gesunken, auch wenn sie immer noch deutlich höher liegt als in den beiden anderen Teilgebieten des Untersuchungsgebietes (vgl. Abb. 40).

Herkunftsländer

Die zur Verfügung stehenden Daten des statistischen Landesamtes für die Jahre 2006 und 2011 ermöglichen eine Auswertung nach den Herkunftsländern der Menschen mit Migrationshintergrund für sechs Länder bzw. Ländergruppen. Im Jahr 2011 sind im Untersuchungsgebiet die Menschen mit türkischem Migrationshintergrund mit 312 Personen die größte Gruppe, gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 171 Personen. Die Bevölkerungsgruppe aus Bulgarien/Rumänien umfasst zu diesem Zeitpunkt 52 Personen, diejenige aus den EU-15-Staaten 41 Personen.

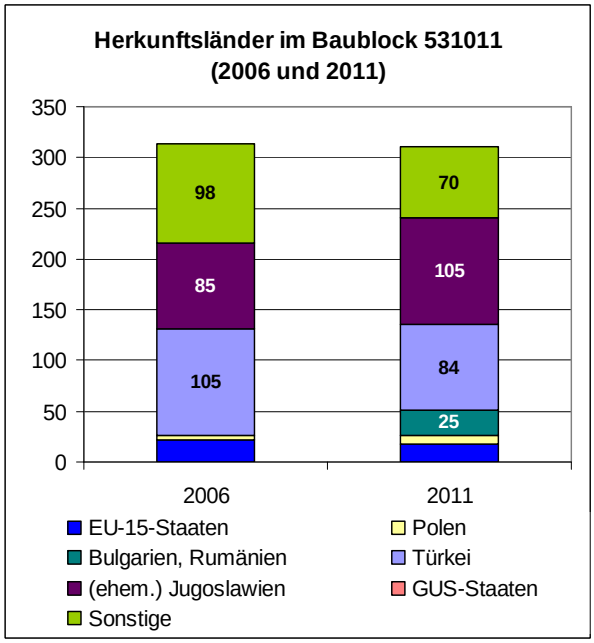


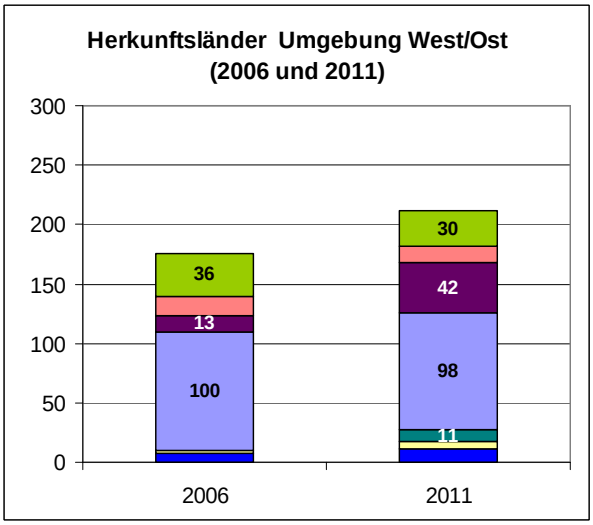
Abb. 41: Herkunftsländer im Baublock 531011 (2006 und 2011)

Im Zeitraum von 2006 bis 2011 hat es deutliche Veränderungen bei den Bevölkerungsgruppen der einzelnen Länder bzw. Ländergruppen gegeben (vgl. Abb. 41 – 43).

Im Baublock 531011 sind Anzahl und Anteil der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (nach Aussagen lokaler Expert/innen überwiegend Roma aus dem Kosovo) von 2006 auf 2011 stark gestiegen (vgl. Abb. 41). Im etwa gleichen Maß sind Anzahl und Anteil der Migrant/innen mit türkischem Hintergrund gesunken, so dass die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien jetzt die größte Migrantengruppe im Baublock sind. Ein von lokalen Expert/innen beschriebener Trend der letzten Jahre findet sich in seinen Anfängen schon in der Betrachtung der Jahre 2006 und 2011 wieder: der Zuzug von Menschen aus Bulgarien und Rumänien – bis Ende 2011 noch nicht sehr ausgeprägt, hat sich offenbar im Jahr danach verstärkt. Drittgrößte Gruppe im Baublock 531011 sind die Menschen aus „sonstigen Ländern“. Hier liegen keine weiteren Informationen vor, welche oder auch nur wie viele Länder zusammengefasst wurden.

In der Umgebung West/Ost stellen nach wie vor die Menschen mit türkischem Migrationshintergrund die größte Gruppe, mit deutlichem Abstand gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (vgl. Abb. 42). Anders als im Baublock 531011 gibt es hier eine kleine Bevölke-

rungsgruppe aus den GUS-Staaten. Der Zuzug von Menschen aus Bulgarien und Rumänien ist auch in diesem Teilgebiet erkennbar.
Auch in der Umgebung Nord/Süd stellen die Menschen aus der Türkei die größte Gruppe. Auffallend ist hier eine deutliche Zunahme von 2006 auf 2011 (vgl. Abb. 43). Die Gruppe der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien hat sich zwar in den fünf Jahren verdoppelt, ist jedoch nach wie vor erheblich kleiner als in den anderen beiden Teilgebieten. Anzahl und Anteil der Menschen aus Polen ist in diesem Teilgebiet zwar leicht größer (und wachsend) als in den anderen Teilgebieten, aber nach wie vor eher gering.



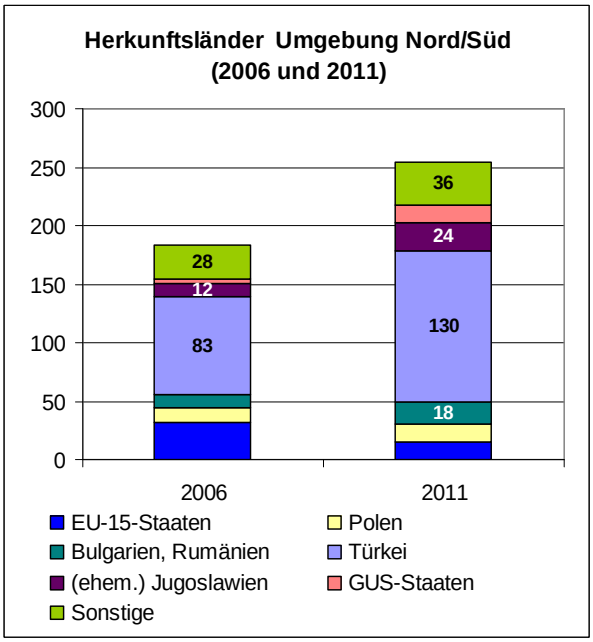


Abb. 42 und 43: Herkunftsländer in der Umgebung West/Ost und Nord/Süd (2006 und 2011)

Zusammenfassung III:
Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländer/innen und Herkunftsländer

- ➔ Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Untersuchungsgebiet liegt bei 50,5 %, im Baublock 531011 sind es 70 %.
- ➔ Der überwiegende Anteil der Migrant/innen im Gebiet sind Ausländer/innen – im Baublock 531011 sind es 57 %.
- ➔ Hauptherkunftsländer sind vor allem die Türkei (Untersuchungsgebiet) und das ehemalige Jugoslawien (Block 531011).
- ➔ Zunehmend ziehen Menschen aus Bulgarien/Rumänien zu.
- ➔ Es gibt eine größere Gruppe aus „sonstigen Ländern“ – hier ist aufgrund der Datenlage keine weitere Konkretisierung möglich.
- ➔ Im Zeitraum von 2006 bis 2011 hat sich die Zahl der Migrant/innen in den Teilgebieten West/Ost und Nord/Süd deutlich erhöht, während sie im Baublock 531011 in etwa gleich geblieben ist.

2.4.3 Armut und Arbeit

SGB-II-Bezug

Als Indikator für Armut im Quartier wird im ersten Schritt häufig der Anteil der SGB-II-Empfänger/innen verwendet. Abb. 44 zeigt den Anteil von SGB-II-Empfänger/innen in den Baublocks des Ortsteiles Blumenthal. Dieser liegt in den meisten Baublöcken im Untersuchungsgebiet – wie auch in anderen Gebieten des Ortsteiles – deutlich über dem Bremer Durchschnitt (16,6 %) und auch über dem Ortsteildurchschnitt (20,4 %). Insgesamt beziehen 32,2 % der Bewohner/innen im Untersuchungsgebiet Leistungen nach SGB-II., das sind 424 Personen. In einzelnen Baublöcken (Südseite der Lüder-Clüver-Straße und Nordseite der Fresenbergstraße) werden Werte von über 40 % erreicht. Im Baublock 531011 sind es „nur“ 36,6 %. Bei den Kindern und Jugendlichen sind es im Untersuchungsgebiet insgesamt 38,2 %.

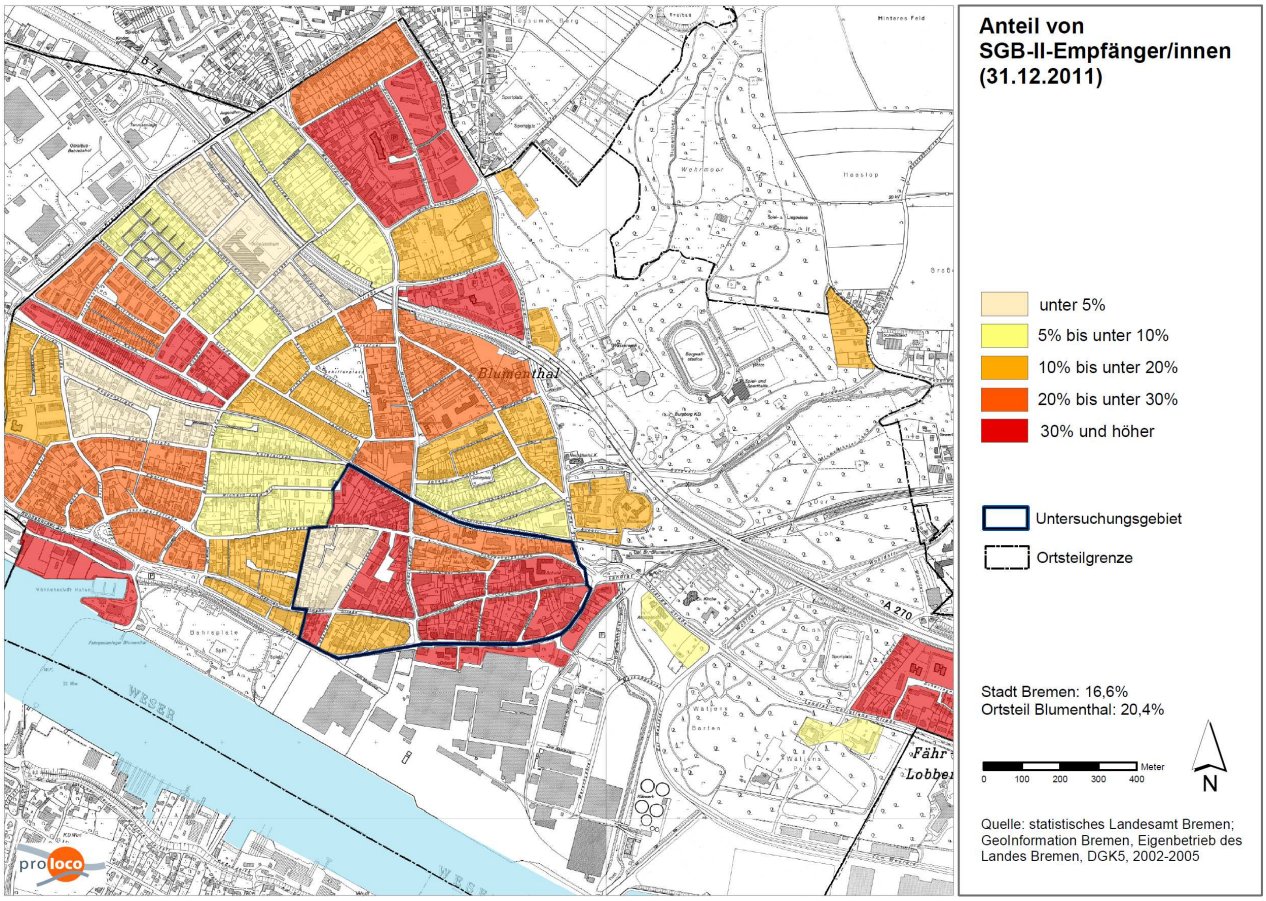


Abb. 44: Anteil von SGB-II-Empfänger/innen (Baublockkarte Ortsteil Blumenthal, 2011)

Aufgrund ihres Aufenthaltsstatus (Asylbewerber/innen, Duldung) sind viele Menschen im Untersuchungsgebiet und insbesondere im Baublock 531011 nicht bezugsberechtigt für SGB-II. Dies bestätigt sich auch durch den relativ geringen Anteil von SGB-II-Empfänger/innen unter den Ausländer/innen im Baublock 531011: Er liegt bei „nur“ 24,8 % und damit sogar etwa sechs Prozentpunkte unter dem Bremer Durchschnitt.

Empfänger/innen von Transferleistungen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz

In einem Gebiet mit einem hohen Anteil an Ausländer/innen, darunter sehr viele Asylbewerber/innen, ist der Indikator „SGB-II-Bezug“ zur Abbildung der Armutssituation im Gebiet nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund wurden aufgrund von Daten des Sozialressorts weitere Transferleistungen mit ausgewertet: Berücksichtigt werden konnten Leistungen nach SGB XII (u. a. Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Bildung und Teilhabe, stationäre Leistungen) und nach Asylbewerberleistungsgesetz. Die Daten für die Jahre 2007 bis 2012 lagen nach Adressen (Straßen, Hausnummer) vor, also nicht nach Baublöcken (für die Zusammenführung mit den SGB-II-Daten wurden sie anhand der Adressangaben auf Baublöcke „übersetzt“). Die Auswertung nach Straßen vermittelt jedoch auch einen guten Eindruck der Situation im Gebiet. So sind – anders als bei den Baublockdaten- einzelne Straßenzüge genauer erkennbar:

Im Zeitraum von 2007 bis 2012 hat sich Zahl der Leistungsempfänger/innen nach SGB XII und AsylbLG im Untersuchungsgebiet insgesamt kontinuierlich erhöht. Sie lag im Jahr 2007 bei 418 und im Jahr 2012 bei 535, also eine Erhöhung um 28 % in sechs Jahren. Für das Jahr 2012 wurde der Leistungsbezug nach Art und Straße differenziert ausgewertet (vgl. Abb. 45).

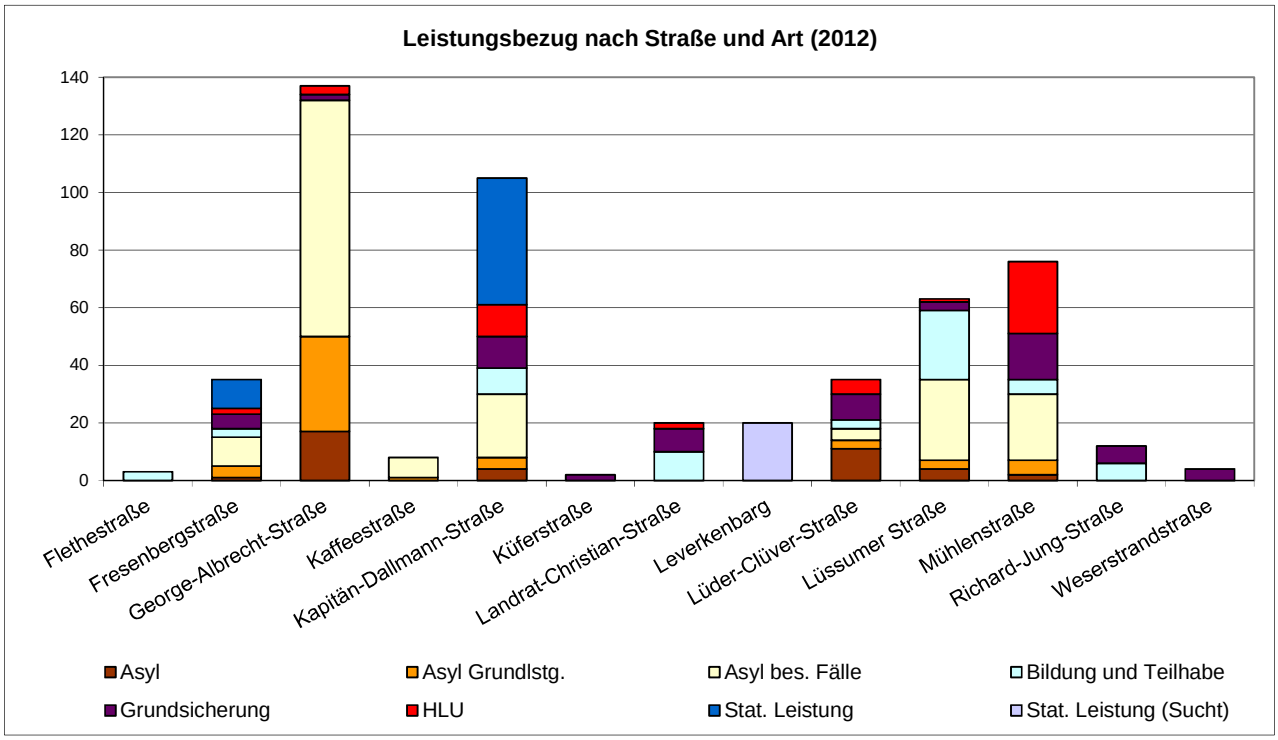


Abb. 45: Leistungsbezug nach SGB-XII und Asylbewerberleistungsgesetz nach Straße und Art (2012)

Nach Fallzahlen insgesamt fallen die George-Albrecht-Straße und die Kapitän-Dallmann-Straße ins Auge. Deutlich unterschiedlich ist hier die Art des Leistungsbezuges: Während in der George-Albrecht-Straße nahezu alle Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz bezogen werden, sind es in der Kapitän-Dallmann-Straße überwiegend stationäre Leistungen (Seniorenwohnanlage). In der Mühlenstraße spielen neben Leistungen nach AsylbLG vor allem Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und Grundsicherung eine Rolle, während es in der Lüssumer Straße neben AsylbLG vor allem um Bildung und Teilhabe geht. In der Straße Leverkenbarg erklärt sich die relativ hohe Fallzahl der Stationären Leistungen durch eine dort ansässige Einrichtung für Suchtkranke.

Transferleistungen insgesamt

Unter Berücksichtigung aller dieser Transferleistungen ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abb. 46 (absolute Zahlen) und 47 (Anteile)):

Im Untersuchungsgebiet leben insgesamt 50 % aller Bewohner/innen von Transferleistungen. Zu den 424 Menschen, die SGB-II beziehen, kommen im Jahr 2011 noch einmal 373 Menschen hinzu, die Transferleistungen nach SGB-XII oder Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.

Im Baublock 531011 führt die hohe Zahl von Asylbewerber/innen dazu, dass die Gesamtzahl derjenigen, die Transferleistungen beziehen, besonders hoch ist.

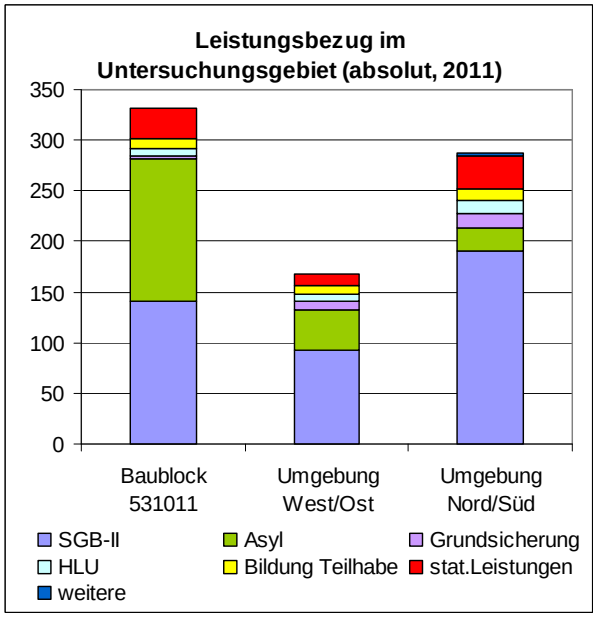


Abb. 46: Bezug von Transferleistungen im Untersuchungsgebiet (absolut, 2011)

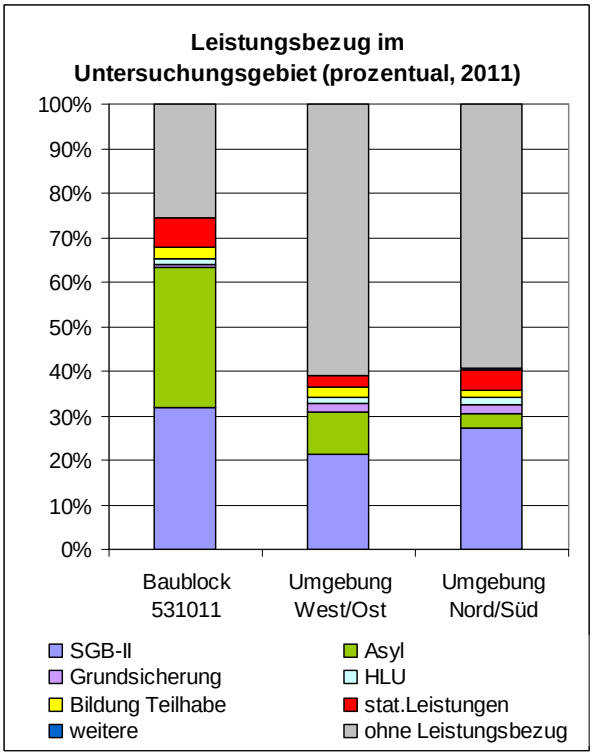


Abb. 47: Bezug von Transferleistungen im Untersuchungsgebiet (prozentual, 2011)

Der Anteil der Bezieher/innen von Transferleistungen liegt im Baublock 531011 bei knapp 75 %, in den Teilgebieten Umgebung West/Ost und Umgebung Nord/Süd bei Werten um 40 %.
Vergleichswerte für den Ortsteil Blumenthal oder die Stadt Bremen sind nicht verfügbar, so dass eine Meßlatte, was „viel" ist, nicht stichhaltig verfügbar ist. Es wird vermutet, dass die Werte zwar im Vergleich relativ hoch sind, dass es jedoch ähnliche Werte auch in verschiedenen anderen Quartieren in Bremen gibt.

Arbeit und Arbeitslosigkeit

Der Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitslosen + sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Untersuchungsgebiet deutlich höher als in der Stadt Bremen (13,4 %) oder im Ortsteil Blumenthal (19,7 %). Im Untersuchungsgebiet beträgt dieser Anteil 33 %, d. h. auf zwei sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kommt ein/e Arbeitslose/r. In einzelnen Baublocks (George-Albrecht-Straße/Mühlenstraße und an der Lüder-Clüver-Straße) werden Werte von über 40 % erreicht. Gleichzeitig ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den 25 – 65-Jährigen mit 44 % im Untersuchungsgebiet geringer als in der Stadt Bremen (59 %) oder im Ortsteil Blumenthal (56 %). [2]
Zu berücksichtigen ist zudem, dass viele Bewohner/innen nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt werden (Asylbewerber/innen, Duldung).
Abb. 48 zeigt die Anteile von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Arbeitslosen und denjenigen zwischen 25 und 65 Jahren, die weder das eine noch das andere sind. In die letzte Gruppe gehören nach Definition auch Beamte und Selbständige. Es wird – vor dem Hintergrund der Aussagen über Armut im Gebiet – jedoch davon ausgegangen, dass im Untersuchungsgebiet in dieser Gruppe vor allem Menschen ohne Arbeitseinkommen erfasst sind. Demnach stehen den 32 % sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Baublock 531011 68 % der 25 – 65-Jährigen gegenüber, die kein Arbeitseinkommen erzielen. In der Umgebung West/Ost (54 % SVB) und in der Umgebung Nord/Süd (44 % SVB) ist dieses Verhältnis etwas günstiger.

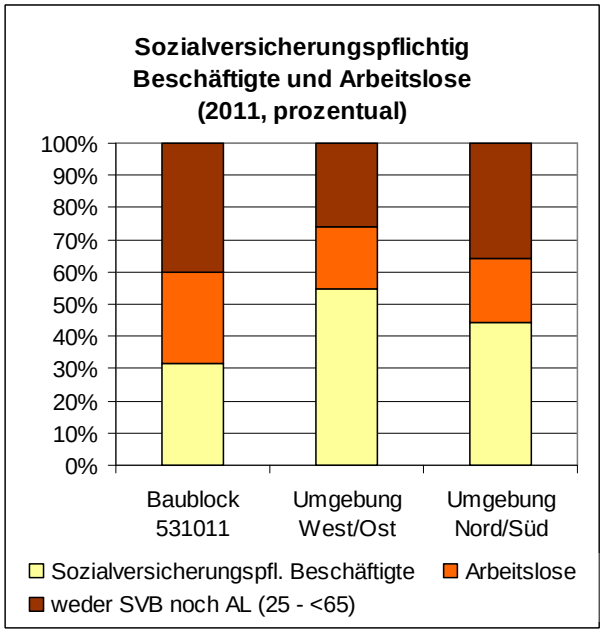


Abb. 48: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose (prozentual, 2011)

[2] Diese Zahlen sind Näherungswerte, da bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigen auch Menschen unter 25 Jahren mit erfasst sind – die angegeben Prozentzahlen sind demnach in der Tendenz alle etwas zu hoch.

Zusammenfassung IV:
Armut und Arbeit

- ➔ Armut ist im gesamten Gebiet Thema.
- ➔ Die relativ „geringen“ Anteile SGB-II-Empfänger/innen in Blocks mit hohem Anteil Ausländer/innen erklären sich dadurch, dass viele nicht SGB-II-berechtigt sind.
- ➔ Transferleistungen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz spielen im Untersuchungsgebiet eine große Rolle.
- ➔ Insgesamt leben im Untersuchungsgebiet die Hälfte der Bewohner/ innen von Transfereinkommen – im Block 531011 sind es 75 %.
- ➔ Die Arbeitslosenzahlen sind hoch, berücksichtigen aber nicht alle Menschen ohne Arbeit (Duldung, Asylbewerber/innen).
- ➔ Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den 25 – 65-Jährigen ist relativ niedrig.

2.4.4 Soziales Miteinander und Kriminalität

Für Aussagen zum sozialen Miteinander und zur Kriminalität wurden Daten von der Polizei Bremen zur Verfügung gestellt. Ausgewertet wurden Anlässe für 110-Einsätze im Jahr 2012, wobei die nicht-kriminellen Anlässe einen Eindruck vom sozialen Miteinander vermitteln, sowie Angaben zu Wohnungseinbrüchen im Gebiet.

Anlässe für 110-Einsätze

Von der Polizei Bremen werden die Anlässe für 110-Einsätze statistisch erfasst, d. h. die Angaben sind nicht in allen Fällen identisch mit den tatsächlichen Ursachen und Fakten. Nichts desto trotz können die Daten einen Eindruck der Stimmung im Gebiet vermitteln. Die sehr differenziert vorliegenden Daten wurden gemeinsam mit der Polizei Bremen nach Anlassarten geclustert. Die Angaben liegen nach Straßennamen vor, nicht nach Baublöcken. Die Auswertung erfolgte für das Untersuchungsgebiet im Vergleich zu den anderen Gebieten in Blumenthal.

Insgesamt gab es im Jahr 2012 im Untersuchungsgebiet 332 110-Einsätze, darunter 176 aus kriminellem Anlass.

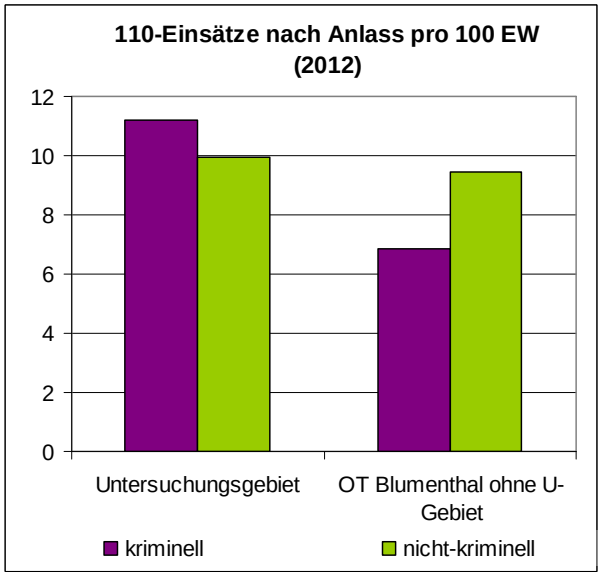


Abb. 49:110-Einsätze im Ortsteil Blumenthal nach Anlässen (pro 100 EW, 2012)

Um Vergleichbarkeit zwischen dem Untersuchungsgebiet und anderen Gebieten des Ortsteiles herzustellen, werden die Anlasszahlen pro 100 Einwohner/innen dargestellt (vgl. Abb. 49). Demnach gibt es im Untersuchungsgebiet mehr kriminelle Anlässe für 110-Einsätze pro 100 EW als in den anderen Gebieten des Ortsteiles Blumenthal und weniger nicht-kriminelle Anlässe pro 100 EW.

Für die weitere Differenzierung wurden die Anlassarten weiter unterteilt:

- Kriminell: Eigentumsdelikte, Gewaltdelikte, sonstige kriminelle (u. a. Fahndung, Sexualdelikt, Straftat gegen ältere Menschen)
- Nicht-kriminell: Familie/Nachbarschaft, Hilfeleistungen, sonstige nicht-kriminelle (u. a. Amtshilfe, Feuer, Suizid, Tier)

Abb. 50 stellt diese Differenzierung dar, einerseits für das Untersuchungsgebiet, andererseits für die anderen Bereiche des Ortsteiles Blumenthal. Bei den kriminellen Anlässen spielen im Untersuchungsgebiet die Eigentumsdelikte die größte Rolle. Gewaltdelikte sind sowohl im Untersuchungsgebiet wie in den anderen Bereichen des Ortsteiles Blumenthal im Vergleich dazu deutlich seltener. Bei den nicht-kriminellen Anlässen sind Hilfeleistungen die häufigste Ursache, dicht gefolgt von Familie/Nachbarschaft (in diesem Themenumfeld kann es ggf. auch um kriminelle Handlungen gehen – Gewalt in der Familie – die jedoch als Anlass nicht genannt werden).

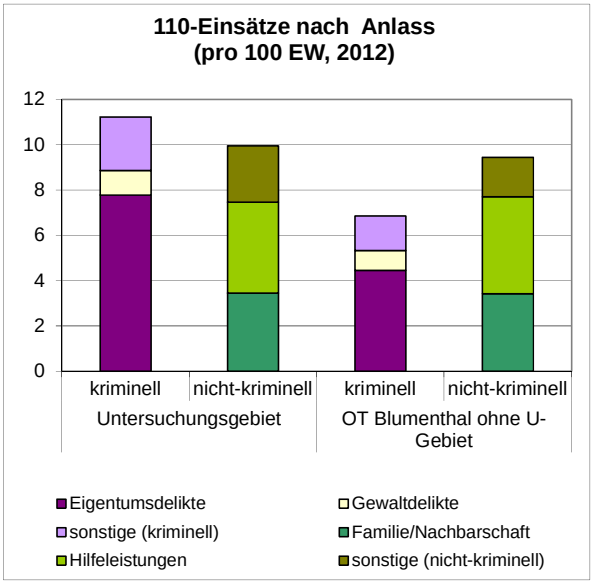


Abb. 50: 110-Einsätze nach differenzierten Anlässen (pro 100 EW, 2012)

Insgesamt unterscheidet sich das Untersuchungsgebiet demnach vor allem in Hinsicht auf die größere Häufigkeit von Eigentumsdelikten von den anderen Bereichen des Ortsteiles Blumenthal.

Für das Untersuchungsgebiet konnten die Angaben nach Straßen differenziert werden. (vgl. Abb. 51). Demnach sind die häufigsten Einsatzorte die George-Albrecht-Straße und die Mühlenstraße mit je über 60 Einsätzen insgesamt im Jahr 2012. Hierbei überwiegen in der Mühlenstraße die kriminellen Anlässe leicht, wobei es meistens um Eigentumsdelikte geht. Die beiden Straßen sind auch die häufigsten Einsatzorte im Untersuchungsgebiet bei Gewaltdelikten (i. d. R. Körperverletzung). Bei den nicht-kriminellen Anlässen geht es häufig um Familie/Nachbarschaft (u. a. Lärmbelästigung) und – vor allem in der George-Albrecht-Straße – um Hilfeleistungen. Mit jeweils etwas über 40 Einsätzen im Jahr 2012 sind die Fresenbergstraße und die Kapitän-Dallmann-Straße die nächst häufigen Einsatzorte. Eigentumsdelikte sind auch hier wieder jeweils die größte Gruppe. Nach abnehmender Häufigkeit folgt dann die Lüder-Clüver-Straße mit 36 Einsätzen, die Weserstrandstraße mit 30 und die Landrat-Christian-Straße mit 21 Einsätzen im Jahr 2012. Die anderen Straßen im Gebiet haben bei den 110-Einsätzen deutlich geringere Fallzahlen.

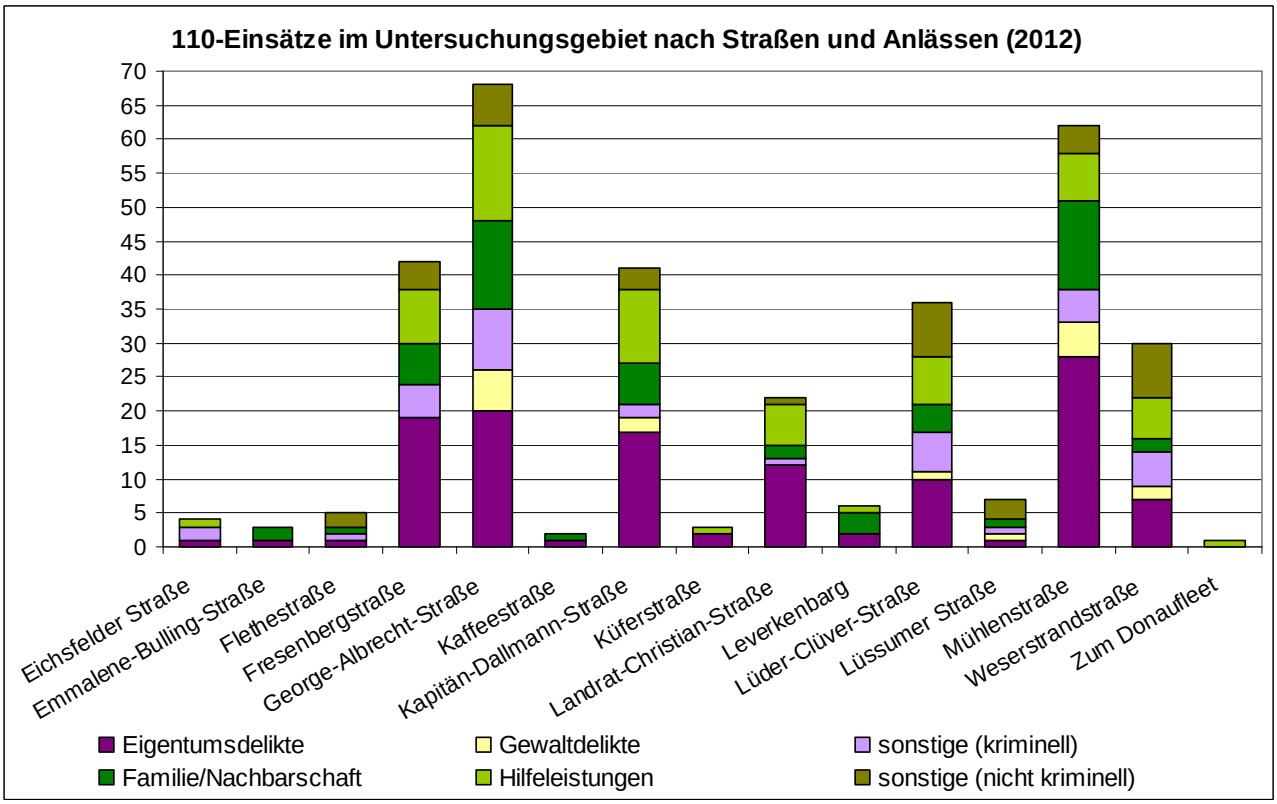


Abb. 51:110-Einsätze im Untersuchungsgebiet nach Straßen und Anlässen (absolute Zahlen, 2012)

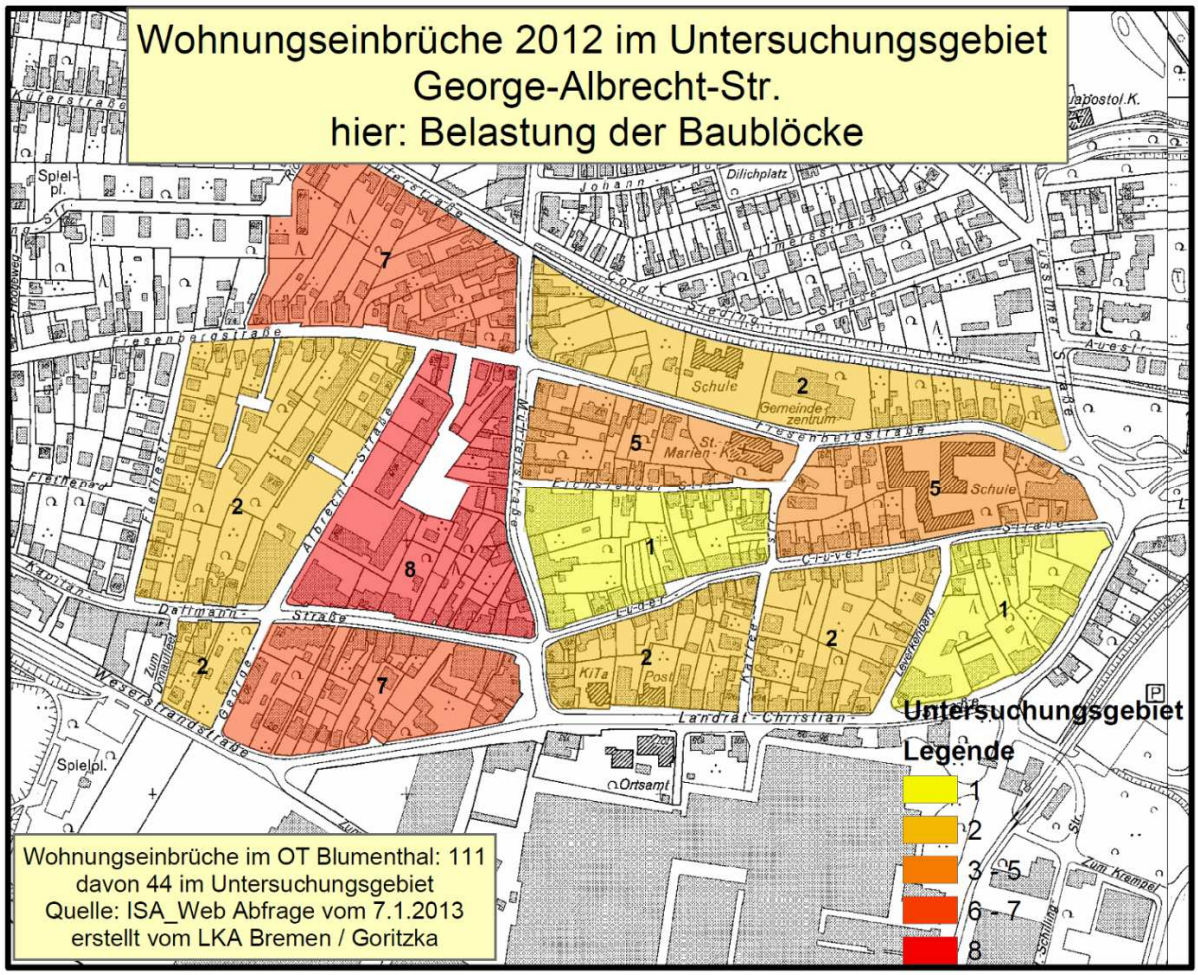


Abb. 52:Wohnungseinbrüche 2012 im Untersuchungsgebiet, Belastung der Baublöcke (Datenquelle und Darstellung: Polizei Bremen)

Wohnungseinbrüche

Von der Polizei wurden darüber hinaus Informationen über Wohnungseinbrüche im Gebiet zur Verfügung gestellt (vgl. Abb. 52). Demnach hat es im Jahr 2012 im Ortsteil Blumenthal 111 Wohnungseinbrüche gegeben, davon 44 im Untersuchungsgebiet. Jeweils 7 bzw. 8 Einbrüche gab es in den drei Baublöcken westlich der Mühlenstraße.

Es stellt sich die Frage nach der Meßlatte, also danach, was „viel“ oder außergewöhnlich ist. Vergleichszahlen liegen nicht vor. Nach Aussage von Mitarbeitern des Polizeireviers Blumenthal spiegelt sich in den Zahlen wider, dass das Untersuchungsgebiet ein Bremer Schwerpunkt beim Thema Wohnungseinbrüche ist.

Zusammenfassung V:
Soziales Miteinander und Kriminalität

- ➔ Hauptseinsatzbereiche (110-Einsätze) im Untersuchungsgebiet sind Mühlenstraße und George-Albrecht-Straße.
- ➔ Der Schwerpunkt liegt bei Eigentumsdelikten, vor allem in der Mühlenstraße und George-Albrecht-Straße.
- ➔ Das Untersuchungsgebiet unterscheidet sich durch die größere Häufigkeit von Eigentumsdelikten von anderen Bereichen in Blumenthal.
- ➔ Tatsächliche Wohnungseinbrüche sind am häufigsten im Gebiet westlich der Mühlenstraße.

2.4.5 Gebietsprofil in Zahlen

Aus den ausgewerteten Datenquellen wird im Folgenden ein Gebietsprofil in Zahlen erstellt, das ausgewählte Zahlen zur Darstellung der sozialen Situation – soweit sie sich mit Zahlen ausdrücken lässt – zusammenfasst. Dargestellt werden erst die drei Teilgebiete, dann die Zahlen für das Untersuchungsgebiet insgesamt und zum Vergleich in der letzten Spalte die Durchschnittszahlen für die Stadt Bremen (vgl. Tab. 1). Farbig markiert sind Überschreitungen des Bremer Durchschnittswertes um mehr als das Doppelte.
Die Gegenüberstellung macht deutlich, dass insgesamt der Baublock 531011 i. d. R. die auffälligsten Zahlen hat. Doch auch in den beiden anderen Teilgebieten gibt es in einigen der herangezogenen Kategorien deutlich erhöhte Werte im Vergleich zu den Bremer Durchschnittswerten. Dies gilt vor allem für die Anteile bei geringer Wohndauer, Menschen mit Migrationshintergrund, SGB-II-Empfänger/innen und Arbeitslosen. Auch die Zahlen für Transferleistungsempfänger/innen werden – wenn auch deutlich niedriger als im Baublock 531011 – mit um die 40 % als hoch eingeschätzt, auch wenn hier Vergleichszahlen fehlen.

Insgesamt stellt sich das Untersuchungsgebiet auf Grundlage der Datenanalyse als ein eher junges Gebiet dar, mit hohem Anteil von Menschen mit geringem Einkommen, bzw. Abhängigkeit von Transferleistungen, mit vielen Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem vielen Ausländer/innen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und vielen Arbeitslosen. Nach den im Monitoring Soziale Stadt (vgl. Kap. 2.4.6) verwendeten Maßstäben hat das Gebiet keine Relevanz als WiN-Gebiet und zwar sowohl aufgrund der relativ geringen Bevölkerungszahl wie auch aufgrund der Merkmalsausprägung. Für eine „WiN-Relevanz“ wäre eine Überschreitung des Bremer Durchschnitts um mehr als Doppelte im gesamten Gebiet bei Einkommensarmut, Anteil Migrant/innen und Sprachstand „notwendig“.

Gebietsprofil in Zahlen

Lage: Im ehemaligen Zentrum des Ortsteiles Blumenthal, zwischen Farge-Vegesacker-Eisenbahn, Landrat-Christian-Straße, Flethestraße und Ständer

Daten (2011)	**Baublock 531011**	**Umgebung West/Ost**	**Umgebung Nord/Süd**	**Untersuchungsgebiet**	***Stadt Bremen***
Einwohner/innen	445	432	691	1.568	
Anteil Kinder/Jugendliche	32 %	18 %	20 %	23 %	*15 %*
Anteil über 65-Jähriger	14 %	19 %	16 %	16 %	*21 %*
Anteil Wohndauer < 2 Jahre	32 %	26 %	30 %	29 %	*22 %*
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund	70 %	49 %	37 %	51 %	*29 %*
Anteil Ausländer/innen	57 %	34 %	18 %	33 %	*13 %*
Anteil SGB-II-Empfänger/innen	37 %	26 %	33 %	32 %	*17 %*
Anteil Transferleistungs-Empfänger/innen *	74 %	39 %	42 %	50 %	*NN*
Anteil Arbeitslose (an den SVB + Arbeitslosen)	47 %	26 %	31 %	33 %	*13 %*

* Vergleich mit dem Bremer Durchschnittswert nicht möglich, da dieser nicht bekannt ist

Tab. 1: Gebietsprofil in Zahlen
(farbig unterlegt: Wert liegt um mehr als das Doppelte über dem Bremer Durchschnitt)

2.4.6 Zum Vergleich: Das Untersuchungsgebiet im Rahmen des Monitoring Soziale Stadt

Das Monitoring „Soziale Stadt Bremen“ ist „vorwiegend als ein Frühwarnsystem ausgelegt, das im Rahmen einer quantitativen Analyse Veränderungen aufzeigen und auf eventuelle Anpassungsbedarfe der bremischen Interventionsstrategie hinweisen soll.“ (Bericht Monitoring Soziale Stadt Bremen, 2010, S. 4). Zurzeit liegen Monitoring-Berichte der Jahre 2008 und 2010 vor. Untersucht werden drei Leitindikatoren (Einkommensarmut, Migrationshintergrund und Sprachstand). Aus diesen Indikatoren wird ein „Index“ errechnet auf dessen Grundlage sog. „Vermutungsgebiete sozialer Problemlagen“ auf Baublockebene identifiziert werden. Diese werden dann anhand der Indexwerte und der jeweiligen Bevölkerungszahl klassifiziert und 8 Typen zugeordnet (Näheres: s. Berichte des Monitoring Soziale Stadt Bremen 2008 und 2010).

Im Bereich des Untersuchungsgebietes Blumenthal liegen zwei vom Monitoring Soziale Stadt Bremen 2008 und 2010 identifizierte Vermutungsgebiete:

- George-Albrecht-Straße mit einem Indexwert von 287,4 im Jahr 2008 und 324,2 (siebthöchster Indexwert der Vermutungsgebiete) im Jahr 2010
- Lüder-Clüver-Straße mit einem Indexwert von 268,2 im Jahr 2008 und 221,6 im Jahr 2010.

Die Indexwerte sind relationale Werte. Sie drücken das Verhältnis zum jeweiligen Bremer Durchschnittswert aus (200 = das Zweifache des Bremer Durchschnitts). Von daher ist es nicht möglich, sie als Zeitreihe auszuwerten.

Im Rahmen des Monitoring Soziale Stadt 2008 wurden ergänzend zur Datenauswertung Expertengespräche geführt. In diesen wurde zur George-Albrecht-Straße zusätzlich angegeben: „Konzentration von Personen mit sozialen Problemen, spezielle Problembereiche: Integration, Jugend“.

Beide Vermutungsgebiete gehören im Rahmen des Monitoring Soziale Stadt 2010 zur Priorität 3: Gebiete mit weniger als 550 Einwohner/innen und hohem Indexwert (d. h. über 260). Sie wurden in die Gruppe „Relevanz für eine ressortspezifische Bedarfsprüfung“ eingeordnet.

Im Rahmen der „Sozialindikatoren“ wird vom Sozialressort ein Ranking aller Bremer Ortsteile erstellt. Da das Untersuchungsgebiet nur einen kleinen Teil des Ortsteiles Blumenthal umfasst (16,3 % der Einwohner/innen), sind die Aussagen auf Ortsteilebene für das Untersuchungsgebiet nur begrenzt aussagekräftig. In diesem Ortsteilranking liegt der Ortsteil Blumenthal nach Benachteiligungsindex auf Platz 17 von 78. Der Blumenthaler Benachteiligungsindex liegt bei - 58,2 (schlechtester Ortsteilwert: - 134,8, bester Ortsteilwert + 118,6). Der Index wird aus vier Indikatoren errechnet: Bildungsbeteiligung, Einkommensverhältnisse, Identifikation sowie Entmischung und Konfliktpotential. Beim Ortsteil Blumenthal führt insbesondere die negative Ausprägung beim Indikator „Einkommensverhältnisse“ zu der negativen Ausprägung des Indexwertes. Wie auch für das Untersuchungsgebiet ermittelt, ist Armut offensichtlich im ganzen Ortsteil Thema.

2.5 Gespräche mit lokalen Expert/innen und Bewohner/innen

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden Einzelgespräche mit lokalen Expert/innen geführt, u. a. mit Vertreter/innen vom AWO-Fachdienst Integration und Migration, des AfSD, der Grundschule Wigmodistraße, der KiTa Wasserturm sowie dem Ortsamt und dem Polizeirevier Blumenthal. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Darüber hinaus wurde ein Gespräch mit vier Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße geführt. Das Gespräch mit vier Roma aus dem Kosovo ist nicht repräsentativ für „die Bewohner/innen“, konnte jedoch einen ersten Eindruck vermitteln. Ergebnisse aus diesem Gespräch werden getrennt von den Ergebnissen der Expertengespräche dargestellt.

2.5.1 Ergebnisse der Gespräche mit lokalen Expert/innen

Nahezu allen Gesprächspartner/innen war es wichtig zu betonen, dass es sich um soziale Problemlagen, nicht um ethnische handelt und dass es nicht nur um die George-Albrecht-Straße geht, sondern um das gesamte Untersuchungsgebiet, wenn nicht eigentlich um den ganzen Ortsteil Blumenthal. Trotzdem lag in den weiteren Gesprächsverläufen ein deutlicher Schwerpunkt auf Aussagen zur George-Albrecht-Straße und zur Situation der Roma.

Stärken im Untersuchungsgebiet

Befragt nach den Stärken im Untersuchungsgebiet wird von den lokalen Expert/innen vor allem auf die „an sich" vorhandenen Stärken des Ortsteiles Blumenthal hingewiesen. Die Attraktivität als Wohnstandort, die gute Verkehrsanbindung und die Lage am Weserufer gehören zu den genannten Vorteilen.

Die vorhandene Vernetzung im Arbeitskreis Blumenthal und die Kooperation zwischen einzelnen Akteur/innen werden als Stärke angesehen, wenn auch gleichzeitig auf die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Akteur/innen für diesen Bereich deutlich hingewiesen wird (vgl. unten: Schwächen im Untersuchungsgebiet).

Schwächen/Probleme im Untersuchungsgebiet

Die Aussagen der lokalen Expert/innen zu Hauptproblemen im Gebiet lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Soziales:

- Armut und fehlende Arbeit
- Eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Unklarer Aufenthaltsstatus
- Viele ethnische Konflikte im Gebiet
- Fehlende soziale Mischung der Bevölkerung
- Fehlendes Vertrauen in die Gesellschaft

Bildung und Freizeit:

- Sprachbarrieren
- Schlechte Bildungschancen
- Fehlende Schulangebote für „auffällige" oder nicht-beschulbare Jugendliche vor Ort in Bremen-Nord

Image:

- Blumenthaler fühlen sich als „Abfalleimer der Stadt Bremen"
- Alt-Blumenthaler ziehen fort
- Angst der Bewohner/innen, im Dunkeln auf die Straße zu gehen
- Geringe/fallende Immobilienpreise durch das schlechte Image des Gebietes
- Geringe Mietpreise (3 – 3,50 Euro) beschleunigen die Segregation

Wohnsituation in der George-Albrecht-Straße:

- Wohnsituation (u. a. Schimmel)
- Unklare Vermieter/innen – keine Ansprechpersonen
- Dreck und Müll
- Briefkästen fehlen – Post kommt nicht – wenn sie ankommt, kann sie oft nicht gelesen werden

Situation im ehemaligen Zentrum Blumenthal:

- Weiter steigende Leerstände (vor allem Mühlenstraße)
- Anzahl und Dichte der Spielhallen und Wettbüros (Spielsucht ist Thema für etliche Bewohner/innen)
- Sanierungsstau im gesamten Gebiet – fehlendes Interesse und fehlendes Geld der Eigentümer/innen
- Marktplatz ist schlecht an den motorisierten Verkehr angebunden

Kriminalität:

- „Goldrauschstimmung" – Kriminalität steckt an. Aber: nur wenig jugendliche Straftäter im Gebiet
- Ein Bremer Schwerpunkt für Wohnungseinbrüche, insgesamt erhöhte und steigende Kriminalität, die sich nicht einer ethnischen Gruppe zuordnen lässt, teilweise Täter aus dem Gebiet
- U. a. Mühlenstraße: Zunehmend Thema bei BTM, illegalem Glücksspiel, ggf. Hehlerware

Netzwerke:

Mit dem Arbeitskreis Blumenthal gibt es ein seit Jahren bestehendes Netzwerk in Blumenthal. Die Akteur/innen machen jedoch deutlich, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit für den Arbeitskreis nicht ausreichend sein kann, um verbindliche und tragfähige Kooperationsstrukturen zwischen mehr als jeweils zwei, drei Partner/innen aufzubauen und zu halten.

Zielsetzungen für das Untersuchungsgebiet

Das Spektrum der von den lokalen Expert/innen genannten Zielsetzungen für das Untersuchungsgebiet ist weit und entspricht im Wesentlichen ihrem jeweils unterschiedlichen Blickwinkel auf

das Gebiet. Zusammenfassend lassen sich die genannten Zielsetzungen wie folgt darstellen:

- Unterstützung für Menschen in prekären Lebenssituationen, Eröffnung von Perspektiven
- Wahrung bzw. Wiederherstellung des sozialen Friedens im Untersuchungsgebiet, Verbesserung des nachbarschaftlichen Nebeneinanders
- Verbesserung der Sicherheitssituation
- Verbesserung des Images des Stadtteilzentrums Blumenthal, Sicherung seiner Funktionsfähigkeit
- Verhinderung eines „Abgleiten“ des Stadtteils/Ortsteils

Ansatzpunkte/mögliche Maßnahmen

Die Aussagen der lokalen Expert/innen zu Ansatzpunkten und möglichen Maßnahmen werden im Folgenden zusammengefasst und nach Themen geordnet wiedergegeben.

Soziales:

- Ort für Begegnungen und Beratungen schaffen, neuen Treffpunkt mit Bewohner/innen sanieren/umbauen/ instand setzen
- Gute und engagierte Beratungen vor Ort anbieten
- Anlässe für Begegnungen und Kontakte schaffen, Positives zeigen
- Verbesserung der Durchmischung der Wohnbevölkerung, „kontrollierter Zuzug sozial schwacher Familien“
- Keine weitere Ballung von „Problemfällen“ im Untersuchungsgebiet
- Kreative Jugendhilfe – keine Lösungen aus dem Katalog
- Kontakte und Angebote behutsam und mit langem Atem aufbauen, Angebote an dem sich nach und nach herausstellenden Eigenbedarf der Menschen ausrichten
- Gering qualifizierte Arbeit im Gebiet für Bewohner/innen aus dem Gebiet schaffen und anbieten.

Bildung und Freizeit:

- Alphabetisierungs-, Deutsch- und Integrationskurse – auch für Menschen, die nur Duldungsstatus haben
- Ausreichende und sinnvolle Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- Spielflächen für Kinder in der Nähe, betreuter Spielort/-platz

Wohnsituation in der George-Albrecht-Straße:

- Unterstützung bieten für Familien, die aus der George-Albrecht-Straße ausziehen wollen
- Wohnumfeldverbesserung zusammen mit Bewohner/innen

Situation im ehemaligen Zentrum Blumenthal:

- Wirtschaftsförderung aktivieren für den Einzelhandel in Blumenthal
- Städtebauliche Sanierung der Gebäude
- Marktplatz wieder an Kfz-Verkehr anbinden
- Ansiedlung neuer Arbeitsplätze auf dem BWK-Gelände

Netzwerke, Quartiersmanagement:

- (Quartiers-)Managementfunktion einrichten (Koordination, Moderation, Netzwerkarbeit, Ansprechperson für Bewohner/innen und Institutionen, Mittel einwerben)
- Zugang zu Fördermitteln verbessern

Zusammenfassung VI:
Einschätzungen lokaler Expert/innen

- ➔ Stärken im Untersuchungsgebiet werden eher allgemein formuliert und beziehen sich i. d. R. auf Optionen des gesamten Ortsteiles; Schwächen/Probleme werden differenzierter geschildert.
- ➔ Sowohl bei den Schwächen/Problemen als auch bei den Ansatzpunkten liegt der Schwerpunkt im sozialen Bereich. Dies entspricht dem für die vorliegende Untersuchung gewählten Schwerpunkt und spiegelt die Tätigkeiten und Blickwinkel der meisten Befragten wider.
- ➔ Hinter den genannten Zielsetzungen steht ein relativ weit gespanntes Spektrum. Es werden sowohl individuelle Perspektiven der Bewohner/innen angesprochen, als auch Perspektiven des Gebietes.
- ➔ Ein Vergleich der Aussagen der lokalen Expert/innen mit den Ergebnissen der Datenanalyse zeigt weitgehende Übereinstimmung bei der Armutssituation im Gebiet.
- ➔ Die in der Datenanalyse ermittelte hohe Zahl der Ausländer/innen deckt sich mit der Einschätzung der Expert/innen, dass vielfältige Probleme durch den teilweise jahrelang bestehenden ungesicherten Aufenthaltsstatus entstehen und andauern.

2.5.2 Ergebnisse eines Gespräches mit Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße

In der Erarbeitungsphase konnte – vermittelt durch den AWO-Fachdienst Integration und Migration – ein Gespräch mit vier Roma aus dem Kosovo geführt werden, die in der George-Albrecht-Straße wohnen. Das Gespräch ist nicht repräsentativ – weder für „die Bewohner/innen", noch für „die Roma". Doch es konnte einen ersten Eindruck vermitteln und manches bestätigen, was auch lokale Expert/innen berichteten. Das Gespräch verlief insgesamt sehr offen und konstruktiv. Der deutliche Schwerpunkt im Gespräch lag auf individuellen Problemen und Migrationsschicksalen. Der Gesprächsverlauf wird insgesamt dahingehend interpretiert, dass über Schlüsselpersonen vermittelte Erstkontakte gut möglich sind, dass es jedoch Zeit bedarf, um über die Unterstützung bei akuten und konkreten Problemen hinaus auf die Quartiersebene zu kommen.
Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde bewusst auf einen vertieften Kontakt mit Bewohner/innen, sowohl der George-Albrecht-Straße wie insgesamt des Untersuchungsgebietes, verzichtet. Der Zeitrahmen von vier Monaten für die Untersuchung ließ einen gezielten und allmählichen Aufbau von Kontakten und die Schaffung der notwendigen Vertrauensbasis nicht zu. Zudem konnten den Bewohner/innen zum Zeitpunkt der Erarbeitung keinerlei Zusagen über eine Verbesserung ihrer Situation gemacht werden, und es sollten keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Im Folgenden werden Ergebnisse des Gespräches wiedergegeben, soweit sie über die persönliche Ebene hinausreichen.

Hauptprobleme aus Sicht einiger Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße

Die geschilderten bzw. vermittelten Hauptprobleme liegen zum einen im individuellen Bereich. Hierzu gehören: der unsichere Aufenthaltsstatus, Analphabetismus, keine bzw. mangelhafte deutsche Sprachkenntnisse, Kriegstraumata mit psychischen und gesundheitlichen Folgen, Überforderung durch Behördenpost und Schulden. Einen Sonderbereich stellen die Probleme dar, die direkt mit der Wohnsituation in der George-Albrecht-Straße zu tun haben. Zum einen geht es hierbei um die eigentliche Wohnsituation (u. a. Schimmel in den Wohnungen, teilweise keine Heizung). Zum anderen soll es durch die Stigmatisierung der Straße schwerer sein, eine andere Wohnung zu finden („als Mieter der George-Albrecht-Straße nimmt einen kein anderer Vermieter"). Drittes wichtiges Thema für die Bewohner/innen ist eben diese Stigmatisierung der Straße. Sie beklagen ein fehlendes Verständnis der Außenstehenden. Insbesondere durch die negativen Berichte in den Zeitungen würde der Blick darauf verstellt, wie die Menschen und die Situation in der George-Albrecht-Straße wirklich wären.
Ein weiteres Problem wurde im Gespräch deutlich, ohne dass es von den Beteiligten als Problem gesehen wurde: Zwar wurde gesagt, dass die Nachbarschaft „sehr gut funktioniert". Aber andererseits wurden anhand von Bemerkungen über die in letzter Zeit zuziehenden Roma aus Bulgarien und Rumänien sehr deutliche Abgrenzungstendenzen auch innerhalb der Wohnblocks in der George-Albrecht-Straße deutlich.

Ansatzpunkte/mögliche Maßnahmen aus Sicht einiger Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße

Genannte Ansatzpunkte auf baulich-räumlicher Ebene sind eine wohnungsnahe Spielfläche für Kinder und ein Raum, in dem Roma sich treffen können (vor dem Hintergrund der oben genannten Abgrenzungstendenzen ist ggf. gemeint „für Roma aus dem Kosovo"). Mit einem solchen Raum, gerne in den Wohnblocks selber, könnte insbesondere Frauen eine Chance gegeben werden, sich außerhalb der eigenen Wohnung, außerhalb der Familie treffen zu dürfen und zu können.
Ein weiterer genannter Ansatzpunkt liegt im Bildungsbereich. Der Schwerpunkt wurde hier auf bessere Bildung für Erwachsene gelegt (Alphabetisierung, deutsche Sprachkenntnisse), damit die Eltern ihre Kinder besser unterstützen können.
Deutlich signalisiert wurde die Bereitschaft, mehr Kommunikation und mehr Kontakte mit Menschen aus der Umgebung einzugehen. Es entstand der Eindruck, dass die Gesprächspartner/innen sich bietende Gelegenheiten dazu gerne nutzen würden, dass sie aber nicht diejenigen sein werden, die dafür die Gelegenheiten selber schaffen (oder schaffen könnten).

2.6 Zusammenfassung der Bestandsaufnahme und -analyse

Die Gebietsperspektiven – nicht einfach:
Die Atmosphäre im ehemaligen Zentrum von Blumenthal ist von Perspektivlosigkeit geprägt. Hierzu tragen sowohl die baulich-räumlichen Verhältnisse (Sanierungsstau bei privaten Gebäuden) und die fehlenden Nutzungen (Geschäfts- und Wohnungsleerstände) bei. Vor diesem Hintergrund ist niemand einzeln bereit, in das Gebiet zu investieren. Dies gilt sowohl für die öffentliche Hand wie für private Eigentümer/innen. Niedrige Immobilienpreise führen bei Eigentümerwechsel mit dazu, dass Menschen mit geringen finanziellen Mitteln hier Eigentum bilden können, die oft kein Geld für Investitionen und Sanierungen aufbringen (können). Der von diesen Entwicklungen betroffene Bereich ist nicht groß, prägt aber allein deshalb, weil er einmal ein lebendiges Zentrum war, die Atmosphäre über seinen eigenen räumlichen Bereich hinaus und spielt eine große Rolle für das Image des gesamten Ortsteiles Blumenthal. Dieses „Abgleiten“ des ehemaligen Zentrums zieht „übliche“ Folgen nach sich, die eine Abwärtstendenz weiter verstärken – hierzu gehören u. a. Kriminalität (Wohnungseinbrüche, BTM usw.), die vermehrte Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros, die teilweise ihre eigene Klientel „mitbringen“ usw..
Dieser optisch präsente Eindruck wird verstärkt durch hohe Arbeitslosigkeit im Gebiet und gleichzeitig durch das Wissen darum, dass es in den letzten acht Jahren nicht gelungen ist, auf dem direkt benachbarten ehemaligen BWK-Gelände Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl neu anzusiedeln. Zudem ist spätestens mit Bau und Erweiterung des Blumenthal-Centers am Müllerloch deutlich, dass es für das ehemalige Zentrum – zumindest in der früheren Ausdehnung – kaum mehr eine Perspektive als Einzelhandelsstandort gibt. Davon abgesehen hat das ehemalige Zentrum Blumenthal mit einer guten Verkehrsanbindung (S-Bahn) und seiner Nähe zur Weser deutliche Lagevorteile.
Im Gebiet gibt es deutliche Abgrenzungstendenzen verschiedener Bevölkerungsgruppen von einander. Die „Grenzen“ verlaufen dabei sowohl zwischen ethnischen Gruppen wie auch zwischen räumlichen Bereichen. Die Umbenennung eines Teilstückes der George-Albrecht-Straße in Emmalene-Bulling-Straße ist sichtbarer Ausdruck hiervon.

Die individuellen Perspektiven – nicht einfach:
Im Untersuchungsgebiet leben viele Menschen mit schwierigen individuellen Entwicklungsperspektiven. Armut ist in weiten Teilen prägend, die Hälfte aller Bewohner/innen im Gebiet lebt von Transfereinkommen. Die unsicheren Aufenthaltsperspektiven vieler Ausländer/innen und Asylbewerber/innen im Gebiet und teilweise psychische und gesundheitliche Probleme bei Kriegsflüchtlingen erhöhen die individuellen Unsicherheiten und Schwierigkeiten. Die im Gebiet ansässigen stationären Einrichtungen für ältere Menschen und Suchtkranke erhöhen den Anteil der Menschen mit schwierigen Entwicklungsperspektiven im Gebiet.

Die Perspektiven in der George-Albrecht-Straße – nicht einfach:
In den Wohnblocks an der George-Albrecht-Straße leben besonders viele Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, wenig Geld und ohne Arbeit. Auch innerhalb der Wohnblocks gibt es deutliche Abgrenzungstendenzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen (u. a. Roma aus dem Kosovo und aus Bulgarien/Rumänien) – auch wenn die Nachbarschaft von Bewohner/innen als „funktionierend“ bezeichnet wird. Schlechte Wohnverhältnisse (teilweise Schimmel oder fehlende Heizung) erschweren die individuellen Lebensverhältnisse zusätzlich. Unklare Eigentümerverhältnisse (Einzeleigentum, zahlreiche Wechsel) machen den Kontakt mit den Vermieter/innen besonders schwer. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in den Wohnblocks ist relativ hoch, gleichzeitig fehlen wohnungsnahe Frei- und Spielflächen insbesondere für Kinder. Die „im Prinzip“ quantitativ ausreichende Versorgung des Ortsteiles Blumenthal mit Spielflächen kann diesem Mangel lt. Aussagen von lokalen Expert/innen und Bewohner/innen nicht abhelfen, da die vorhandenen Plätze insbesondere für kleinere Kinder nur schlecht erreichbar sind. Belastend für die Bewohner/innen ist zudem die Stigmatisierung der Straße, dies gilt sowohl im Kontakt mit direkten Nachbar/innen als auch z.B. bei der Suche nach einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle.

3 Handlungskonzept

Das Handlungskonzept wird im Folgenden aus den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und -analyse abgeleitet. Wichtige Grundlagen des Handlungskonzeptes sind zudem die bereits vorliegenden Positionspapiere:

- Positionspapier des AK Blumenthal (Jan.2013)
- Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Sozialstruktur im Stadtteil, AK Blumenthal (Dez. 2003)
- Papier „Interventionsmöglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Umweltbedingungen in der George-Albrecht-Straße“, Sozialzentrum (2013)

Die Papiere sind im Anhang enthalten. Außerdem wurde das „Handlungskonzept Zentrum Blumenthal“ (GfS, 2011) herangezogen.
Weitere wichtige Grundlage ist der Workshop „Vernetzte Quartiersarbeit Blumenthal-Zentrum“, der am 06.06.2013 mit lokalen Expert/innen und Vertreter/innen der Senatsressorts Soziales, Bau, Bildung, Inneres, Arbeit und Justiz durchgeführt wurde. Im Workshop wurden einerseits die Ergebnisse der Bestandsaufnahme und -analyse diskutiert, andererseits lag ein Schwerpunkt auf der Identifikation und ersten Konkretisierung von Schlüsselmaßnahmen. Die Formulierung von Zielsetzungen für das Untersuchungsgebiet erfolgte im Anschluss an den Workshop (und auf Grundlage der dort geführten Diskussionen) durch das Büro proloco (Ergebnisse des Workshops: s. Anhang).

Die im Folgenden genannten Ziele und Maßnahmen sind alle aus der Situation im Untersuchungsgebiet abgeleitet. Viele von ihnen treffen in der einen oder anderen Form auch für andere Gebiete in Bremen und anderen Städten zu, in denen sich multikausale Problemlagen überlagern. „Armutswanderung aus Osteuropa“ ist insbesondere seit dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 und den seither deutlich steigenden Zuwanderungszahlen (in Deutschland von 2007 auf 2011 um 229 %, Quelle: Deutscher Städtetag 2013) ein breit diskutiertes Thema. Es müssen Strategien und Ziele für diese Quartiere entwickelt werden, die eine weitere Verschärfung der Situation in einzelnen Quartieren verhindern.

3.1 Zielsetzungen

In Vorbereitung für den Workshop wurden – entsprechend den drei Perspektivebenen aus der Zusammenfassung der Bestandsaufnahme und -analyse – drei Zielebenen formuliert, die im Grundsatz auf dem Workshop bestätigt wurden:

- Eröffnung von neuen Perspektiven für das Untersuchungsgebiet
- Verbesserung individueller Perspektiven der Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes
- Abbau der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße

Diese drei Zielebenen sind relativ allgemein gehalten und lassen Raum für Interpretation. Sie werden im Folgenden weiter konkretisiert, um zu Zielsetzungen zu kommen, die dann in der Lage sind, steuernd auf die weitere Entwicklung einzuwirken. Alle drei Ebenen sind miteinander verzahnt. Verbesserungen auf einer Ebene werden sich positiv auf die beiden anderen auswirken, ebenso wie umgekehrt: Negative Entwicklungen bzw. ausbleibende positive Entwicklungen werden auch die Entwicklung der anderen beiden Ebenen negativ beeinflussen.

3.1.1 Eröffnung neuer Perspektiven für das Untersuchungsgebiet

Identität und Image

Das ehemaligen Zentrum von Blumenthal muss vor dem Hintergrund des Strukturwandels und den damit verbundenen Verlusten von Funktionen einen Wechsel von Identität und Image vollziehen: Zum einen muss das Bild „Zentrum“ abgelegt oder zumindest neu definiert werden, zum anderen das Bild der „Perspektivlosigkeit“. Denn beide Bilder sind nicht (im ersten Fall nicht mehr) geeignet, die Zukunft positiv zu gestalten. Die

Diskussion um ein „neues Bild“ sollte in einem breiten Kreis geführt werden (s. u. „Bündnis für Blumenthal / Leitbild für Blumenthal“), um möglichst viele Energien, Ideen, Handlungsmöglichkeiten und finanzielle Mittel auf ein gemeinsames Ziel hin bündeln zu können.
Grundlage einer neu aufzubauenden Identität und damit verbunden einem neuen Image könnte ein „Wir-Gefühl“ der Bewohner/innen werden. Hierfür müssen die bestehenden Abgrenzungstendenzen gemildert und möglichst überwunden werden. Abgrenzungstendenzen, die sich zudem gegenseitig verstärken, bestehen dabei sowohl „von außen“ also gegenüber Bewohner/innen u. a. der George-Albrecht-Straße, als auch „von innen“ als Rückzug von Zuwandernden in die Familien, ins Private. Für die Bewohner/innen ist die Verringerung dieser Abgrenzungen eine hohe Anforderung, zumal viele von ihnen unter schwierigen Rahmenbedingungen gleichzeitig ihre individuellen Perspektiven verbessern müssen. In vielen Fällen ist eine Unterstützung notwendig.
In der Außenwahrnehmung prägt die negative Berichterstattung über die George-Albrecht-Straße auch das Image des ehemaligen Zentrums von Blumenthal. Eine Verringerung der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße (s. Kap. 3.1.2) kann mit Sicherheit auch zu einer Erhöhung der Chancen für das gesamte Gebiet beitragen und liegt von daher im Interesse aller Bewohner/innen des Gebietes und aller lokalen Akteur/innen. Die Existenz verschiedener und vielschichtiger Problemlagen (vgl. Ergebnisse der Bestandsanalyse) macht jedoch deutlich, dass weder das Image noch die Identität noch die Perspektiven des Gebietes allein von der George-Albrecht-Straße und ihren Bewohner/innen abhängen. Demzufolge muss eine Verbesserung von Image und Identität sich zwar auch mit der George-Albrecht-Straße beschäftigen, darf aber nicht dabei stehen bleiben.

Ökonomische Perspektiven für das Gebiet

Neue Perspektiven für das Untersuchungsgebiet sind auch gekoppelt an neue ökonomische Perspektiven: Arbeitsplätze im Gebiet (bzw. in direkter Nachbarschaft – BWK-Gelände) und Arbeit für die Bewohner/innen (s. u. individuelle Perspektiven). Insbesondere im Bereich der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist das Wirtschaftsressort gefragt. Die Nachbarschaft des ehemaligen BWK-Geländes zum Untersuchungsgebiet legt es nahe, bei der Entwicklung von Perspektiven für dieses Gelände auch das Thema Arbeitschancen für Bewohner/innen aus dem Gebiet mit zu berücksichtigen (s. u. „individuelle Perspektiven“. Hierfür wäre eine Kooperation zwischen den Ressorts Wirtschaft, Soziales und Bildung notwendig.

Baulich-räumliche Perspektiven

Auch baulich-räumlich stellen sich Fragen der neuen Perspektiven, insbesondere für die Mühlenstraße, die mit vielen Ladenlokalen auch baulich-räumlich noch deutlich auf die ehemalige Funktion des Stadtteilzentrums ausgerichtet ist. Ohne an dieser Stelle hierfür konkrete Zielsetzungen oder gar Lösungsmöglichkeiten zu bieten (hier ist mit dem „Immobilienstandortmanagement“ ein vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen initiiertes Projekt tätig), wird auf zwei mögliche Wege hingewiesen: die Entwicklung durch Ansiedlung neuer Nutzungen bzw. Funktionen in den vorhandenen Strukturen und die bauliche Änderung der vorhandenen Strukturen, um sie für andere Nutzungen attraktiver zu machen. In beiden Fällen können die Wege nur dann aussichtsreich sein, wenn begründete Hoffnung auf entsprechende Nachfrage besteht. Diese hängt auch davon ab, ob es auf den beiden anderen Zielebenen positive Entwicklungen gibt.
Für den baulich-räumlichen Eindruck des Gebietes spielt es auch eine Rolle, ob der in vielen Fällen bestehende Sanierungsstau privater Gebäude (vgl. Untersuchung der GfS von 2010) aufgearbeitet werden kann. Auch hier gilt: Wenn insgesamt eine positive Entwicklung im Gebiet angestoßen werden kann, wächst auch das Interesse der Eigentümer/innen, in ihre Immobilien zu investieren. Aktuell werden wahrscheinlich nicht alle Eigentümer/innen in der Lage sein, notwendige Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren. Dies kann sich zukünftig ggf. noch verstärken, da die niedrigen Immobilienpreise bei Verkäufen eher Menschen mit geringerem Einkommen in das Gebiet „ziehen“.

Kriminalität/Sicherheit

Das Untersuchungsgebiet ist ein Schwerpunkt von Wohnungseinbrüchen in Bremen. Die Verringerung von Wohnungseinbrüchen sowie die Themen Eindämmung der Raubkriminalität und der Jugendgewalt im Untersuchungsgebiet sind für

die Polizei Bremen Schwerpunktbereiche (s. Anhang, Artikel in der Norddeutschen, 13.03.2013). Auch BTM-Kriminalität spielt lt. Aussage der Polizei im Gebiet eine Rolle. Weder Tat- noch Täterwohnorte sind dabei auf eine Straße begrenzt. Von zentraler Bedeutung ist die Kriminalprävention, u. a. in Zusammenarbeit der Polizei mit Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen. Damit kriminelle Lebensläufe nicht bereits durch Wohnort oder Zugehörigkeit zu einzelnen Familien angebahnt werden, müssen zudem andere reale Entwicklungschancen geboten und positive Vorbilder vermittelt werden. Eine Erhöhung der Sicherheit und eine erfolgreiche Kriminalprävention tragen auch zum Abbau der Stigmatisierung des Gebietes und der George-Albrecht-Straße bei (s. u.).

Zielsetzungen: Eröffnung neuer Perspektiven für das Untersuchungsgebiet

- ➔ Entwicklung neuer Perspektiven für Identität und Image des ehemaligen Zentrums von Blumenthal.
- ➔ Milderung bzw. Überwindung vorhandener Abgrenzungstendenzen.
- ➔ Stärkung bzw. Schaffung eines „Wir-Gefühls“ der Bewohner/innen im Untersuchungsgebiet.
- ➔ Entwicklung ökonomischer Perspektiven für das Gebiet – neue Arbeitsplätze im Gebiet bzw. in dessen Nähe.
- ➔ Entwicklung baulich-räumlicher Perspektiven - Verringerung der Leerstandsquote bei Läden, Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudebestandes.
- ➔ Sicherheit erhöhen/Kriminalität senken

3.1.2 Verbesserung individueller Perspektiven der Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes

Die Bestandsanalyse hat für viele Bewohner/innen schwierige individuelle Perspektiven ergeben. Hierzu gehören die Flüchtlinge und Asylbewerber/innen im Gebiet und generell die Menschen ohne Arbeit, mit geringem Einkommen und geringem Bildungsstand. Die Ziele zur Verbesserung der individuellen Situationen setzen auf vier Ebenen an.

Bildungsperspektiven

Die Verbesserung der Bildungsperspektiven für Kinder und Erwachsene ist von daher ein zentrales Ziel. Hierbei geht es zum einen um die Schaffung notwendiger Voraussetzungen (deutsche Sprachkenntnisse, Alphabetisierung für Kinder und Erwachsene). Zum anderen geht es um die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in KiTa und Schule. Dazu gehören die Verbesserung der Chancen auf Unterstützung durch die Familie (also u. a. eine höhere Bildung der Eltern und ein steigendes Interesse der Familien an einer guten Bildung/Ausbildung der Kinder) und die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen in den Bereichen, in denen diese Unterstützung durch die Familie selber (noch) nicht geleistet werden kann. Zur Verbesserung der Bildungsperspektive gehört dabei auch die Chance auf Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten (Vereine, Bildungsträger wie VHS) sowohl für Kinder wie für Erwachsene. Hierbei müssen ggf. bestehende Zugänglichkeitsschranken durch mangelnde Sprachkenntnisse oder durch kulturelle Hintergründe (insbesondere für Frauen aus patriarchalisch geprägten Familien) mit berücksichtigt werden.

Individuelle ökonomische Perspektiven

Im Untersuchungsgebiet sind Armut und Arbeitslosigkeit für viele Menschen Alltag. Von daher ist das zweite wichtige Ziel für die Verbesserung der individuellen Perspektiven die Verbesserung der ökonomischen Perspektiven. Es soll mehr Bewohner/innen im Gebiet die Chance gegeben werden, durch Arbeit selber ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Hierbei geht es um die Herstellung guter Voraussetzungen für Arbeitsfähigkeit (Sprachkenntnisse, Alphabetisierung, Gesundheit usw.), die Zugänglichkeit zum Arbeitsmarkt (Asylbewerber/innen, Duldung, Arbeitserlaubnis), sowie berufliche Qualifizierungsmaßnahmen und eine Unterstützung bei der Arbeitssuche. Arbeitsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt wären für viele die beste Lösung, werden sich aber aus verschiedenen Gründen nicht immer realisieren lassen, so dass auch andere Arbeitsangebote (wie z. B. über Beschäftigungsgesellschaften) gesucht oder geschaffen

werden müssen. Die Verbesserung der individuellen Perspektiven lässt sich dabei mit der Verbesserung der Quartiersperspektiven direkt verknüpfen, wenn Arbeit z. B. für den Umbau eines Quartierstreffpunktes durch Bewohner/innen geleistet wird, auch verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen. Auf die Chancen, die sich ggf. durch die Umstrukturierung und Neunutzung des BWK-Geländes ergeben können, ist bereits unter den „Gebietsperspektiven" hingewiesen worden.

Soziale Perspektiven

Die Nachbarschaft im Gebiet ist mit der Fülle individueller Probleme und der Perspektivlosigkeit strukturell überfordert. Eine Verbesserung der sozialen Perspektiven ist vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung sowohl für die Einzelnen wie auch für das Gebiet. Es geht dabei um die Stärkung von sozialen und interkulturellen Kompetenzen. Wechselseitiges Kennen und Verstehen wird dabei als eine Voraussetzung eines akzeptierenden Nebeneinanders gesehen, aus dem sich hier und da dann auch ein Miteinander (s. o. „Wir-Gefühl") ergeben kann. Maßnahmen der Kriminalprävention (s. o. Gebietsperspektive) können sich auch positiv auf die sozialen Perspektiven der einzelnen auswirken.

Aufenthaltsperspektiven

Von großer Bedeutung ist nicht zuletzt eine Verbesserung der Aufenthaltsperspektiven für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge, jedoch sind hier die Handlungsmöglichkeiten der Stadt und des Landes Bremen deutlich eingeschränkt, da die Ursachen für viele Unsicherheiten auf Bundesrecht beruhen. Eine gute Unterstützung, Beratung und Begleitung der Menschen und eine möglichst reibungslose Abwicklung behördlicher Notwendigkeiten und respektierender Umgang sind jedoch Ziele, die auch innerhalb Bremens verwirklicht werden können.

Zielsetzungen: Verbesserung individueller Perspektiven für Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes

- ➔ Verbesserung der Bildungsperspektiven für Kinder und auch für Erwachsene – Voraussetzungen schaffen und Chancengleichheit erhöhen
- ➔ Verbesserung der ökonomischen Perspektiven – mehr Bewohner/innen ermöglichen, von ihrer eigenen Arbeit und möglichst ohne Transferleistungen zu leben
- ➔ Verbesserung der sozialen Perspektiven – interkulturelle und soziale Kompetenzen deutscher wie nicht-deutscher Bewohner/innen stärken
- ➔ Verbesserung der Aufenthaltsperspektiven für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen

3.1.3 Abbau der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße

Die George-Albrecht-Straße hat stadtweit in Bremen einen sehr schlechten Ruf. Dies hat negative Folgen sowohl für die Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße als auch für das Image des Gebietes und verstärkt vorhandene Abgrenzungstendenzen. Die Stigmatisierung beruht dabei auf verschiedenen konkreten Anlässen (Unruhe, Kriminalität, Müll/Dreck usw.) und auf Unsicherheiten und Ängsten gegenüber Fremden, insbesondere Roma. Eine wichtige Rolle für die Stigmatisierung der Straße über das nähere Umfeld hinaus spielt die Berichterstattung in den Medien, teilweise verbunden mit dem Umgang von Behördenseite mit Bewohner/innen der Straße (vgl. Presse im Anhang über den durch Polizeikräfte unterstützten Einsatz der Finanzbehörde in der George-Albrecht-Straße im April 2013). Ein Abbau dieser Stigmatisierung muss ebenso am Abbau der Anlässe für diese Stigmatisierung ansetzen, wie am Abbau von Unsicherheit und Ängsten. Darüber hinaus müssen bewusst positive Bilder und Entwicklungen geschaffen sowie positive Berichte entgegengesetzt werden.

Abbau der Anlässe der Stigmatisierung

Kriminalität ist im gesamten Gebiet Thema (s. o.), auch wenn sie in der öffentlichen Diskussion auf die George-Albrecht-Straße zugespitzt wird. Dies trägt wesentlich zur Stigmatisierung bei. Abbau von Kriminalität und Kriminalprävention spielen von daher auch unter diesem Ziel eine große Rolle.

Eine Verbesserung der Wohnbedingungen in den Wohnblocks der George-Albrecht-Straße kann zum einen dazu beitragen, sie für verschiedene Mieter/innen interessanter zu machen und zum anderen den jetzt dort wohnenden Menschen das Gefühl nehmen dorthin „abgeschoben" zu sein und ihre alltäglichen Lebensbedingungen verbessern.

Auch eine Verbesserung des Wohnumfeldes hat sowohl Wirkungen auf die Bewohner/innen selber (Verbesserungen im Alltag, z. B. wohnortnahe Spielflächen) als auch auf Bewohner/innen der Umgebung, da der optische Eindruck (Dreck, Müll, Ungepflegtheit) viel zum Bild beiträgt, das andere von der Straße haben.

Die sichtbaren Aspekte der Perspektivlosigkeit des ehemaligen Blumenthaler Zentrums (Ladenleerstände, Spielhallen, Wettbüros, Sanierungsstau usw.) können dabei verstärkend auf die Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße wirken, so dass Verbesserungen in diesem Bereich auch positive Folgen für die George-Albrecht-Straße haben können.

Abbau von Unsicherheiten und Ängsten gegenüber Fremden und Fremdem

Ein zentraler Punkt zum Abbau der Stigmatisierung ist der Abbau von Unsicherheiten und Ängsten gegenüber Fremden, insbesondere gegenüber Roma. Hierbei handelt es sich immer um einen wechselseitigen Prozess des Kennenlernens und Anpassens. Die oben unter Punkt 3.1.2 (Individuelle Perspektiven) genannte Förderung von sozialen Kompetenzen von Deutschen wie Nicht-Deutschen ist eine Voraussetzung zum Abbau von Unsicherheiten und Ängsten gegenüber Fremden. „Fremd" sind dabei sowohl die Deutschen den Zuwandernden als auch die Zuwandernden den Deutschen. Beide – die Zuziehenden wie die „Alteingesessenen" – müssen „sich bewegen", auf einander zugehen. Hierfür ist insbesondere in Nachbarschaften, in denen sich soziale, räumliche und ökonomische Probleme überlagern, eine Unterstützung und Begleitung notwendig. Da Unsicherheit und Ängste häufig aus Unkenntnis und mangelnden (positiven) Erfahrungen im Umgang miteinander entstehen, ist es das Ziel, mehr Chancen zu positiven Kontakten und zum gegenseitigen Kennenlernen zu schaffen.

Anlässe für positive Berichterstattung über die George-Albrecht-Straße schaffen

Dem überwiegend negativen Bild des Untersuchungsgebietes und insbesondere der George-Albrecht-Straße sollten Anlässe für positive Berichterstattungen entgegengesetzt werden. Hierbei geht es nicht darum, eine verfahrene Situation „schön zu reden", sondern tatsächlich positive Anlässe für eine Berichterstattung gerade auch des Alltags im Untersuchungsgebiet zu schaffen (u. a. Straßenfest, Bewohnerportraits, Wohnumfeldverbesserungen, Wettbewerbsgewinn, Namensgebung für den Marktplatz usw.). Hierfür ist der Ausbau der Kooperation mit den lokalen Medien eine wichtige Voraussetzung.

Zielsetzungen: Abbau der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße

- ➔ Verringerung der Kriminalität im Gebiet
- ➔ Verbesserung der Wohnsituation in den Blocks der George-Albrecht-Straße
- ➔ Pflege und Verbesserung des Wohnumfeldes
- ➔ Abbau von Unsicherheiten und Ängsten gegenüber Fremden sowie von Fremdenfeindlichkeit, Förderung von positiven Kontaktchancen
- ➔ Schaffung von positiven Anlässen für die Berichterstattung aus/über die George-Albrecht-Straße

3.2 Schlüsselmaßnahmen

Auf dem Workshop wurde in Arbeitsgruppen zu fünf Schlüsselmaßnahmen gearbeitet, die aus den zuvor gesammelten Projektvorschlägen entwickelt wurden. Für das vorliegende Handlungskonzept werden die Schlüsselmaßnahmen weiter konkretisiert. Hierbei werden noch bestehende Lücken, die durch die lokale Akteur/innen oder die Verwaltung geschlossen werden müssen, als nächste Arbeitsschritte mit aufgenommen.
Vor dem Hintergrund des Bürgerschaftsbeschlusses von Ende 2012 (s. Anhang) und der inzwischen erfolgten Aktivitäten zur Stellenausschreibung wird davon ausgegangen, dass eine Quartiersmanagementstelle eingerichtet werden wird, so dass dies an dieser Stelle nicht mehr als Schlüsselmaßnahme benannt wird. Im Bürgerschaftsbeschluss wird ebenfalls die Einrichtung eines Quartierstreffpunktes als notwendige Maßnahme benannt. Da hier, anders als bei der Quartiersmanagementstelle, konzeptioneller Konkretisierungsbedarf besteht, wird dies als Schlüsselmaßnahme mit aufgenommen.

3.2.1 Bündnis für Blumenthal / Leitbild für Blumenthal

Eine Milderung der Perspektivlosigkeit und das Eröffnen neuer Perspektiven für das ehemalige Zentrum von Blumenthal und seine Bewohner/innen können aufgrund der verschiedenen, sich räumlich und inhaltlich überlagernder Problemlagen nur im Zusammenwirken verschiedener Akteursgruppen gelingen. Gefragt sind dabei sowohl öffentliche Akteur/inen (u. a. KiTa, Schule, Kirche, Ortsamt, Behörden oder öffentliche Hand, Vereine) wie private Akteur/innen (u. a. Wirtschaft, Gewerbe, Handel, Kultur, Freizeit, Immobilienstandortmanagement). Aus der Bestandsanalyse und den Zielen wird zudem deutlich, dass auf Seiten der öffentlichen Hand interdisziplinär und ressortübergreifend gehandelt werden muss, um die komplexe Problemlage bearbeiten zu können. Die Einrichtung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ist ein Schritt in diese Richtung, ebenso wie auch der Arbeitskreis Blumenthal, in dem lokale Akteur/innen, überwiegend aus den Bereichen Soziales und Bildung, bereits seit 2005 zusammen arbeiten. Auf diesen guten Grundlagen kann aufgebaut werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Koordination verschiedener Handlungsstränge:

- Soziales
- Bildung
- Städtebau und Wohnumfeld
- Wirtschaft und Arbeit
- Öffentlichkeitsarbeit und Medien

Ggf. ist bei einem größeren Teilnehmerkreis die Einrichtung einer kleineren „operativen“ Steuerungsgruppe sinnvoll, die außer den Aufgaben einer Geschäftsführung ggf. auch kurzfristig auf aktuelle Ereignisse reagieren kann. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist sinnvoll. Zu klären sind die jeweiligen Kompetenzen und Aufgaben der Steuerungsgruppe und des gesamten „Bündnis für Blumenthal“. Notwendig sind sowohl eine inhaltliche wie auch eine zeitliche Koordination. Diese Koordinationen müssen in absehbarer Zeit zu sicht- und spürbaren Handlungen werden. Hierbei geht es nicht nur um den Einsatz zusätzlicher finanzieller Mittel für Investitionen und/oder Personal, sondern teilweise auch um den koordinierteren und zielgerichteten Einsatz vorhandener Mittel.

Auf dem Workshop wurde als erste konkrete Aufgabe für ein solches Bündnis als Grundlage integrierten Handelns die gemeinsame Erarbeitung eines „Leitbild Blumenthal“ vorgeschlagen. Das Leitbild sollte ein Handlungs-, Maßnahmen- und Finanzierungskonzept mit umfassen. „Leuchtturmprojekte“ sollten dabei besonders herausgestellt werden (d. h. Projekte, die zur Umsetzung des Leitbildes in besonderem Maße beitragen können). Dem einzurichtenden Quartiersmanagement käme die Aufgabe der Koordination zu, außerdem Ideen zu geben und Impulse zu setzen.

Die gemeinsame Erarbeitung eines Leitbildes muss wegen des damit verbundenen Aufwandes und der notwendigen breiten Fachkunde als gesonderter Prozess inhaltlich erarbeitet und moderiert werden und kann nicht so „nebenbei“ vom Quartiersmanagement mit erledigt werden. In den nächsten Schritten ist zu klären, wer die Verantwortung dafür übernimmt, die Schlüsselmaßnahme voranzutreiben.

Nächste Arbeitsschritte für „Bündnis für Blumenthal/Leitbild“:

- ➔ Bildung des „Bündnis für Blumenthal“, Klärung von Zielsetzungen, Aufgaben, Rollenverteilung, Beteiligten (unter Einbeziehung des Quartiersmanagements)
- ➔ Initiierung und Finanzierung des Leitbildprozesses

3.2.2 Orte und Anlässe für Begegnungen

Quartierstreffpunkte bzw. Bewohnertreffpunkte haben sich in vielen Gebieten der sozialen Stadterneuerung als Schlüsselmaßnahme bewährt. Wichtige Voraussetzungen sind ein niedrig schwelliger Zugang, eine professionelle Geschäftsführung und in Gebieten mit einem hohen Anteil Ausländer/innen und Migrant/innen eine interkulturelle Ausrichtung. Bevor jedoch im Gebiet in Blumenthal eine Immobilie gesucht und ggf. umgebaut wird, muss ein inhaltliches und räumliches Konzept erarbeitet werden. Im ersten Schritt ist zu klären, welche Zielsetzungen verfolgt werden sollen, was wirklich gebraucht wird und wer einen Quartierstreffpunkt mit welchen Angeboten „bespielen“ könnte. Darauf aufbauend können dann ein Raumkonzept und ein Betriebskonzept erarbeitet werden.

Die Schlüsselmaßnahme „Orte und Anlässe für Begegnungen“ kann zu mehreren der genannten Zielsetzungen beitragen: Es kann darum gehen, konkrete Möglichkeiten für positive Begegnungen und Erfahrungen zu schaffen und dadurch auch Abgrenzungstendenzen und wechselseitige Vorurteile, die häufig auf Unkenntnis und Unsicherheit beruhen, abzubauen. Auch können ggf. Möglichkeiten für individuelle Beratung, Begleitung und Unterstützung vor Ort geboten werden. Angebote im Bildungs- und Freizeitbereich für verschiedene Bevölkerungsgruppen können hier Räume finden. Außerdem kann es ganz praktisch darum gehen, dem Quartiersmanagement passende Räumlichkeiten vor Ort bieten zu können.

Alle diese Zielsetzungen sind für das Untersuchungsgebiet und seine Bewohner/innen sinnvoll. Inwieweit sie sich realisieren lassen, hängt davon ab, ob sich jeweils Träger dafür finden und ob sie finanzierbar sind. Hier sind die bereits vor Ort tätigen Träger und Institutionen gefragt, inwieweit sie sich dafür stärker als bisher und konzentriert an einem Ort engagieren wollen und können. Die Konzeption für einen Quartierstreffpunkt muss dabei in jeder Hinsicht auf dem aufbauen, was im Gebiet bereits vorhanden ist. Es geht es zum einen um bereits bestehende Angebote, zum anderen um bereits bestehende Räumlichkeiten („Bestandsaufnahme Angebot“, s. u. Startprojekte).

Bei der Konzeption des inhaltlichen Angebotes muss geklärt werden, welchen Bedarf Bewohner/innen im Gebiet sehen, woran sie selber teilnehmen würden, wofür sie sich ggf. selber engagieren würden („Bestandsaufnahme Nachfrage“, s. u. Startprojekte). Angebote sollten sich an diesem Bedarf orientieren. Gleichzeitig kann jedoch auch durch ein neues Angebot eine Nachfrage angeregt werden, auch wenn die Bewohner/innen selber das Thema nicht benannt haben.

Erst wenn geklärt ist, wie der Bedarf im Gebiet ist, welche Träger infrage kommen und wie viele/welche Räumlichkeiten benötigt werden, kann entschieden werden, ob neue Räume notwendig sind, oder ob bestehende Räumlichkeiten anders als bisher nutzbar sind. Sollten die bestehenden Räume sich als nicht ausreichend und/oder nicht geeignet für den ermittelten Bedarf erweisen, kann im Quartier gezielt nach geeigneten Räumen gesucht werden. Für Sanierung/Umbau einer Immobilie zu einem Quartierstreffpunkt könnten im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme Arbeitslose aus dem Gebiet eingebunden werden. Neben der Ermöglichung von Arbeit und Qualifizierung lassen sich dadurch ggf. auch die Identifikation mit dem Quartierstreff und damit die Nutzung der Angebote und Räume erhöhen.

Vor dem Hintergrund der relativ geringen Einwohnerzahl des Gebietes, der Tatsache, dass Quartierstreffpunkte in vielen Gebieten Bremens sinnvoll wären und der knappen Haushaltslage der Stadt Bremen wird davon ausgegangen, dass für das Untersuchungsgebiet in Blumenthal eine kleinere Lösung gefunden werden muss. Es geht darum, ein für den Bedarf passendes Angebot zu schaffen und nicht darum, ein zweites „Haus der Zukunft“ (Lüssum) aufzubauen.

Neben der Finanzierung für notwendige Sanierungs-/Umbaumaßnahmen muss die Finanzierung der Betriebsphase abgesichert werden. Hierbei geht es zum einen um die Finanzierung der Raumkosten (Miete, Nebenkosten, Versicherungen usw.), zum anderen um den Betrieb selber (Geschäftsführung, Finanzierung der Angebote usw.). Es wird empfohlen, für die Konzeption eines Quartierstreffpunktes eine Arbeitsgruppe zu gründen, die zumindest die Planungs- und Umsetzungsphase begleitet und steuert. Dies gilt unabhängig davon, ob vorhandene Räume genutzt werden sollen, oder auch neue Räume verfügbar gemacht werden sollen.

Da das Quartiersmanagement voraussichtlich ab August 2013 eingesetzt werden soll und ein Arbeitsplatz vor Ort für eine sinnvolle Arbeitsaufnahme notwendig ist, muss hierfür schnell eine Lösung gefunden werden. Die Vielzahl leerstehender Läden legt es nahe, einen von diesen hierfür anzumieten. Mindestanforderungen sind dabei ein Büroraum und ein kleinerer Gruppenraum. Um für möglichst viele Bewohner/innen im Quartier gut zugänglich zu sein, wird eine zentrale Lage empfohlen. Günstig wäre es dabei, wenn in der Nachbarschaft Optionen auf Erweiterung bestünde, da dann eine Erweiterung möglich ist, falls sich weiterer Bedarf ergibt der auch finanzierbar ist. Vor dem Hintergrund, dass es auch darum geht, Brücken und Verbindungspunkte für verschiedene Bewohnergruppen des Gebietes zu schaffen, kommt ein Standort in der George-Albrecht-Straße nicht infrage. Denn er würde kaum von Bewohner/innen außerhalb der Straße ausgesucht werden. Zudem könnte er Vorurteilen Vorschub leisten („für die wird etwas getan, für uns nicht“). Auch ein Standort in der Mühlenstraße kommt aus Sicht einiger lokaler Akteur/innen nicht infrage, da es deutliche Abgrenzungstendenzen zwischen Bewohner/innen der Mühlenstraße und der George-Albrecht-Straße gibt. Nach dieser „negativen Auswahl“ bleiben leerstehende Ladenlokale rund um den Marktplatz und in der Kapitän-Dallmann-Straße als geeignete Optionen. Sollte dies in der Kürze der Zeit nicht möglich sein, könnte ggf. ein Raum im Dokumentationszentrum genutzt werden. Das Dokumentationszentrum liegt nördlich der Bahnlinie, ist zwar vom Gebiet aus schnell und leicht zu Fuß erreichbar, liegt jedoch nicht im Gebiet. Von daher ist ein Büro für das Quartiersmanagement im Dokumentationszentrum zwar eine gute Übergangs- aber keine Dauerlösung.

Nächste Arbeitsschritte für „Orte und Anlässe für Begegnungen:“
- ➔ Einrichtung einer Arbeitsgruppe
- ➔ Bedarfsermittlung:
  Bestandsaufnahme Nachfrage
  Bestandsaufnahme Angebot
- ➔ Konzeption in bestehenden Räumlichkeiten oder Raumsuche
- ➔ Ggf. Finanzierung von Umbau/Sanierung
- ➔ Ggf. Betriebskonzept

3.2.3 Bewohneraktivierung und –beteiligung, Vermittlung zwischen Kulturen

Um die tatsächliche Situation der Bewohner/innen und des Gebietes verbessern zu können, um die Rahmenbedingungen für eine Identifizierung der Bewohner/innen mit dem Wohngebiet zu verbessern, zur Stärkung des „Wir-Gefühls“ und zum Abbau von Abgrenzungen ist es notwendig, die Bewohner/innen zu aktivieren und an Ideen- und Konzeptentwicklung sowie an der Umsetzung zu beteiligen. Eine umfangreiche Bewohnerbeteiligung war im Rahmen des vorliegenden Handlungskonzeptes noch nicht möglich und wird eine wichtige Aufgabe des einzusetzenden Quartiersmanagements werden. Doch auch unabhängig von der anstehenden Besetzung dieser Stelle, kann im Rahmen von Startprojekten mit einer Bürgeraktivierung und -beteiligung begonnen werden (s.u. Startprojekte).

Erfahrungen aus anderen Gebieten der sozialen Stadterneuerung in Bremen und anderen Städten zeigen, dass insbesondere in Gebieten mit einem hohen Anteil an Menschen in prekären persönlichen Lebenssituationen (wie Armut, Flüchtlingsstatus) eine Aktivierung gerade im ersten Schritt über konkrete kleine Projekte und gemeinsame Aktionen anlaufen kann. Im Rahmen des Workshops am 06.06.2013 wurden nach derzeitigen Kenntnisstand folgende Themen für die Bürgeraktivierung und -beteiligung genannt: Verantwortung für das Wohnumfeld, Integration, Sauberkeit/Abfall, Sozialverhalten und Lärm.

Es geht also zuerst um Kontaktaufbau und niedrig schwellige Angebote, darum, mit einander ins Gespräch zu kommen und miteinander positive Erfahrungen zu sammeln und weniger um den Aufbau von Beteiligungsstrukturen, wie sie aus den WIN-Gebieten in Bremen bekannt und bewährt sind. Inwieweit der Aufbau der aus den Win-Gebieten bekannten Beteiligungsstrukturen in Blumenthal sinnvoll ist, sollte entschieden werden, wenn innerhalb von 6 Monaten nach Einsetzen eines Quartiersmanagements bessere Kenntnisse und Einschätzungen über die Aktivierbarkeit der Bewohner/innen und ein mögliches Miteinander verschiedener Bewohnergruppen vorliegen. Auch müssten dann die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zum Bedarf der Bewohner/innen bekannt sein. Zwar wird sich hieraus mit Sicherheit nicht der Bedarf nach größerer Mitbestimmung im Quartier direkt ableiten lassen. Aber schon aus der Mitwirkungsbereitschaft im Rahmen dieser Bestandsaufnahme sind dann Rückschlüsse auf das Interesse der Bewohner/innen an einer Beteiligung möglich. Aus dem ermittelten Bedarf heraus können zudem konkrete Projekte entwickelt werden, die dann eine gute Chance auf Annahme durch die Bewohner/innen haben und damit einen Beitrag zur Aktivierung leisten können.

Bei einer Konzeptentwicklung zur Bewohneraktivierung und -beteiligung sind u. a. folgende Fragestellungen zu berücksichtigen:

- Welche konkreten Ziele sollen in welchem Zeitraum mit der Bewohneraktivierung und -beteiligung erreicht werden?
- Welche Bewohnergruppen sind Hauptzielgruppen der Aktivierung und Beteiligung?
- Wie sind die jeweiligen Gruppen am ehesten ansprechbar?
- Welche zeitlichen, personellen und finanziellen Mittel stehen für eine Bewohneraktiverung und -beteiligung zur Verfügung?

Die Bewohner/innen im Gebiet kommen aus unterschiedlichen Ländern, gehören unterschiedlichen Kulturkreisen und Religionen an, sprechen unterschiedliche Sprachen. Insbesondere die Integration und Akzeptanz der Roma und die Probleme, die sich aus der Armutswanderung aus Osteuropa ergeben können, können die Bewohneraktivierung und -beteiligung erschweren. Da auf engem Raum und häufig unter prekären individuellen Verhältnissen verschiedene Kulturen miteinander auskommen müssen, ist der Rückzug ins Private, in die Familie eine Verhaltensalternative. Dies kann zwar die persönliche Sicherheit stärken, ist jedoch für ein Miteinander oder auch nur ein akzeptierendes, friedliches Nebeneinander im Gebiet eher negativ, da dann wenig Interesse an Integration und am aufeinander zugehen besteht. Das kann sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für Deutsche gelten. Offensichtlich besteht die Notwendigkeit, zwischen verschiedenen Kulturen und konkret zwischen verschiedenen Bewohnergruppen zu vermitteln. Die Gruppen sind dabei kleinteilig und u. U. nicht nur nach Zugehörigkeit zu einer Ethnie differenziert (Beispiel: Unterschiede und ggf. bestehende Abgrenzungstendenzen zwischen Roma aus dem Kosovo und Roma aus Bulgarien und Rumänien). Die Zugänglichkeit zu einzelnen Gruppen kann dabei in vielen Fällen (nur) über die Familienoberhäupter führen.

Insgesamt wird deutlich, dass in der Berücksichtigung kultureller Unterschiede und Vielfalt und in den Anforderungen an Vermittlung zwischen diesen Kulturen besondere Anforderungen an diejenige/denjenigen bestehen, der/ die die Quartiersmanagementstelle übernehmen wird. Damit ist das Thema der Kulturmittlung für das Gebiet jedoch nicht abgeschlossen: Interkulturelle Kompetenzen und Beiträge zur Vermittlung zwischen verschiedenen Kulturen sind für nahezu alle Akteur/innen im Gebiet von großer Bedeutung. Es geht im Kern darum, das Querschnittsthema im Gebiet gemeinsam und dauerhaft zu bearbeiten und weniger darum, das Aufgabenfeld auf eine Person zu verlagern.

Nächste Arbeitsschritte zur Bewohneraktivierung und -beteiligung:

- ➔ Entwicklung und Umsetzung kleiner, konkreter, schnell umsetzbarer Angebote (s. u. Startprojekte)
- ➔ Sobald die Quartiersmanagementstelle besetzt ist: Konzeptentwicklung zur Bewohneraktivierung und -beteiligung unter besonderer Berücksichtigung der interkulturellen Fragestellungen.

3.2.4 Bildungs- und Freizeitangebote

Die Schlüsselmaßnahme umfasst die Ergänzung der vorhandenen Angebote im außerschulischen Bildungs- wie auch im Freizeitbereich. Hierbei sollte die Nachfrageseite bei der Entwicklung der Angebote einbezogen werden, um die Chancen zu vergrößern, dass die Angebote angenommen werden. Kulturelle Aspekte müssen in der Angebotsentwicklung berücksichtigt werden. Zielgruppe sind dabei im Bereich von Integrations- und Sprachkursen die Menschen mit Migrationshintergrund. In allen anderen Bereichen sollen Angebote für verschiedene Bevölkerungsgruppen angeboten werden; auch der kulturelle Austausch kann in einem Gebiet mit zahlreichen verschiedenen Nationalitäten ein Thema der Angebote werden. Die Angebote sollen verschiedene Altersgruppen umfassen: Kinder und Jugendliche, wie auch Erwachsene.

Es liegen in Bremen – wie in anderen Städten – viele Erfahrungen mit Bildungs- und Freizeitangeboten in multikulturellen Quartieren vor, so dass auf diesen Erfahrungen weiter aufgebaut werden kann. Grundsätzlich ist es günstig, zu Beginn vor allem in jeder Hinsicht niedrig schwellige Angebote zu machen, innerhalb derer sich dann konkreterer Bedarf der Bewohner/innen deutlicher herausstellen kann. Es geht nicht darum, aus dem Stand eine Fülle neuer Angebote zu schaffen, sondern nach und nach in Kontakt mit Bewohner/innen Angebote aufzubauen, die im Gebiet von den Bewohner/innen gebraucht bzw. gewünscht werden und auch angenommen werden.

Im Rahmen des Workshops wurden Themenbereiche gesammelt, die für das Gebiet und seine Bewohner/innen interessant sein können – vorbehaltlich der Bestandsaufnahme der tatsächlichen Nachfrage:

- **Bildung und Ausbildung:** u. a. Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Erwachsene, Sprachförderung im Elementar- und Primarbereich, Hausaufgabenbetreuung und -hilfe (im Bewohnertreff), „wie bewerbe ich mich richtig“-AG, Berufsaufbaukurse, Ausbildungsbörse, Ferienjob-Paten
- **Kultur:** u. a. Tanz- und Theaterprojekte, Musikalische Förderung, im Schulbereich: Theater- und Musikprojekte, Tonstudio (im Bewohnertreff),
- **Freizeit und Sport:** u. a.: Sportangebot, Fahrradfahrkurs, Internet-, Koch- und Nähkurse (alle drei auch mit Bildungsaspekt), Stadttour
- Freizeit mit Auswirkungen auf das **Wohnumfeld**: Spielplätze und Grillplätze anlegen, ggf. internationale Gärten.
- Projekte gegen Rechts (Lidice)
- Projekte gegen Sucht
- Quartierstreff selber bauen (vgl. Arbeitsgruppe „Orte für Begegnung schaffen“)

Für alle Angebote ist zu klären, was dafür gebraucht wird (Personal, u. a. bei ReBUZ, in der Schule, im Rahmen einer heilpädagogischen Tagesgruppe sowie Bücher und Materialien). Aus der Fülle möglicher Projekte sollten „Leuchtturmprojekte“ bestimmt werden (vgl. Arbeitsgruppe „Bündnis für Blumenthal“). Eine weitere Idee sind Mentorenprojekte, bei denen Familien oder einzelne Familienmitglieder durch ehrenamtlich Tätige bei der Bewältigung des Alltages unterstützt werden. Aus einem Mentor/einer Mentorin und denjenigen, die sie unterstützen, kann in einigen Fällen auch ein „Tandem“ werden, wenn es über die Unterstützung hinaus zu einem gegenseitigen Austausch und einem Kennenlernen kommt, in dem beide Seite von einander lernen.

Nächste Arbeitsschritte für „Angebote im Bildungs- und Freizeitbereich“:

- ➔ Übersicht über vorhandene Angebote
- ➔ Ermittlung von Bedarf und Wünschen von Bewohner/innen
- ➔ Bestimmung von „Angebotslücken“
- ➔ Rahmen schaffen für „niedrig schwellige Angebote“ (Raum, Zeit, Art usw.)

3.2.5 Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit

Zahlreiche Bewohner/innen im Gebiet haben Beratungsbedarf in verschiedenen Bereichen. Vorhandene Beratungsangebote sind häufig entweder nicht bekannt oder „zu weit weg“. Für Menschen, deren selbständiger Aktionsradius auf die Familie und das direkte Umfeld beschränkt ist,

liegt unter Umständen schon Vegesack von Blumenthal aus „zu weit weg“, so dass vorhandene Angebote dort ggf. nicht wahrgenommen werden. Zielsetzung zur Verbesserung individueller Perspektiven ist es vor diesem Hintergrund, Beratungsangebote und Menschen, die Beratungsbedarf haben, näher zu einander zu bringen. Dazu gehören ebenso ein höherer Bekanntheitsgrad und eine gute Erreichbarkeit bzw. Zugänglichkeit der Angebote wie auch eine gute Qualität der Beratungsleistungen. Die „gute Qualität“ bezieht sich dabei sowohl auf die inhaltlich-fachliche Qualität der Leistungen, wie auf den Umgang innerhalb der Beratungssituation und mit denjenigen, die beraten werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Beratung von öffentlichen Stellen (u. a. Amt für soziale Dienste) oder von gemeinnützigen Trägern (u. a. Flüchtlingsberatung, Schuldenberatung) durchgeführt wird.

Auf dem Workshop wurde deshalb ein Konzept der Erstberatung und Vermittlung bei (individuellen) familienbezogenen Angelegenheiten entwickelt, das auf „Wegweiserberatung“ setzt. Für diese Tätigkeiten sind Querschnittskompetenz und direkte Unterstützung gefragt. Es ist daran gedacht, eine Person zu beschäftigen, die die Querschnittskompetenz hat. Status, Träger und Finanzierung dieser Tätigkeiten sind noch offen. Die Arbeit des „Wegweisenden“ erfordert eine enge Kooperation zwischen den betroffenen Ämtern und spezialisierten Beratungsstellen, um insgesamt qualitativ gute Beratung anbieten zu können und zur Verbesserung der individuellen Perspektiven beitragen zu können.

Auch wenn es aus personellen und finanziellen Gründen nicht sinnvoll ist, in einem so kleinen Gebiet wie in Blumenthal die notwendigen Beratungsleistungen vor Ort als dezentrale Angebote dauerhaft vorzuhalten, steht die Möglichkeit offen, dass sich verschiedene Träger einen Beratungsraum vor Ort teilen, den sie dann jeweils nur zu bestimmten Zeiten in der Woche nutzen. Auch für diesen Ansatz ist eine enge Kooperation der Träger zwingend notwendig. Ein entsprechender Beratungsraum könnte dann im Quartierstreffpunkt angeboten werden – müsste also in der Konzepterarbeitung für den Quartierstreffpunkt berücksichtigt werden.

Nächste Arbeitsschritte für „Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit“:

- ➔ Ermittlung von Beratungsbedarf und vorhandenen Angeboten
- ➔ Vernetzung der Beratungsstellen (ggf. im Rahmen des Bündnis für Blumenthal, s. o.)
- ➔ Trägerschaft und Finanzierung für die Einrichtungen einer (Teilzeit)Stelle für Erstberatung und Vermittlung ODER
- ➔ Konzept für einen von mehreren Trägern genutzten Beratungsraum im Quartierstreffpunkt

3.3 Schlüsselmaßnahmen und Ziele im Überblick

Die folgende Tabelle 2 stellt die fünf Schlüsselmaßnahmen im Überblick dar. Im Vordergrund stehen dabei ganz praktische Fragen, die für eine mögliche Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen wichtig sind:

- Wer muss mitmachen? (Akteur/innen und Kooperationspartner/innen)
- Wie lange dauert es, bis es losgehen kann? (Zeithorizont bis zum Beginn)
- Wofür und ggf. in welchem Rahmen fallen Kosten an? (Finanzbedarf, geschätzt)

Insgesamt wird deutlich, dass das Zusammenspiel zahlreicher Akteur/innen für eine Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen notwendig ist. Das Quartiersmanagement spielt dabei eine wichtige Rolle, vor allem im Bereich der Bewohneraktivierung. An anderen Schlüsselmaßnahmen ist das Quartiersmanagement zwar beteiligt, hat jedoch keine führende Rolle. Bei allen Schlüsselmaßnahmen kann sofort mit ersten Arbeitsschritten begonnen werden, so dass nicht erst eine Finanzierung gesichert werden muss, bevor begonnen werden kann (s. auch 3.4 Sofortmaßnahmen/Startprojekte). Doch auf der anderen Seite entstehen für die

Schlüsselmaßnahmen im Überblick			
Schlüsselmaßnahmen	**Akteur/innen, Kooperationspartner/innen**	**Zeithorizont bis zum Beginn**	**Finanzbedarf (geschätzt)**
1. Bündnis für Blumenthal / Leitbild für Blumenthal	Lokale Akteur/innen (öffentlich und privat) und Senatsressorts, Quartiersmanagement	Bündnis: Kann sofort begonnen werden, abhängig davon, dass jemand die Organisation in die Hand nimmt. Leitbild: sofort, in Abhängigkeit von der Finanzierung	Bündnis: ggf. geringe Personalkosten für Geschäftsführung Leitbild: Kosten für Prozessdurchführung und inhaltliche Erarbeitung
2. Orte und Anlässe für Begegnungen	Lokale Akteur/innen, Senatsressorts, Quartiersmanagement	Vorbereitende Maßnahmen (Bestandsaufnahmen): sofort – wenn geklärt ist, wer es macht und wie es finanziert werden kann Quartierstreffpunkt selber: in Abhängigkeit vom notwendigen (baulichen) Aufwand bis zur Eröffnung	In Abhängigkeit davon, ob Räume vorhanden oder neu, und wenn neu, wie viel Umbau/ Sanierung Kosten für Betrieb und Geschäftsführung
3. Bewohneraktivierung und -beteiligung	Quartiersmanagement, lokale Akteur/innen	In kleinen Projekten: sofort Mit Konzept: nach Besetzung der Quartiersmanagement-Stelle	Kleine Projekte: keine bis sehr geringe Kosten Personalkosten für das Quartiersmanagement
4. Bildungs- und Freizeitangebote	Lokale Akteur/innen (öffentlich und privat)	Vorbereitende Maßnahmen (Bestandsaufnahmen): sofort Für einzelne Angebot stark unterschiedlich, in Abhängigkeit von Zeitraum zur Konzeptionierung und Finanzierung	Ggf. geringe Personalkosten, Bestandsaufnahme Angebot kann ggf. mit Studierenden durchgeführt werden. Bestandsaufnahme Nachfrage sollte professionell durchgeführt werden
5. Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit	Ämter, Beratungsstellen	Neue Stelle: Abhängig von Klärung der Trägerschaft und Finanzierung ODER Gemeinsame Nutzung eines Beratungsraumes vor Ort: Konzept und Raumsuche: sofort. Nutzungsbeginn, sobald der Raum zur Verfügung steht	Neue Stelle: Mittel (Teilzeitkraft), ggf. auch ehrenamtlich möglich ODER Gemeinsame Nutzung eines Beratungsraumes vor Ort: nur Raumkosten, da kein zusätzliches Personal notwendig

Tab. 2: Schlüsselmaßnahmen im Überblick

Schlüsselmaßnahmen natürlich auch Kosten, deren Finanzierung gesichert werden muss, wenn dadurch eine positive Entwicklung im Gebiet gefördert werden soll. Die Schlüsselmaßnahmen drei bis fünf brauchen Räumlichkeiten vor Ort. Welcher Raumbedarf in bestehenden Räumlichkeiten gedeckt werden kann und für welchen Raumbedarf neue Räume geschaffen werden sollen („Quartierstreffpunkt“) hängt von den Ergebnissen der Bestandsaufnahmen zu Angebot und Nachfrage ab.

Für die Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen sind in einigen Fällen noch konkretere Informationserhebungen (Bestandsaufnahmen Angebot und Nachfrage) und/oder konzeptionelle Arbeiten notwendig. Dies gilt insbesondere, wenn die tatsächliche Ausgestaltung der Maßnahmen von der Mitwirkungsbereitschaft und den Handlungsspielräumen der Akteur/innen abhängt (u. a. Orte für Begegnungen, Freizeit- und Bildungsangebote). Dann müssen die jeweiligen Akteur/innen in die Konzepterarbeitung aktiv eingebunden sein, ggf. mit professioneller Begleitung und Beratung, da nur so ein Konzept entstehen kann, dass Aussichten auf Umsetzung hat.

Eine Gegenüberstellung der Schlüsselmaßnahmen mit gesetzten Zielen (vgl. Tab. 3) zeigt, dass alle Ziele von den Schlüsselmaßnahmen mindestens einmal angesprochen werden. Die Schlüsselmaßnahme „Bündnis für Blumenthal/Leitbild für Blumenthal“ enthält sowohl die Netzwerkbildung wie die strategisch-konzeptionelle Ausrichtung und kann von daher alle gesteckten Ziele verfolgen. Hierbei wird die Leitbildentwicklung sich im Schwerpunkt mit den Gebietsperspektiven beschäftigen, deren positive Entwicklung dann indirekte Wirkung auf die anderen beiden Zielgruppen haben kann, während es im Bündnis Blumenthal auch um die anderen Ziele direkt gehen kann.

Zuordnung der Schlüsselmaßnahmen zu Zielen

Schlüsselmaßnahmen	**Zielsetzungen**													
	Gebietsperspektiven						**Individuelle Perspektiven**				**George-Albrecht-Straße**			
	Identität/Image verbessern	Abgrenzung verringern	„Wir-Gefühl“ stärken	Ökonomische Perspektiven verbessern	Baulich-räumliche Perspektiven verbessern	Kriminalität absenken/ mehr Sicherheit	Bildungsperspektiven verbessern	Ökonomische Perspektiven verbessern	Soziale Perspektiven verbessern	Aufenthaltsperspektiven verbessern	Wohnsituation verbessern	Wohnumfeld verbessern	Mehr positive Kontaktchancen bieten	Anlässe für positive Berichte schaffen
1. Bündnis für Blumenthal/Leitbild für Blumenthal	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Orte und Anlässe für Begegnungen		x	x				x		x				x	x
3. Bewohneraktivierung und -beteiligung	x	x	x						x				x	x
4. Bildungs- und Freizeitangebote		x					x	x	x				x	
5. Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit							x	x	x	x				
Weiterer Handlungsbedarf				•	•	•					•	•		

Tab. 3: Zuordnung der Schlüsselmaßnahmen zu Zielen

Entsprechend der Schwerpunktsetzung bei Auftragserteilung und der fachlichen Ausrichtung der am Workshop beteiligten Akteur/innen liegt der Schwerpunkt auf einer Verbesserung der individuellen Perspektiven. Auch bei den Gebietsperspektiven liegt der Schwerpunkt eher auf den „weichen" Standortfaktoren (Image, Identität, „WirGefühl") als auf den ökonomischen und baulich-räumlichen Fragestellungen.

An dieser Stelle wird deutlich, dass das vorliegende Handlungskonzept mit seinem Schwerpunkt ein wichtiger Baustein in einem Handlungskonzept für Blumenthal ist, aber weitere, integrierte Strategieentwicklungen, Projekte und Maßnahmen notwendig sind. In der letzten Zeile von Tabelle 3 ist angegeben, in welchen Bereichen über die hier genannten Schlüsselmaßnahmen hinaus weiterer Handlungsbedarf besteht. Hierbei wird deutlich, dass die Schlüsselmaßnahmen für keines der gesteckten Ziele abschließend sind. Für den „weiteren Bedarf" werden darüber hinaus die o. g. Schwerpunkte deutlich (in der Tabelle mit Punktsymbol und dunklerer Farbe gekennzeichnet). Es besteht die Chance, die verschiedenen Bereiche bei der Entwicklung eines „Leitbildes für Blumenthal" zusammenführen und zu einer Gesamtstrategie und abgestimmten Maßnahmen, zumindest auf Ebene von „Leuchtturmprojekten" kommen zu können.

3.4 Startprojekte / Sofortmaßnahmen

Um schnell handlungsfähig zu werden, werden im Folgenden Vorschläge für ein Startprojekt und drei Sofortmaßnahmen benannt, die sich aus den Gesprächen mit den lokalen Akteur/innen und dem Workshop ergaben. Ergänzend wird ein weiteres Startprojekt vorgeschlagen. „Startprojekt" ist dabei ein Projekt mit und für die Bewohner/innen, die „Sofortmaßnahmen" sind Maßnahmen, die im Vorfeld konkreter Projekte noch notwendig sind.

Alle Startprojekte und Sofortmaßnahmen können unabhängig davon begonnen werden, ob ein Quartiersmanagement bereits besetzt ist und ob es einen Quartierstreffpunkt gibt. Auch ist der Finanzbedarf bei den Startprojekten bzw. Sofortmaßnahmen gering. Ob sie „sofort" begonnen werden können, hängt in allen Fällen davon ab, ob sich jemand für die Konkretisierung und Umsetzung einsetzt bzw. diese übernehmen kann.

Startprojekt: Interkulturelles Straßenfest

Ein Interkulturelles Straßenfest wurde von den Teilnehmenden des Workshops übereinstimmend als Startprojekt benannt. Es zielt darauf ab, gemeinsam mit vielen verschiedenen Bewohner/ innen im Quartier zu feiern und sich dabei ein kleines Stück näher zu kommen. Mit Kultur und Essen aus den verschiedenen Ländern kann Verschiedenheit positiv sichtbar gemacht werden, als etwas Gutes erlebt werden.

Hierfür müssen folgende Aufgaben erledigt werden:

- Kontakt herstellen mit Kooperationspartner/innen und gegenseitiges Kennenlernen organisieren: Vertrauenspersonen unter den Bewohner/innen, Familienchefs, Kirchengemeinden, Schulen, AWO, Kita's, Ortsamt, Beirat, Sportvereine
- Kompetenzen und Wünsche der Bewohner/innen für ein Straßenfest klären
- Der Finanzbedarf ist gering, die Finanzierung muss trotzdem geklärt werden.
- Einladung lokaler Akteur/innen und Ansprache der Bewohner/innen

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass ein Straßenfest als Sofortmaßnahme zwar einerseits zu begrüßen ist, dass es aber andererseits auch gut durchdacht, also nicht „überstürzt" stattfinden soll. Es soll geprüft werden, ob es mit anderen sinnvollen Maßnahmen, z. B. einer aktivierenden Bewohnerbefragung verbunden werden kann.

Sofortmaßnahme: Bestandsaufnahme Bedarf und Angebot Beratungsleistungen

Eine Bestandsaufnahme, welchen Beratungsbedarf die Bewohner/innen des Gebietes haben und der Beratungsleistungen, die zurzeit für die Be-

wohner/innen angeboten werden, kann sofort erfolgen. Hierbei geht es jeweils um Zielgruppen und Inhalt der Beratungen. Bei den angebotenen Leistungen geht es darüber hinaus um Ort, Erreichbarkeit und Zugänglichkeit. Zudem sollte erfasst werden, wie die angebotenen Leistungen von Bewohner/innen des Gebietes wahrgenommen werden. Bei der „Bestandsaufnahme Angebot“ sollte gesondert erhoben bzw. dargestellt werden, welche Räumlichkeiten im Gebiet für Beratungsleistungen derzeit zur Verfügung stehen und wie diese genutzt werden, um daraus Rückschlüsse im Rahmen der Konzeptionierung eines Quartierstreffs ziehen zu können.
Für die Sofortmaßnahme fallen Personalkosten für die Durchführung an. Die Bestandsaufnahme könnte von Studierenden oder Praktikant/innen nach entsprechenden Vorgaben bzw. Betreuung durchgeführt werden. Es ist zu klären, wer die Federführung übernimmt und sich um Personal für Durchführung und Finanzierung kümmert.

Sofortmaßnahme: Angebot Bildungs- und Freizeitangebote

Eine Bestandsaufnahme der im Gebiet vorhandenen Bildungs- und Freizeitangebote kann kurzfristig erfolgen. Aufgenommen werden sollen Zielgruppen, Inhalte, Anbieter und Ort. Die Bestandsaufnahme soll die vorhandenen Räume, Möglichkeiten (Größe, Ausstattung, Lage usw.) und ihre Auslastung umfassen, um dies bei einer Konzeptionierung eines Quartierstreffs berücksichtigen zu können.
Für die Sofortmaßnahme fallen Personalkosten für die Durchführung an. Die Bestandsaufnahme könnte von Studierenden oder Praktikant/innen nach entsprechenden Vorgaben bzw. Betreuung durchgeführt werden. Es ist zu klären, wer die Federführung übernimmt und sich um Personal für Durchführung und Finanzierung kümmert.

Sofortmaßnahme: Bestandsaufnahme Nachfrage bzw. Bedarf der Bewohner/innen

Vor der Konzeptionierung neuer Angebote bzw. zur Optimierung bestehender Angebote sollen Bedarf und Wünsche der Bewohner/innen als potenzielle Nachfrager/innen erhoben werden. Im Vorfeld müssen die Zielgruppen geklärt werden und die für die jeweilige Zielgruppe geeignete Methoden der Befragung. Ggf. kann das Straßenfest für Befragungen genutzt werden. Auch diese Maßnahme kann kurzfristig begonnen werden.
Die Durchführung ist anspruchsvoller als bei den Bestandsaufnahmen auf der Angebotsseite, da der Erfolg von einer gelungenen Kontaktaufnahme mit Bewohner/innen abhängt. Von dem Aufwand einer tatsächlich „repräsentativen“ Befragung, die statistisch belastbare Ergebnisse bringen könnte, wird an dieser Stelle abgeraten. Stattdessen sollten mit Vertreter/innen verschiedener Bewohnergruppen Befragungen bzw. Gespräche hierzu durchgeführt werden. Hierbei sollte es neben der Bedarfsermittlung auch darum gehen, welche Angebote bekannt sind und welche davon warum genutzt oder nicht genutzt werden. Zielgruppen sind dabei möglichst viele verschiedene Bewohnergruppen aus dem Gebiet, nicht nur Ausländer/innen und nicht nur Bewohner/innen der George-Albrecht-Straße.
Denkbar ist z. B. eine persönliche Befragung auf dem interkulturellen Straßenfest (studentische Befrager/innen nach Einarbeitung mit einem entsprechenden Fragebogen). Personalkosten fallen an für Konzeptionierung, Durchführung und Auswertung. Eine andere oder ergänzende Möglichkeit ist, dass die lokalen Akteur/innen ihre Kontakte zu Bewohner/innen für die Durchführung der Befragung nutzen. Ggf. können aus Gesprächssituationen mit bereits bekannten Personen mehr verwendbare Informationen gewonnen werden als bei der Ansprache durch Fremde.

Startprojekt: Wettbewerb zur Namensfindung für den Marktplatz

Im Rahmen der Bestandsaufnahme fiel auf, dass der zentrale Platz im ehemaligen Zentrum von Blumenthal keinen Namen hat. Ein Bewohnerwettbewerb mit der Vergabe von Preisen und die Besetzung einer Jury können zur Bewohneraktivierung beitragen und positiv auf Identifikation und Image wirken. Die Kosten für die Durchführung eines solchen Namenswettbewerbes sind gering, das Projekt kann sofort begonnen werden, in Abhängigkeit davon, dass sich jemand bereit erklärt, die Durchführung zu übernehmen.

4 Zusammenfassung

Die Bestandsaufnahme und -analyse hat für das Untersuchungsgebiet komplexe soziale, räumliche und wirtschaftliche Problemlagen ermittelt. Von daher ist das Untersuchungsgebiet mit vielen anderen Gebieten der sozialen Stadterneuerung in Bremen (und anderen Städten) vergleichbar. Hauptcharakteristika der Problemlagen im Untersuchungsgebiet in Blumenthal sind:

- Auf relativ kleinem Raum, in direkter Nachbarschaft treffen komplexe räumliche, soziale und wirtschaftliche Problemlagen auf einander.
- Im Untersuchungsgebiet gibt es einen hohen Anteil von Ausländer/innen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus (mit den damit verbundenen Einschränkungen u. a. bei der Arbeitssuche sowie auch bei den Möglichkeiten und Motivationen zur Integration).
- Das Untersuchungsgebiet hat seinen früheren Charakter, seine Funktionen als Zentrum von Blumenthal verloren, ohne dass zurzeit deutlich wäre, welchen Charakter und welche Funktionen es zukünftig übernehmen kann.
- U. a. aufgrund des geringen Mietniveaus kann das Gebiet auch weiterhin interessant für Armutswanderung, u. a. aus Osteuropa sein – dies betrifft nicht nur die George-Albrecht-Straße, sondern das gesamte Untersuchungsgebiet.

Die Analyse der Bevölkerungsdaten hat ergeben, dass nach den Kriterien des Monitoring Soziale Stadt das Gebiet die Kriterien für ein WiN-Gebiet nicht erfüllt. Gründe hierfür liegen dabei sowohl in der relativ geringen Bevölkerungszahl als auch darin, dass die Werte für die Indikatoren Einkommensarmut und Anteil von Migrant/innen zwar hoch sind, aber unter dem Doppelten des Bremer Durchschnitts liegen.

Die ermittelten komplexen sozialen, räumlichen und wirtschaftlichen Problemlagen machen deutlich, dass Handlungsnotwendigkeiten bei verschiedenen Akteur/innen bestehen. Das Wissen darum, dass es in Bremen zahlreiche Quartiere mit ähnlich komplexen, wenn auch im Einzelfall unterschiedlich ausgeprägten Problemlagen gibt, macht die Situation in Blumenthal nicht einfacher, spricht aber (leider) insbesondere auch im Angesicht der kommunalen Haushaltslage in Bremen für einen Mitteleinsatz „mit Augenmaß“ und kreative Finanzierungskonzepte. Die Akquisition von Fördermitteln wird mit Sicherheit eine zentrale Aufgabe des geplanten Quartiersmanagements werden müssen.

Die Bestandsaufnahme und -analyse hat drei Ziel- und Handlungsebenen ermittelt:
- eine Verbesserung der Gebietsperspektiven
- eine Verbesserung der individuellen Perspektiven
- eine Verbesserung der Situation in der George-Albrecht –Straße und eine Verbesserung des Images/des Rufes der George-Albrecht-Straße.

Das erarbeitete Handlungskonzept setzt vereinbarungsgemäß den Schwerpunkt bei sozialen Fragestellungen. Vor diesem Hintergrund werden fünf Schlüsselmaßnahmen benannt:

- Bündnis für Blumenthal / Leitbild für Blumenthal
- Orte und Anlässe für Begegnungen
- Bewohneraktivierung und -beteiligung
- Bildungs- und Freizeitangebote
- Beratungsangebote mit hoher Qualität und guter Zugänglichkeit

Die Schlüsselmaßnahmen sind geeignet, die im Handlungskonzept formulierten Ziele zu verfolgen, jedoch besteht auch darüber hinaus weiterer Handlungsbedarf. Dies gilt insbesondere für die ökonomischen und baulich-räumlichen Fragestellungen.

Die Umsetzung von zwei Startprojekten kann schnell und gut sichtbare Wirkungen ergeben; drei Sofortmaßnahmen können die genannten Schlüsselmaßnahmen weiter konkretisieren, so dass eine zügige Umsetzung möglich wird. Startprojekte und Sofortmaßnahmen sind dann umsetzbar, wenn sich Verantwortliche für die Durchführung zügig finden lassen und die vergleichsweise geringen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Anhang

Beschluss der Bremischen Bürgerschaft Nr. 18/244 S vom 11.12.2012 A 2

Ergebnisse des Workshops „Vernetzte Quartiersarbeit Blumenthal-Zentrum“, 06.06.2013 A 3

Positionspapier des AK Blumenthal (Januar 2013) A 12

Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Sozialstruktur im Stadtteil, AK Blumenthal (Dez. 2003) A 16

Papier „Interventionsmöglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Umweltbedingungen in der George-Albrecht-Straße“ (2013) A 17

Presse A 18

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
18. Wahlperiode

Beschlussprotokoll
19. Sitzung
11. 12. 12
Nr. 18/231 S – 18/246 S

Nr. 18/244 S

Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/261 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. umgehend die Stelle einer Quartiersmanagerin bzw. eines Quartiersmanagers zur Vernetzung der sozialen und sozialpädagogischen Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner der George-Albrecht-Straße und der umliegenden Straßen im Ortsteil Blumenthal zu schaffen,
2. über die vorgelegte Planung zum Ausbau der U3-Kindertagesbetreuung in Blumenthal hinaus weitere Betreuungsplätze in unmittelbarer Nähe der George-Albrecht-Straße anzubieten,
3. einen Quartierstreffpunkt im Umfeld der George-Albrecht-Straße einzurichten, der den Bewohnerinnen und Bewohnern als Anlauf- und Austauschstelle dient, Beratungsleistungen bietet, nach Möglichkeit Raum für soziale Projekte und (Bildungs-)Angebote schafft sowie Sitz des Quartiersmanagements ist,
4. Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler als weitere Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner einzusetzen,
5. eine regelmäßige Sprechstunde des Kontaktpolizisten im Quartierstreffpunkt anzubieten,
6. sicherzustellen, dass die gegenwärtigen Maßnahmen der durch die Polizei in Blumenthal gegen jugendliche Intensivtäter eingesetzten flexiblen Ermittlungsgruppe optimal mit der Justiz abgestimmt und bei Bedarf weitere Maßnahmen nachgesteuert werden,
7. eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ressorts Soziales, Arbeit, Bau, Inneres sowie der Senatskanzlei einzurichten, die gemeinsam mit dem Quartiersmanagement ein Konzept für die George-Albrecht-Straße und das Umfeld erarbeitet und die dabei Folgendes berücksichtigt:
   a) spezifische arbeitsmarkt- bzw. beschäftigungspolitische Maßnahmen und Bildungsangebote, die den Bewohnerinnen und Bewohnern eine bessere Erwerbsperspektive eröffnen,
   b) eine Strategie, wie das Quartier im Umfeld der George-Albrecht-Straße in die WiN-Förderung integriert werden kann, gegebenenfalls eine ähnliche Förderung zu konzipieren,
   c) städtebauliche Maßnahmen, die die Wohn-, Sicherheits- und Lebensqualität in dem Quartier verbessern,
   d) eine Stabilisierung der ausländerrechtlichen Aufenthaltssituation von Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers,
   e) inwieweit im Rahmen des Projekts „Stopp der Jugendgewalt“ weitere Maßnahmen in Blumenthal realisiert werden können.
8. der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend, der städtischen Deputation für Inneres und Sport, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte – beginnend im Frühjahr 2013 – halbjährlich zu berichten.

Vernetzte Quartiersarbeit Blumenthal Zentrum

Workshop, 06.06.2013

1. **Die zentralen Ergebnisse** (kurz und knapp)

Es werden fünf **Schlüsselmaßnahmen** benannt (über die Einrichtung eines Quartiersmanagements hinaus):

- Beratungsangebote vor Ort
- Orte und Anlässe für Begegnungen
- Bürgeraktivierung und -beteiligung
- Bündnis für Blumenthal
- Bildungs- und Freizeitangebote

In Gruppen werden **erste Konkretisierungsschritte** dazu erarbeitet:

- Straßenfest Ende September
- Bestandsaufnahme Angebot in den Bereichen Bildung und Freizeit (Anbieter/innen)
- Bestandsaufnahme Nachfrage (Bewohner/innen)
- Bau/Umbau eines Quartierstreffpunktes
- Leitbild Blumenthal
- Personelle Ausstattung (Kulturmittlung, Erstberatung)

Die Ergebnisse des Workshops werden in die Erarbeitung des Handlungskonzeptes einfließen und hierbei nach Möglichkeit durch das Büro proloco weiter konkretisiert werden.

2. **Offene Fragen** (Auswahl, kurz und knapp)

Aufgrund der Kürze der Zeit im Rahmen des Workshops sind neben einer notwendigen Konkretisierung vor allem Fragen dazu offen geblieben, wer was wann als nächstes mit wem macht, um bei den Schlüsselmaßnahmen weiter voran zu kommen.

Eine Realisierung der kurzfristigsten Maßnahme (Straßenfest im September) ist dann möglich, wenn sich schnell ein Team findet, das die konkretere Konzeption, Planung und Organisation übernimmt. Von daher werden die Anwesenden gebeten, sich **bis 15.06.** per Mail bei Herrn Wojke zu melden, ob sie beim Team zum Straßenfest mitarbeiten wollen.

Die Frage, ob ein die Erarbeitung es gemeinsamen Leitbildes für Blumenthal weiter verfolgt werden soll, wird in de ressortübergreifenden Arbeitsgruppe besprochen werden.

3. Die Ergebnisse im Einzelnen

Herr Wojke begrüßt die Anwesenden und macht deutlich, dass der einstimmige Bürgerschaftsbeschluss „Vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße“ die Chancen eröffnet, Entwicklungen im Quartier zu unterstützen. Es geht dabei nicht um eine Straße, sondern um das alte Blumenthaler Zentrum. Themen des Workshops sind die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme und -analyse sowie die Schlussfolgerungen daraus: Was ist zu tun?

3.1 Einstiegsfrage: Hauptprobleme und wichtige Projekte für das Gebiet

Zu Beginn nennen alle Anwesenden jeweils aus ihrer Sicht das Hauptproblem und das wichtigste Projekt für das Gebiet.

Zu den genannten **Problemen** gehören:

- Funktionalität des Zentrums nicht mehr/kaum gegeben
- Negativ-Image des Zentrums
- Fehlende Perspektiven, insbesondere für Zuwanderer
- Schwieriges Miteinander/Nebeneinander in den Nachbarschaften
- Gefahr der Entstehung ethnisch-sozialer Ghettos
- Fremdheit, fehlende Berührungspunkte zwischen Ansässigen und Zuziehenden
- Vorhandensein von Konzepten und Ideen aber fehlende Handlungen/Umsetzung

Zu den genannten **Projektideen** gehören:

- Anlaufpunkte/Bewohnertreff schaffen
- Maßnahmen, um Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen
- Kompetenzzentrum/Beratungen vor Ort
- Familienzentrum/Familienhilfe von Beginn an
- Bewohner/innen einbinden
- Integriertes Handeln, vernetzte Zusammenarbeit

3.2 Vorstellung und Diskussion der Bestandsaufnahme und -analyse

Frau Lehmann vom Büro proloco stellt die Ergebnisse der Bestandaufnahme und -analyse vor (Präsentation: s. Anhang). Zentrale Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme sind:

Die Gebietsperspektiven – nicht einfach:

Geprägt von Perspektivlosigkeit:

- Baulich-räumlich (Sanierungsstau), fehlende Nutzungen

- Hohe Arbeitslosigkeit unter Bewohner/innen, noch keine nennenswerten neuen Arbeitsplätze auf dem ehem. BWK-Gelände
- Das ehemalige Zentrum hat – spätestens seit Bau und Erweiterung des Blumenthal-Centers – kaum noch Perspektiven als Einzelhandelsstandort
- Deutliche Abgrenzungstendenzen einzelner Bewohnergruppen – sowohl räumliche Trennungen wie zwischen ethnischen Gruppen

Die individuellen Perspektiven – nicht einfach:

Viele Menschen mit schwierigen individuellen Perspektiven:

- Armut ist in weiten Teilen des Gebietes prägend
- Unsichere Aufenthaltsperspektiven für viele Ausländer/innen
- Teilweise psychische und gesundheitliche Schwierigkeiten bei Kriegsflüchtlingen
- Bewohner/innen stationärer Einrichtungen (ältere Menschen, Suchtkranke) mit eingeschränkten individuellen Perspektiven

Die Perspektiven in der George-Albrecht-Straße – nicht einfach:

- Besonders viele Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, wenig Geld und ohne Arbeit
- Abgrenzungstendenzen zwischen verschiedenen (ethnischen) Bewohnergruppen – trotz „funktionierender Nachbarschaft“
- Schlechte Wohnverhältnisse
- Unklare Eigentümerverhältnisse
- Viele Kinder und Jugendliche – wenig bzw. kaum geeignete wohnungsnahe Spiel- und Freiflächen
- Stigmatisierung der gesamten Straße

Zusammenfassung:

- Komplexe soziale, räumliche und wirtschaftliche Problemlagen

=> Es besteht Handlungsbedarf – wie in vielen Quartieren in Bremen

- Mitteleinsatz „mit Augenmaß“ erforderlich
- Kreative Finanzierungskonzepte mit Bündelung aus verschiedenen (Förder)Quellen
- Akquisition von Fördermitteln

Diskussion:

Die Zusammenfassung der Bestandsaufnahme und -analyse wird von den Anwesenden im Wesentlichen betätigt. Es wird erneut deutlich, dass Konzepte und Ideen zwar vorhanden sind, es jedoch an der Umsetzung fehlt. Für das Zentrum müsste ein Perspektivwechsel erfolgen, bevor neue Entwicklungen möglich werden: Es ist aktuell kein Zentrum mehr, es ist noch offen, was es stattdessen sein kann.

Die verschiedenen Probleme erschweren es für einzelne Akteur/innen, zu handeln. Auch das legt ein integriertes Handeln nahe. Gleichzeitig wird davor gewarnt, zu viele Dinge mit einander zu vermischen, da auch das die Handlungsfähigkeit beeinträchtigen kann.

Die schwierigen individuellen Perspektiven (Aufenthaltsstatus, tw. keine Herkunftsunterlagen,…) eines Teils der Bewohner/innen haben zur Folge, dass sonst kleine formale Hürden (Zulassung zur Führerscheinprüfung) vergleichsweise große Schwierigkeiten mit sich bringen.

3.3 Diskussion über mögliche Zielrichtungen

Frau Lehmann stellt drei mögliche Zielrichtungen vor, die allgemein gehalten sind und an die drei Ebenen anknüpfen, auf denen die Ergebnisse der Bestandsanalyse zusammengefasst wurden. Es sind noch keine Zielsetzungen; diese müssten konkreter gefasst sein.

- Eröffnung von Perspektiven für das Untersuchungsgebiet
- Verbesserung individueller Perspektiven der Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes
- Abbau der Stigmatisierung der George-Albrecht-Straße

In der Diskussion der vorgeschlagenen Zielrichtungen wird der Bedarf nach weiterer Konkretisierung ganz deutlich. Der Begriff „Perspektive“ wird als zentraler Begriff bestätigt. Da er jedoch weit auslegbar und unterschiedlich interpretierbar ist, bedarf es hier weiterer Konkretisierung, um zu Zielen zu kommen, die tatsächlich steuernd wirken können. proloco wird bei der weiteren Erstellung eines Handlungskonzeptes hierzu einen Vorschlag vorlegen.

3.4 Konkretisierung ausgewählter Schlüsselmaßnahmen

Aus den anfangs genannten wichtigen Projektideen und Vorüberlegungen von proloco zur Strukturierung möglicher Schlüsselmaßnahmen werden sieben mögliche Schlüsselmaßnahmen entwickelt. Die Frage des Quartiersmanagements wird dabei nicht berücksichtigt, da bereits feststeht, dass die Ausschreibung für eine volle Stelle auf zwei Jahre demnächst erfolgen soll.

Es wird diskutiert, dass bei einer Konkretisierung der Schlüsselmaßnahmen mit bedacht werden soll, welche Anforderungen sich daraus für einen Bewohnertreff ableiten lassen. Im Vordergrund sollen die inhaltlichen Konzepte stehen, aus denen sich dann Raumbedarf ergeben kann.

Nachdem alle Anwesenden sich für eine der sieben Möglichkeiten entschieden haben, werden zu den fünf Schlüsselmaßnahmen, die mehr als zwei Stimmen erhielten, Arbeitsgruppen gebildet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden eine Grundlage für das von proloco zu erstellende Handlungskonzept sein.

Beratungsangebote vor Ort

Inhaltliche Beschreibung: Erstberatung und Vermittlung bei (individuellen) familienbezogenen Angelegenheiten. Hierbei sind Querschnittskompetenz und direkte Unterstützung gefragt. Es ist daran gedacht, eine Person zu beschäftigen, die die Querschnittskompetenz hat (also keine dezentrale Beratung durch verschiedene Anbieter/innen sondern teilweise eine Lotsenfunktion oder „Wegweiserberatung“).

Kooperationspartner/innen und Akteur/innen: Ämter, Behörden, spezialisierte Beratungsstellen

Zeithorizont bis zum Beginn: Sofort nach Einsetzen eines Quartiersmanagements (dann auch als „Sofortmaßnahme“ möglich)

Geschätztes Finanzvolumen: mittel (Teilzeitkraft) und/oder gering (Ehrenamt/geringfügig Beschäftigte)

Erste Arbeitsschritte: Konkrete Definition der Beratungsangebote

Schlussfolgerungen für einen Quartierstreffpunkt: Büro für die Beratungsangebote im Quartierstreffpunkt

Nachfragen (nach dem Workshop, beim Schreiben des Protokolls):

- *Warum ist der Beginn an das Einsetzen des Quartiersmanagements gekoppelt? Die Beratungsleistung selber wird nicht Aufgabe des Quartiersmanagements werden.*

- *Wer macht wann die nächsten Schritte (s.o.) zur Realisierung der Schlüsselmaßnahmen, wer übernimmt die Verantwortung?*

Orte und Anlässe für Begegnungen

Orte für Begegnungen: Es soll recherchiert werden, was für Räumlichkeiten derzeit vorhanden sind und wie sie genutzt werden/ausgelastet sind (Dokumentationszentrum u.a.m.). Der zu schaffende „Bewohnertreff" soll niedrigschwellig und interkulturell sein. Für den Umbau/Bau eines Bewohnertreffs sollen Energien/Kräfte/Finanzmittel aus dem Quartier und für das Quartier nach Möglichkeit gebündelt werden: Baumaßnahmen als Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Bewohner/innen des Gebietes, Einbindung lokaler Wirtschaftsbetriebe usw.. Die Bewohner/innen sollten bei Bau und Gestaltung mit einbezogen werden.

Vorgeschlagen wird eine „Findungskommission" für den Bewohnertreff. Für das geplante Quartiersmanagement muss ggf. eine Zwischenlösung gefunden werden, damit Vor-Ort-Präsenz und Schreibtisch von Beginn an gewährleistet werden können (ggf. ab 01.08.2013). Dies könnte ggf. im Dokumentationszentrum möglich sein.

Anlässe der Begegnung: Insgesamt geht es darum „tätig zu sein", das tätige Leben in den Mittelpunkt zu stellen. Ein/e „Kulturmittler/in" scheint sinnvoll/notwendig, um zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Kontakte herzustellen und wechselseitig die jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen deutlich zu machen. Sprachkurse sind ein wichtiges Angebot, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen buchstäblich mit einander ins Gespräch kommen können.

Als „Sofortmaßnahme" wird ein interkulturelles Sommerfest George-Albrecht-Straße und umzu vorgeschlagen (vgl. Arbeitsgruppe Bürgeraktivierung und -beteiligung).

Nachfragen (nach dem Workshop, beim Schreiben des Protokolls):

- *Findungskommission: Wenn sie tatsächlich eingerichtet wird, wer kümmert sich wann darum? Wer macht mit, wer übernimmt die Verantwortung?*
- *Wer konkretisiert die Kooperationsidee zur Realisierung des Bewohnertreffs weiter?*
- *Was sind die nächsten Arbeitsschritte?*

Bürgeraktivierung und -beteiligung

Themen für die Bürgeraktivierung und -beteiligung können sein: Verantwortung für das Wohnumfeld, Integration, Sauberkeit/Abfall, Sozialverhalten, Lärm.

Als Sofortmaßnahme wird auch in dieser Gruppe ein Straßenfest benannt – mit einer Terminsetzung für Ende September 2013. Hierfür müssen folgende Aufgaben erledigt werden:

- Kontakt herstellen mit Kooperationspartner/innen und gegenseitiges Kennenlernen organisieren: Vertrauenspersonen unter den Bewohner/innen, Familienchefs, Kirchengemeinden, Schulen, AWO, Kita's, Ortsamt, Beirat, Sportvereine
- Kompetenzen und Wünsche der Bewohner/innen für ein Straßenfest klären
- Der Finanzbedarf ist gering, die Finanzierung muss trotzdem geklärt werden.
- Einladung lokaler Akteur/innen und Ansprache der Bewohner/innen

Natürlich wäre es gut, wenn es bis dahin einen Bewohnertreff gäbe, der noch dazu geeignet wäre, dort das Straßenfest stattfinden zu lassen.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass ein Straßenfest als Sofortmaßnahme zwar einerseits zu begrüßen ist, dass es aber andererseits auch gut durchdacht, also nicht „überstürzt" stattfinden soll. Es soll

geprüft werden, ob es mit anderen sinnvollen Maßnahmen, z. B. einer aktivierenden Bewohnerbefragung verbunden werden kann.

Der ehrgeizige Termin Ende September ist in jedem Fall nur dann zu halten, wenn sich SCHNELL ein Team findet, das die weitere Planung und Vorbereitung KONKRET und VERANTWORTLICH übernimmt.

Von daher werden die Anwesenden gebeten, sich **bis 15.06.** per Mail bei Herrn Wojke zu melden, ob sie beim Team zur konkreteren Konzeption, Planung und Organisation des Straßenfestes mitarbeiten wollen. Aufgaben und Verantwortlichkeiten können dann innerhalb des Teams geklärt werden.

Bündnis für Blumenthal

Vorgeschlagen wird die gemeinsame Erarbeitung eines „Leitbildes Blumenthal", einschließlich Handlungs-, Maßnahmen- und Finanzierungskonzeptes. „Leuchtturmprojekte" sollten dabei besonders herausgestellt werden (d. h. Projekte, die für die Umsetzung des Leitbildes in besonderem Maße beitragen können). Da das Leitbild Grundlage integrierten Handelns werden soll, müssen die verschiedenen Ressorts und Akteur/innen eingebunden werden.

Für eine Stärkung des Netzwerkes in Blumenthal ist der vorhandene AK Blumenthal ein guter Ansatzpunkt (KiTa, Schule, Freizeit, Kirche, Kulturschaffende). Weiterhin sollen in die Netzwerkarbeit eingebunden werden: Wirtschaft, Gewerbe/Handel, Immobilienstandortmanagement sowie auch die Sportvereine. Dem einzurichtenden Quartiersmanagement käme die Aufgabe der Koordination zu, außerdem die Ideen zu geben und Impulse zu setzen. Auch die Reaktion auf einzelne Problemfälle kann zu den Aufgaben des Quartiersmanagements gehören.

Als ein erster Schritt sind folgende Fragen im Rahmen einer „Bestandsaufnahme" zu klären:

- Wer **kann** was in Blumenthal?
- Wer **will** was in Blumenthal?
- Wer **darf** was in Blumenthal?
- Wer **macht** was in Blumenthal?

In der Diskussion wird herausgestellt, dass die Erarbeitung eines Leitbildes nicht so „nebenbei" vom Quartiersmanagement mit erledigt werden kann, sondern ein gesonderter Prozess sein müsste.

Nachfragen (nach dem Workshop, beim Schreiben des Protokolls):

- *Wer klärt wie wann mit wem, ob und wie die Idee des Leitbildes Blumenthal weiter verfolgt werden kann und soll?*
- *Wie kann eine „Einbindung" der o. g. Akteur/innen erfolgen?*

Bildungs- und Freizeitangebote

In der Arbeitsgruppe wurden sinnvolle Bildungs- und Freizeitangebote für das Gebiet gesammelt.

- Aus dem Bereich **Bildung und Ausbildung** gehören dazu u. a.: Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Erwachsene, Sprachförderung im Elementar- und Primarbereich, Hausaufgabenbetreuung und –hilfe (im Bewohnertreff), „wie bewerbe ich mich richtig"-AG, Berufsaufbaukurse, Ausbildungsbörse, Ferienjob-Paten
- Aus dem Bereich **Kultur** gehören dazu u. a.: Tanz- und Theaterprojekte, Musikalische Förderung, im Schulbereich: Theater- und Musikprojekte, Tonstudio (im Bewohnertreff),

- Aus dem Bereich **Freizeit und Sport** gehören dazu u. a.: Sportangebot, Fahrradfahrkurs, Internet-, Koch- und Nähkurse (alle drei auch mit Bildungsaspekt), Stadttour
- Aus dem Bereich Freizeit mit Auswirkungen auf das **Wohnumfeld**: Spielplätze und Grillplätze anlegen.
- Projekte gegen Rechts (Lidice)
- Projekte gegen Sucht
- Quartierstreff selber bauen (vgl. Arbeitsgruppe „Orte für Begegnung schaffen“)

Für alle Angebote ist zu klären, was dafür gebraucht wird (Personal, u. a. bei ReBUZ, in der Schule, im Rahmen einer heilpädagogischen Tagesgruppe, sowie Bücher und Materialien). Aus der Fülle möglicher Projekte sollten „Leuchtturmprojekte“ bestimmt werden (vgl. Arbeitsgruppe „Bündnis für Blumenthal“). Eine weitere Idee sind Mentorenprojekte.

In der Diskussion wird deutlich, dass vor Einrichtung neuer Angebote geklärt werden muss, was bereits angeboten wird. Mit den Bewohner/innen, also den potentiellen Nutzer/innen der Angebote muss geklärt werden, welchen Bedarf und welche Wünsche sie haben, um dann tatsächlich zielgerichtet neue Angebote machen zu können, bzw. vorhandene Angebote zielgenauer ausrichten zu können.

Zusammenfassung

Insgesamt hat der Workshop sowohl kurzfristig umsetzbare Maßnahmen ergeben, wie auch längerfristige strategische Ansätze:

- **Straßenfest Ende September**: Das Straßenfest kann Ende September 2013 stattfinden, WENN SICH EIN TEAM ZUR VORBEREITUNG FINDET. Zu klären ist u. a. noch, ob es ein Straßenfest in der George-Albrecht-Straße werden soll oder eher eine Quartiersfest, z. B. auf dem Marktplatz.
- **Bestandsaufnahme Angebot**: Eine Bestandsaufnahme der im Quartier vorhandenen Bildungs- und Freizeitangebote kann kurzfristig erfolgen. Aufgenommen werden sollen Zielgruppen, Inhalte, Anbieter, Ort. Sinnvoll ist zudem eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Räume, ihrer Möglichkeiten (Größe, Ausstattung, Lage usw.) und ihrer Auslastung, um auch dies bei einer Konzeptionierung eines Bewohnertreffs berücksichtigen zu können.
  WER MACHT ES?
- **Bestandsaufnahme Nachfrage**: Vor der Konzeptionierung neuer Angebote bzw. zur Optimierung bestehender Angebote sollen Bedarf und Wünsche der Bewohner/innen als potenzielle Nachfrager/innen erhoben werden. Im Vorfeld müssen die Zielgruppen geklärt werden und die für die jeweilige Zielgruppe geeignete Methoden der Befragung. Ggf. kann das Straßenfest für Befragungen genutzt werden. Auch diese Maßnahme kann kurzfristig begonnen werden. Ggf. könnte ein Teil der Bestandsaufnahme durch Student/innen der Universität Bremen erfolgen. Auch hier ist bisher offen, wer sich darum kümmert.
  WER MACHT ES?
- **Bau/Umbau eines Quartierstreffpunktes**: Neben der Erstellung eines inhaltlichen Konzeptes geht es hierbei auch um eine Konkretisierung der Kooperation (vgl. Arbeitsgruppe „Orte und Anlässe für Begegnungen schaffen“). Die Umsetzung der Maßnahme ist ggf. mittelfristig. Die Konzepterarbeitung und die Ansprache potentieller Kooperationspartner/innen kann kurzfristig aufgenommen werden.
  WER MACHT ES?
- **Leitbild Blumenthal**: Die Schlüsselmaßnahme „Leitbild Blumenthal“ ist die Projektidee mit den größten strategischen Anteilen. Die Maßnahme kann relativ kurzfristig begonnen werden, der Erarbeitungsprozess eines Leitbildes mit Handlungs- und Finanzierungskonzept dauert erfahrungsge-

mäß mehrere Monate.
Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe wird das Thema besprechen.

- **Personelle Ausstattung**: Im Raum stehen die Ideen eines/r „Kulturmittler/in“ und eines/r „Erstberaters/in“ in familienbezogenen Angelegenheiten. In beiden Fällen ist eine Konkretisierung noch offen (u. a. Kosten, Träger, Anbindung usw.).
  WER KÜMMERT SICH DARUM?

Insgesamt wurde darauf hingewiesen, dass im Sinne eines integrierten Handelns eine sinnvolle Verknüpfung der genannten Maßnahmen im Auge behalten werden soll.

4. Ausblick

proloco wird auf Grundlage der bisher geleisteten Arbeiten und den Ergebnissen des Workshops ein Handlungskonzept erstellen. Hierbei werden einige nach dem Workshop noch fehlende Dinge ergänzt und konkretisiert werden. An anderen Stellen werden bestehende Lücken identifiziert und es wird ein Vorschlag zu nächsten Arbeitsschritten erfolgen. Das Konzept soll bis Sommer vorliegen.

Protokoll: Franziska Lehmann

Vernetzte Quartiersarbeit Blumenthal Zentrum

Workshop 06.06.2013, Doku-Zentrum Blumenthal, 14. – 18.00 Uhr

	Name	Institution	Unterschrift
1	Beck, Renate	Öko Stadt	
2	Binne, Heike	Haus der Zukunft, Quartiersmanagement	
3	Britt, Cornelia	OA Blumenthal	
4	Buggel, Werner	AfSD	
5	Cerna, Libuse	Bremer Rat für Integration	
6	Ehmke, Matthias	AfSD	
7	Geis, Peter	Beiratssprecher Blumenthal	
8	Hamann, Kevin	Polizei	
9	Hellpap, Uwe	Justiz	
10	Hoffmann, Uwe	Inneres	
11	Imholze, Reiner	Bau	
12	Jahn, Karin	Arbeit	
13	Jantzen, Uwe	KOP Blumenthal	
14	Jordan, Andreas	Öko Stadt	
15	Kammeyer, Reiner	Senatskanzlei	
16	Katenkamp, Ulrike	Kirchengemeinde Blumenthal	
17	Kiel, Bianca	Kita Sankt Marien	
18	Klein, Ulrich	Kirchengemeinde Blumenthal	
19	Knievel, Christoph	Bremer Integrationshilfen	
21	Lüdekke, Ulrike	Schule Wigmodistr.	
22	Lueking, Anne	Bildung	
23	Müller, Kathrin	Ev. Jugend Blumenthal und Farge	
24	Nowack, Jörg-Peter	OA Blumenthal	
25	Röttgers, Eberhard	Soziales	
26	Rüst, Birgit	ReBUZ-Nord	
27	Sari, Abdulkerim	Caritas Team Nord	
28	Stocks, Angela	Doku Blumenthal	
29	Sygusch, Hajo	Bildung	
30	Warneke-Bies, Petra	KuFZ Wasserturm	
31	Wegner, Stefan	FÖZ Reepschlägerstr.	
32	Wegner-Meinhold, Katrin	Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder	
33	Wojke, Wilfried	Soziales	
34	Kröger, Uwe	Polizei	
35	Engel, Neele	Bremer Rat für Integration	

Arbeitskreis Blumenthal

Erklärung zu der Gesamtsituation in Bremen - Blumenthal und zur George-Albrecht-Straße

In der George-Albrecht-Straße haben vor Jahren vor allem Roma-Familien aus verschiedenen Stadtteilen Wohnraum gefunden (Auflösung Übergangswohnheim Lesum / Lüssum). Die ursprünglichen Bewohner der Straße zogen in das nähere Umfeld im Stadtbezirk.

In den vergangenen Jahren zogen zunehmend weitere extrem hilfebedürftige Personengruppen (andere ethnische Gruppen, Wohnungslose ohne Migrationshintergrund etc.) in diese Straße. Hinweise auf eine zunehmende soziale Problemlage und Lösungsansätze von verschiedenen Institutionen erbrachten bis heute keine Änderung. Aktuell zeichnet sich ferner ab, dass vor allem Zuzüge von Migranten aus Osteuropa und eine starke Zunahme weiterer sozialer und bildungspolitischer Problemfelder zu erwarten sind.

Die Problemlage der George-Albrecht-Straße wird derzeit zunehmend öffentlich thematisiert, aber oftmals unreflektiert und ohne konkrete Kenntnisse der Situation vor Ort wiedergegeben (Vermüllung, Rattenproblematik, Kriminalität etc.)

Die Problemlage speziell einer ethnischen Gruppe oder ethnischen Gruppen allgemein zuzuweisen stellt keinen lösungsorientierten Ansatz dar und ist eindeutig als realitätsfern einzuschätzen. Unstrittig ist, dass die Situation der Straße von einer extremen Hilfsbedürftigkeit verschiedener Personengruppen geprägt ist und dringend kurzfristige, mittelfristige und langfristige Handlungskonzepte entwickelt werden müssen. Konsens bei allen Beteiligten der praktischen Arbeit vor Ort ist entsprechend, dass eine Reduzierung des Problems auf eine Straße oder eine ethnische Gruppe als unverantwortlich und nicht sachdienlich angesehen wird.

Beratungsstellen, Ortsamt, Schulen, Kita, Polizeibeamte und Mitarbeiter des AfSD sehen einen eindeutigen Sozialstrukturwandel in der Region Blumenthal, der die einzelnen Institutionen und Hilfesysteme zunehmend an die Grenze der Leistbarkeit bringt.

Der Bedarf an sozialer Hilfe und Bildungsunterstützung ist in der Region in den letzten Jahren sichtbar stark gestiegen. Immer mehr mittelständige Familien mit und ohne Migrationshintergrund verlassen den Ortsteil bzw. zunehmend sozialschwache Familien wandern zu. Die Auswirkungen des Sozialstrukturwandels werden inzwischen auch im Erscheinungsbild des Stadtteils massiv sichtbar (Geschäftsschließung, Ärzteabwanderung, Leerstände bei Mietwohnungen, Mietpreise, Häuserpreise etc.) Vor Ort wird deutlich, dass

das Zentrum Blumenthals, Rönnebeck und Bockhorn von dem Sozialstrukturwandel am stärksten betroffen sind, andere Stadtteile zeigen ebenfalls zunehmende Sozialstrukturveränderungen.

Die vielfach in der Öffentlichkeit thematisierte Jugendkriminalität bzw. der Brennpunkt George-Albrecht-Straße ist entsprechend als Folge des Sozialstrukturwandels anzusehen. Die Namensänderung einzelner Straßenzüge kann in diesem Zusammenhang keine adäquate Lösungsstrategie zur Problemlösung darstellen.

Eine Veränderung der Situation ist dauerhaft nur mit konkreten und grundlegenden bildungspolitischen, sozialpolitischen und innenpolitischen Lösungskonzepten zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der intensiven Hilfebedarfe und daraus resultierender Problemlagen für einzelne Institutionen haben die KollegInnen der verschiedenen Institutionen (z.B. Schulen, Roma-Projekt, Ortsamt, AfSD, Kita und Horte, Polizei, DOKU, Flüchtlingsberatungsstelle der AWO, Caritas etc.) seit Jahren aktiv die Zusammenarbeit gesucht und eine Arbeitsgruppe (Arbeitskreis Blumenthal) gebildet, um über Vernetzung dem entgegenzuwirken und Problemlösungen anbieten zu können.

Als schwierig erwiesen sich Bereiche wie ressortabhängige Finanzlagen, Vorbehalte bezüglich Datenschutz, eingeschränkte Umsetzungsmöglichkeiten, Vorbehalte gegen Polizei und Ortsamt, die fehlende Kooperation mit den Vermietern/Verwaltungsinstanzen und mangelnde Entscheidungskompetenzen, sowie langwierige Entscheidungswege.

In zahlreichen Gesprächen mit den verschiedenen KollegInnen der einzelnen Ressorts (Inneres, Bildung, Soziales sowie Ortsamt und Beratungsstellen) wird deutlich, dass ein zentraler Lösungsansatz für ein erfolgreiches Hilfekonzept in dieser Region in der engen und ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Koordination aller Beteiligten liegt, um den vielfältigen Besonderheiten der Region Rechnung zu tragen.

Den Bereichen Kindergarten, schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung kommt nach Ansicht des Arbeitskreises eine zentrale Bedeutung zu, da nur Bildungskompetenzen eine weitgehende gesellschaftliche Teilhabe für alle realisieren. Entsprechend wären folgende Lösungsansätze zu empfehlen:

- Die zunehmende umfassende Problematik in der Region Blumenthal bedarf einer „Inklusion" der Hilfe- und Beratungssysteme.
- Die gemeinsame räumliche Unterbringung der Hilfesysteme Soziales, Bildung und Inneres in einem zentralen Gebäude zur schnellen, transparenten und effektiven Unterstützung vor Ort, die fallbezogen arbeitet (und nicht wie bisher ressortbezogen).
- Das Gebäude nicht nur für Beratung der Ressorts zu nutzen, sondern vielmehr einen Ort zu schaffen, der
  - Kompetenz, Beratung und Hilfestellung vor Ort bietet,

- Bildungsmöglichkeiten initiiert (Alphabetisierungskurse, Nähkurse, Berufsaufbaukurse, Hausaufgabenbetreuung etc.),
- Möglichkeiten der Begegnung schafft (Cafeteria, Mensa, Veranstaltungsraum etc.),
- Freizeitmöglichkeiten bietet (Sport, Filmvorführung, Spiel und Spass etc.)
- zum Vermittler der Kulturen wird.

- Die Errichtung einer Koordinationsstelle Inneres, Soziales, Bildung, Justiz mit Entscheidungskompetenzen und der Aufgabe, umfassende Maßnahmen im Stadtteil ressortübergreifend vor Ort anzuregen und zu koordinieren. Eine Bündelung von Fördergeldern (z.B. WIN, Stopp der Jugendkriminalität, EU-Fördermittel etc.) der einzelnen Ressorts könnten hierfür genutzt werden.
- Die Zusammenarbeit sollte so gestaltet werden, dass intensive Hilfebedarfe umfassend in den Bereichen Soziales und Bildung betreut werden und flankierend mit Inneres und Justiz koordiniert werden.
- Ein solches Beratungs- und Begegnungszentrum könnte Familien umfassende und koordinierte Hilfe an einem Ort ermöglichen. Die Kindergärten und Schulen vor Ort würden ferner in der Einrichtung mit Koordinierungshilfen, Beratung und konkreter ergänzender Hilfe unterstützt werden. Über die Einbindung von Sozialpädagogen, Beratungslehrern, Roma-Projekt Bildung und unterrichtsergänzender Maßnahmen von Problemschülern wäre eine ganzheitliche und umfassende Unterstützung im gesamten Stadtteil gewährleistet.
- Projekte zur Verbesserung der sozialen und baulichen Infrastruktur sollten aufbauend und flankierend initiiert werden (Spielplätze, Grillplätze, Fußballplätze etc.)
- Wir verweisen ferner auf die Vorschläge zur Problemlösung des Stadtteils Blumenthal, die im Rahmen einer Arbeitsgruppe vor einem Jahr unter der Leitung von Frau Garbe im Sozialzentrum 1 erarbeitet wurden.
- Entscheidend muss aber sein, dass – ähnlich wie in den WIN-Gebieten – ein Sozialraumkoordinator/Quartiersmanager – eine Anlaufstelle für alle Bürger darstellt und Beteiligungs-Projekte mit den jeweiligen Gruppen (und darüber hinaus) organisiert. Das Prinzip der Gemeinwesenarbeit muss hier handlungsleitend sein, da augenscheinlich die verschiedenen einzelfallbezogenen Ansätze zu kurz gegriffen haben. und es darum gehen muss, ein „erträgliches Miteinander" über Tun/Begegnung zu erreichen. Die Arbeit des Quartiersmanagers bedarf daher auch eines gesicherten Basisbudgets.

Wir haben diese Gedanken und Vorschläge gemeinsam entwickelt und uns darüber hinaus mit der erfolgreich arbeitenden Quartiersmanagerin in Lüssum beraten, um deren Erfahrungen nutzen zu können (von Gelungenem lernen!)

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und verbleiben in der Hoffnung auf Rückmeldung.

Der Arbeitskreis Blumenthal

Bremen, 10.01.2013

Teilnehmerliste AK Blumenthal (Stand Januar 2013)

Name	Einrichtung
Cornelia Britt	Ortsamt Blumenthal
Ulrike Lüddeke	GS Wigmodistraße
Frank Maier	Oberschule Lehmhorster Straße
Stephan Wegner	FÖZ Reepschlägerstraße
Werner Buggel	Sozialzentrum Nord, AfSD
Petra Warneke-Bies	KuFZ Wasserturm
Angela Stocks	Doku Blumenthal
Anne Bammert	Sozialzentrum Nord
Kathrin Müller	Ev. Jugend Blumenthal und Farge
Andrea Nolte-Buschmann	AWO-Beratungsstelle für Flüchtlinge
Thea Fabri	JFH Farge
Helga Graxenberger	Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder
Katrin Wegner-Meinhold	Projekt Bildungsförderung für Roma-Kinder
n.N.	Gesundheitsamt Bremen Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Nadine Egge	Caritas Team-Nord
Rania Obaidat	GS Wigmodi
Uwe Jantzen	Polizeirevier Blumenthal
Andreas Böhme	Polizeirevier Blumenthal
Abdulkerim Sari	Caritas, Team Nord

Arbeitskreis Blumenthal **Bremen, 08.12.2003**

Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Sozialstruktur im Stadtteil Blumenthal für den Bereich Georg-Albrecht-Straße

1.) Strukturelle Veränderungen

- Gezielte Hilfestellung bei Umzugswünschen problematischer Familien.
- Kontrollierter Zuzug neuer Familien in die Wohnanlage durch
  a) Gespräche mit der Hausverwaltung
  b) Überprüfung durch die Sozialhilfesachbearbeiter vor Einzug
  c) Kooperation aller beteiligten Stellen im Vorfeld

2.) Soziale Hilfsangebote

- Kinder- und/oder Jugendbetreuung in der Wohnanlage
- Erziehungshilfen in den einzelnen Problemfamilien
- Ggf. Familienhelfereinsätze
- Streetwork
- Einbindung der Kinder und Jugendlichen in bestehende soziale Einrichtungen, Sportvereine o. ä.
- Elterberatung

3.) Finanzierungsmöglichkeiten

- Beiratsmittel
- WIN-Mittel
- Erziehungshilfemittel
- Sozialpädagogische Hilfen
- Mittel für Soziale Gruppenarbeit
- Europäischer Flüchtlingsfond (Projekt)
- Streetwork

AWO Beratungsstelle für Flüchtluinge

Fr. Nolte-Buschmann

Leverkenbarg 1

28779 Bremen

Tel. und Fax: (0421) 60 77 98

Interventionsmöglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Umweltbedingungen in der George – Albrecht – Str.

Einrichtung eines Bewohnertreffs

- Selbstorganisation durch Eigeninitiative fördern.
- Quartiersmanager (Kümmerer) einstellen.
- Sprecherrat bilden.
- Patenschaften von Familien für Familien.
- Niedrigschwellige Angebote aufbauen:
- Alphabetisierungskurse, Erziehungskurse nach Opstapje, Hippy, Treffpunkt „Junge Mütter“ über Epsymo.
- Müllproblematik kommunizieren, Coaching der Anwohner, Aktionstage initiieren.

Nachbarschaftliche Förderung organisieren

- Berufliche Qualifikationen erfassen.
- Wer kann mit welcher Qualifikation etwas für das Gemeinwesen tun (bezahlte Micro-Projekte).
- Professionelle Anleitung über ALZ, BRAS etc.
- Legalisierung bestimmter Gewerbe an einem nahen, externen Ort.

Wohnsituation verbessern

- Einrichtung von Trocknerbereichen in den Kellern.
- Schimmelproblem lösen.
- Brandschutz.

Rechtliches

- Aufenthaltsrechtliche Fragen klären.
- Ohne gesicherte Perspektive keine Entwicklung von Integrationsinteressen.
- Berechtigung für Gewerbeanmeldungen prüfen.

Angebotserweiterungen

- Ressourcen für Streetwork erhöhen, damit auch an Feiertagen und Wochenenden Präsenz hergestellt wird.
- Zusätzliche Mädchengruppe für jüngere Geschwister aufbauen.
- Außenbereiche attraktiver gestalten durch Gestaltung von Spielbereichen für kleine Kinder.
- Spielplatz Julius Plate aufwerten (kein Hundetreffpunkt).

Netzwerkorganisation aufbauen

- Durch das Quartiersmanagement sollen die professionellen Akteure in einen Kooperationsverbund organisiert werden.
- Beteiligte Akteure :AK Blumenthal, Team Nord, Schule, KiTa, Sozialarbeiter AfsD, Vertreter der freien Jugendhilfe, die z. Z. für ca. 20 Familien einzelfallbezogene Erziehungshilfen anbieten.

Presseberichte über das Untersuchungsgebiet

Die Norddeutsche, 13.03.2013

Blumenthal ist sicherer als Bremen-Stadt

Inspektionsleiter Kevin Hamann notiert weniger Einbrüche und mehr Jugendgewalt

VON CHRISTINA DENKER

Blumenthal. Mit der Aussagekraft nackter Zahlen ist es manchmal nicht weit her, und dass Statistiken besser nicht zu trauen ist, sagte schon Winston Churchill. Manch einem, der am Montagabend die Blumenthaler Beiratssitzung besuchte, mochte das wieder eingefallen sein, als der Leiter der Polizeiinspektion (PI) Nord, Kevin Hamann, die jüngste Kriminalitätsstatistik für Blumenthal vorstellte.

Ein Beispiel: Die Kriminalstatistik spricht von 300 Einbrüchen in Häuser und Wohnungen für das Jahr 2012 – immerhin beachtliche 101 Delikte mehr als im Jahr zuvor. Eine beunruhigende Bilanz? Nein, sagt Hamann. Es seien hier lediglich statistische Überträge aus dem Jahr 2011, die das Ergebnis verfälschen würden.

Ganz im Gegenteil, die Einbrüche in Häuser und Wohnungen hätten im Jahr 2012 abgenommen. Und die Aufklärungsquote sei sogar von 9,6 auf 11,4 Prozent gestiegen. Warum in Blumenthal weniger eingebrochen wurde, kann der Polizist nicht sagen. Einen Grund sieht er darin, dass es der Polizei gelungen sei, einige Intensivtäter zu schnappen. „Mit deren Ergreifung ist die Anzahl der Einbrüche in Wohnungen und Häuser deutlich gesunken", berichtet er.

Insgesamt zählt die Kriminalitätsstatistik für das vergangenen Jahr 2503 Delikte, 67 weniger als im Jahr 2011. Die Aufklärungsquote ist von 47,5 Prozent auf 53 Prozent gestiegen. Im Vergleich zu Bremen-Stadt, sagte Hamann, sei es in Blumenthal statistisch weniger wahrscheinlich, Opfer einer Straftat zu werden.

Polizeirat Kevin Hamann stellte am Montag die Kriminalitätsstatistik vor. FOTO: KOSAK

Was Raub und räuberische Erpressung angeht, liegt die Zahl mit 45 Fällen 2012 höher als im Vorjahr mit 38 Delikten. Eine steigende Tendenz, die dem Beamten Sorgen bereitet. Ein jüngster Vorfall beim Hol-ab-Markt in Blumenthal sei in seiner Brutalität herausragend gewesen, findet Hamann. Mittlerweile hat die Polizei nach Hamanns Worten eine Schwerpunktgruppe gebildet, die, hoffentlich bald für Ermittlungserfolge sorgen werde.

Noch mehr Kummer macht ihm der Anstieg der Körperverletzungen, besonders bei Jugendlichen, die von 192 auf 246 Fällen deutlich gestiegen sei. Einen positiven Trend gibt es jedoch bei Einbruchsdelikten in Autos: Waren im Jahr 2011 von der Polizei noch 244 Fälle zu bearbeiten, gab es 2012 genau 80 Strafanzeigen.

Den Grund für die Abnahme sieht Hamann darin, dass in Autos immer weniger für Langfinger zu holen sei. Navigationsgeräte seien mittlerweile fest installiert, die Autofahrer sensibler geworden. Noch einmal zurück zur Aussagekraft von Statistiken: Unter der Überschrift „Gewaltkriminalität" verzeichnet die Polizei für 2012 insgesamt 130 Fälle, 29 mehr als im Jahr 2011. „Das reicht von Handtaschenraub, über Raub bis Mord", schildert Kevin Hamann, kann zu diesen Zahlen allerdings nicht viel sagen – nur, dass sie „schwer interpretierbar" seien.

Als Schwerpunktbereiche hat sich der Polizist für dieses Jahr vorgenommen, die Zahl der Wohnungseinbrüche in Blumenthal weiter zu senken, die Raubkriminalität einzudämmen sowie das Thema Jugendgewalt intensiver anzugehen. Außerdem wolle er einen Beitrag dazu leisten, die Brennpunkte Grohner Dühne und George-Albrecht-Straße zu entschärfen.

Zum Schluss appelliert der Inspektionsleiter während der Beiratssitzung noch einmal an die Blumenthaler: „Rufen Sie an, wenn Sie etwas Verdächtiges bemerken, wir brauchen Ihre Informationen", fordert der Chef der Nordbremer Polizei die Besucher nachdrücklich auf.

Die Norddeutsche, 27.03.2013

Forderung nach schneller Abhilfe

George-Albrecht-Straße: Parteien, Schulen und soziale Einrichtungen warten auf das Quartierszentrum

Der Beirat Blumenthal fordert die Sozialsenatorin auf, noch vor der Sommerpause die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit ein Quartiersmanagement und das Beratungs- und Begegnungszentrum für die George-Albrecht-Straße installiert werden können. Montagabend beschäftigte das Thema den Sozialausschuss. Kenner des Milieus haben eine Erklärung zur Gesamtsituation verfasst.

VON CHRISTINA DENKER

Blumenthal. Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen gilt bekanntlich häufig als Wegbereiter für einen Einstieg in die Kriminalität. Das gilt auch für Blumenthal. Polizeimaßnahmen greifen oft nicht, Forderungen nach frühen Hilfen gibt es schon seit Jahren. Nun werden diese Stimmen immer lauter. Die Bürgerschaftsabgeordnete Margitta Schmidtke (SPD) brachte es am Montagabend während einer Sitzung des Sozialausschusses auf den Punkt: „Wenn wir unsere Kinder nicht erreichen, dann haben wir sie als Jugendliche und Erwachsene verloren".

Es ist die Situation in der George-Albrecht-Straße, die Teilnehmer an der Sitzung am Montagabend in der Förderschule Reepschlägerstraße an einen Tisch brachte. Ein Straßenzug, dessen schlechter Ruf für die allgemein schlechten Zustände in Blumenthal herhalten muss. Denn, so wurde an dem Abend noch einmal verdeutlicht, es gehe bei dieser Problematik um den gesamten Blumenthaler Ortskern. Und damit auch nicht nur um kriminell gewordene Migranten.

Sondern auch um hilflose, kriegstraumatisierte und bemühte Zuwanderer, die am liebsten sofort wegziehen möchte, aber nirgends eine andere Bleibe finden, weil der Wohnort George-Albrecht-Straße mittlerweile ein Stigma geworden sei, wie es hieß. Gekommen waren neben Schmidtke gleich drei weitere Bürgerschaftsabgeordnete: Klaus Möhle, ebenfalls SPD, sowie die beiden Christdemokraten Wilhelm Hinners und Rainer Bensch.

Stephan Wegner als Leiter der Schule, Werner Buggel vom Amt für Soziale Dienste sowie Andrea Nolte-Buschmann von der Arbeiterwohlfahrt saßen als Kenner des sozialen Brennpunkts mit in der Runde. Sie gehören dem Arbeitskreis Blumenthal an und haben eine Erklärung zur Gesamtsituation in der George-Albrecht-Straße verfasst. Die mündet unter anderem in der Forderung nach einem Beratungs- und Begegnungszentrum für die Bewohner der George-Albrecht-Straße und alle anderen Blumenthaler auch.

Ein Zentrum, in dem unterschiedliche Behörden wie Soziales, Bildung und Inneres schnell, transparent und fallbezogen arbeiten. Darüber hinaus sollte es dort Beratung und Hilfe sowie unterschiedliche Bildungsmöglichkeiten wie Alphabetisierungskurse, Hausaufgabenbetreuung und vieles mehr geben. Schließlich soll das Zentrum Möglichkeiten zur Begegnung schaffen, Freizeitmöglichkeiten bieten und alles in allem Vermittler der Kulturen werden. Notwendig dafür sei außerdem ein Quartiersmanager und natürlich – Geld.

Bereits vor zehn Jahren, 2003, wurde der Arbeitskreis gegründet. Und zwar deshalb, weil ethnische Gruppen zugezogen waren und sich dadurch Konflikte ergaben. Damals wurde zumindest eine Betreuung für Kinder und Jugendliche eingerichtet. „Wir arbeiten gegen Windmühlen", beschrieb Wegner am Montag seine Erfahrung mit langen bürokratischen Wegen und fehlenden Ressourcen. Der Schulleiter glaubt, dass der Stadtteil Blumenthal noch zu retten ist – doch nur, wenn schnell gegengesteuert werde. Ansonsten sei die Entwicklung unumkehrbar, befürchtet er und wurde nicht müde, zu betonen: „Wir haben hier kein ethnisches, sondern ein soziales Problem." Ein Appell, der im politischen Raum Gehör gefunden hat und im Dezember in einen Beschluss der Bürgerschaft mündete. Die George-Albrecht-Straße und die Mühlenstraße sollen WIN-Gebiet werden. Das ermöglicht unter anderem Fördergelder.

> „Wir haben hier kein ethnisches, sondern ein soziales Problem."
>
> Schulleiter Stefan Wegner

Klaus Möhle hat ganz grundsätzlich seine Zweifel daran, dass Bremen noch in der Lage sei, seine Flüchtlinge vernünftig zu begleiten: „Ich sehe unseren Haushalt, ich sehe unsere Möglichkeiten." Genau wie er, spricht sich auch der Innenpolitiker Wilhelm Hinners für eine klare Justiz aus. Der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete machte während der Ausschusssitzung noch einmal klar, dass die Polizei bestenfalls in der Lage sei, zu reparieren. Probleme beseitigen könne sie nicht. Margitta Schmidtke erinnerte in einer engagierten Rede noch einmal an die Forderung der Nordbremer SPD nach einem Rebuz für Blumenthal. Reiner Bensch schließlich brachte es auf den Punkt: „Wir brauchen ein Alle-Mann-Manöver." Das wurde an diesem Abend seitens der Politik auch immer wieder versichert: An den Problemen im Ortsteil Blumenthal soll sich kein Parteigeplänkel entzünden.

Die Norddeutsche, 10.04.2013

Zahltag in der George-Albrecht-Straße

Im sozialen Brennpunkt treiben Finanz- und Polizeibeamte Schulden ein / Bewohner mit wenig Deutschkenntnissen

Auf dem Weg zu ihrem Einsatz: Vollzugsbeamte des Finanzamtes, gefolgt von Bereitschaftspolizisten. FOTO: CHRISTIAN KOSAK

Zahlreiche Einsatzfahrzeuge der Polizei parkten unweit der Wohnblocks.

Ein Finanzbeamter ordnet seine Unterlagen.

Vollzugsbeamte des Finanzamtes Bremen-Nord haben gestern in einem Wohnblock an der George-Albrecht-Straße zahlreiche Pfändungsbeschlüsse vollstreckt. Sie wurden dabei von starken Polizeikräften unterstützt, weil Widerstand befürchtet wurde. Während der mehrstündigen Aktion blieb jedoch alles ruhig. Bewohner der Anlage, überwiegend Sinti und Roma, kritisierten die massive Polizeipräsenz.

VON JÜRGEN THEINER

Blumenthal. Es hatte sich einiges angesammelt in den Aktenschränken des Finanzamtes Bremen-Nord: Steuerschulden, nicht entrichtete Bußgelder oder Gebühren, unbezahlte Gerichtskosten – ein ganzer Strauß von Forderungen öffentlicher Einrichtungen gegen rund 30 Bewohner der Wohnanlage. Dieses Geld einzutreiben oder alternativ Wertgegenstände zu pfänden, war das Ziel der gestrigen Amtshandlung.

ANZEIGE
DIE KLEINE GÄRTNEREI
☎ 04 21-665 321
GRABPFLEGE und alles rund ums Grab

Kurz vor 9 Uhr rollten mehrere Kleinbusse der Bereitschaftspolizei an. Rund 30 uniformierte Einsatzkräfte standen nun bereit, um den fünf Vollzugsbeamten des Finanzamtes jene Rückendeckung zu verschaffen, um die die Behörde im Vorfeld der Aktion gebeten hatte. Mit vor Ort waren der Integrationsbeauftragte der Bremer Polizei, Thomas Müller, und Kontaktpolizist Uwe Jantzen, der sich im Blumenthaler Brennpunktquartier besonders gut auskennt.

Ob die einschüchternde Kulisse nun ihre Wirkung tat, oder ob sie letztlich überflüssig war – so oder so hatten die Finanzbeamten keine Probleme, ihrem Auftrag nachzugehen. In welcher Höhe Behörden-Forderungen eingetrieben werden konnten, dazu machte die Sprecherin des Finanzressorts, Dagmar Bleiker, am Nachmittag keine Angaben. Überraschend könne der Besuch der Vollzugsbeamten für die Betroffenen jedoch nicht gewesen sein, sagte sie. „Die haben alle von uns im Vorfeld mehrfach Post bekommen."

Und haben sie diese Post auch verstanden? Diese Frage rührt an den Kern des Problems, das gestern an der George-Albrecht-Straße mit staatlicher Gewalt gelöst werden sollte. „Die Leute, die hier wohnen", sagte Kontaktpolizist Jantzen, „können häufig gar nicht lesen. Ich habe es bei meinen Besuchen in den Wohnungen schon häufiger erlebt, dass da Schubladen aufgemacht wurden mit lauter amtlichen Schreiben. Den Inhalt hatte keiner verstanden." Häufig zögen die Adressaten den Kopf ein und ignorierten das Ungemach, das sich über ihnen zusammenbraut. „Es gibt keine Schriftkultur in den Lebenszusammenhängen, aus denen diese Zuwanderer stammen", so Jantzen. Als Entschuldigung wollte er das nicht verstanden wissen. „Sie schaffen es ja auch, ein Auto anzumelden. Da ist dann die Motivation hoch genug."

„Leute an die Hand nehmen"

Analphabetentum unter den Sinti und Roma ist aber offenbar nicht der einzige Grund, warum in den Wohnblocks an der George-Albrecht-Straße Schulden häufig per Gerichtsvollzieher eingetrieben werden müssen. „Schauen Sie sich mal die Briefkästen an", sagte ein junger Roma und wies in Richtung des Hauseingangs. Alle aufgebrochen. Der Vandalismus war unübersehbar. „Da kommt sehr viel Post weg. Ist ja auch kein Wunder. Die Haustür steht 24 Stunden offen." Die Zerstörungen seien meist das Werk von Jugendlichen, allerdings nicht aus den Blocks selbst. Er selbst, berichtete der junge Mann weiter, habe dem Gerichtsvollzieher gerade 104 Euro übergeben. Auf diesen Betrag war ein nicht gezahltes Bußgeld von 20 Euro aus dem Jahr 2009 zwischenzeitlich angewachsen, Versäumnisaufschläge und Vollzugsgebühren inbegriffen. Er habe das Geld anstandslos gezahlt, „da wäre es nicht nötig gewesen, dass fünf Mann in meiner Bude stehen" – gemeint waren der Finanzbeamte und seine Eskorte.

Kritik an der Dimension des Polizeieinsatzes übte auch Lirije Cesmedji von der Betreuungseinrichtung effect, die sich im Auftrag der Sozialbehörde um Bremer Roma kümmert. „Da sind eher Ängste geschürt worden", meinte Cesmedji. Polizeisprecher Gundmar Köster sah das anders. „Der Umfang der Einsatzkräfte war nicht zuletzt der Gesamtsituation in der George-Albrecht-Straße geschuldet", so Köster. Zwar habe sich die Situation dort zuletzt spürbar entspannt, doch sei es wichtig gewesen, ein Signal der Entschlossenheit auszusenden.

In einem Punkt war sich Lirije Cesmedji mit der Polizei einig. „Man bräuchte hier im Grunde eine Institution, die die Leute an die Hand nimmt und ihnen erklärt, wie unsere Gesellschaft funktioniert", meinte Integrationsexperte Thomas Müller. An diesem Punkt sei in den vergangenen Jahren, in denen bereits zahlreiche osteuropäische Sinti und Roma nach Deutschland gekommen seien, viel versäumt worden. Müller: „Wenn hier Leute aus völlig anderen Kulturen sich selbst überlassen bleiben, kann das nicht funktionieren."

Weserkurier, 14.04.2013

WK 14.04.13

Razzia in Blumenthal

Finanzamt Bremen-Nord treibt in Wohnblocks Schulden ein / Kritik an Polizeipräsenz

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Unterstützt von starken Polizeikräften, haben Beamte des Finanzamtes Bremen-Nord diese Woche in einer Blumenthaler Brennpunktsiedlung zahlreiche Pfändungsbeschlüsse vollstreckt. Während der mehrstündigen Aktion blieb alles ruhig. Bewohner der Anlage kritisierten jedoch die massive Polizeipräsenz.

Kurz vor 9 Uhr hatten sich die fünf Vollzugsbeamten des Finanzamtes vor den Wohnblocks in der George-Albrecht-Straße eingefunden. Ihr Auftrag: Eintreiben von Außenständen diverser Behörden. Es ging um Steuern, Gebühren, Bußgelder, Gerichtskosten – einen ganzen Strauß nicht beglichener Forderungen an insgesamt 30 Bewohner der Anlage. Im Vorfeld der Aktion hatte die Finanzbehörde bei der Polizei um Amtshilfe gebeten. Offenbar wurde befürchtet, dass es zu spontanem Widerstand kommen könne. Die George-Albrecht-Straße gilt als sozialer Brennpunkt im Stadtteil Blumenthal, in den Mehrfamilienhäusern sind ganz überwiegend Sinti und Roma aus Osteuropa untergebracht.

Deren mangelnde Fähigkeit zur Kommunikation mit Behörden ist für den Blumenthaler Kontaktpolizisten Uwe Jantzen einer der Gründe, warum der ges Einsatz überhaupt nötig wurde. „Die Leute, die hier wohnen, können häufig gar nicht lesen", so Jantzen. „Ich habe es bei meinen Besuchen in den Wohnungen schon häufiger erlebt, dass da Schubladen aufgemacht wurden mit lauter amtlichen Schreiben. Den Inhalt hatte keiner verstanden."

Jantzen und seine rund 30 Kollegen von der Bereitschaftspolizei konnten sich letztlich im Hintergrund halten. Niemand widersetzte sich den Pfändungen. Die als Drohkulisse wahrgenommene, massive Polizeipräsenz sorgte jedoch vereinzelt für Kritik – etwa vonseiten eines jungen Mannes, dem die Finanzbeamten 104 Euro in bar abnahmen. Auf diesen Betrag war ein nicht gezahltes Bußgeld aus dem Jahr 2009 zwischenzeitlich durch Säumnis- und Vollzugsgebühren angewachsen. Er habe das Geld anstandslos gezahlt, so der Betroffene, „da wäre es nicht nötig gewesen, dass fünf Mann in meiner Bude stehen". Gemeint waren der Finanzbeamte und seine Eskorte.

Flankiert von Polizisten, treiben Finanzbeamte Schulden ein. Foto: Christian Kosak

Die Norddeutsche, 07.06.2013

Suche nach Quartiersmanager beginnt

Win-Gebiet Blumenthal: Sozialbehörde bereitet Ausschreibung vor / Arbeitsbeginn in diesem Sommer

Die Verbesserung der Wohnsituation spielt eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Probleme in der George-Albrecht-Straße. In vielen Wohnungen regiert der Schimmel in fast allen Räumen. Eines der Themen für den Quartiersmanager, der im Sommer seine Arbeit aufnehmen soll.

VON CHRISTINA DENKER

Blumenthal. Vor fast genau einem halben Jahr hat die Bremische Bürgerschaft einen Antrag zur vernetzten Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße beschlossen. Ziel ist, die Situation vor Ort zu verbessern und Perspektiven für die Anwohner zu schaffen. Dass es neben Integrationsbemühungen auch eine Verbesserung der Wohnsituation nötig ist, ist nach Angaben des Sozialressorts unstrittig.

Viele der ehemaligen BWK-Wohnhäuser, die in den 60er Jahren errichtet worden sind, sind von Schimmel befallen. Die teilweise altersschwachen Lüfter in den fensterlosen Badezimmern schaffen es nicht mehr, die Feuchtigkeit aus der Luft zu ziehen. Ergebnis: Schimmelbefall in allen Räumen. Viele Bewohner streichen die Wände regelmäßig mit Wandfarbe über und benutzen entsprechende Chemikalien gegen Schimmel, doch der Pilz frisst sich innerhalb kurzer Zeit immer wieder durch den Anstrich. Das alte Gemäuer ist schlichtweg seit Jahrzehnten feucht. Ein bekanntes Problem: Berichte darüber gab es in dieser Zeitung schon in den 90er Jahren. Oft wird den Familien vorgeworfen, daran selbst Schuld zu sein, weil sie ihre Wäsche in der Wohnung trocknen würden.

Insgesamt sind die Besitzverhältnisse der Häuser in Blumenthals sozialem Brennpunkt schwer durchschaubar. Fest steht jedoch, dass die Mietkosten in vielen Fällen vom Amt übernommen werden. Rund 800 Euro muss die Behörde schon mal für eine etwa 85 Quadratmeter große Wohnung monatlich zahlen. Saniert wird hingegen vielerorts nur wenig.

In einigen Fällen gehören die Wohnungen Einzelpersonen, die sich zu Eigentümergemeinschaften zusammengeschlossen haben. Und im März sind nach Informationen dieser Zeitung mehrere Wohnblöcke an einen privaten Investor verkauft worden. Mit der Hausverwaltung wurde die Firma ID-Nord aus Schwarzenbek nahe Hamburg betraut. Ob und in welcher Weise die Verwalter hier in Blumenthal vor Ort sein werden, um nach dem Rechten zu sehen – darüber wollte eine Mitarbeiterin des Unternehmens gestern keine Angaben machen. Auch über mögliche Sanierungsabsichten des neuen Eigentümer wollte sie keine Auskunft geben – die Geschäftsführerin war nicht zu erreichen. Sozialer Wohnraum: Das ist eines der großen Themen, die Bremen seit einiger Zeit beschäftigt. In der George-Albrecht-Straße gehen diese Bestrebungen noch einen Schritt weiter. Wie berichtet, soll die Straße und ihr Umfeld nach politischen Willen zum sogenannten Win-Gebiet erklärt werden, um Fördermaßnahmen anwenden zu können. Gleichzeitig soll ein Quartiersmanager etabliert werden. Nach Angaben des Sprechers der Sozialsenatorin, Bernd Schneider, ist die Ausschreibung mittlerweile fertig, so dass sie in Kürze öffentlich gemacht werden kann.

> „Es gibt Eigentümer, die verantwortungsbewusst mit Wohnungen umgehen."
>
> Bernd Schneider, Sozialressort

Schneider ist der Meinung, dass die Verbesserung der Wohnsituation eine große Rolle spielt, um in der George-Albrecht-Straße überhaupt etwas zu bewegen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Anwohner einen Anspruch auf Hilfeleistungen durch den Mieterverein hätten. Die Beiträge könnten vom Amt übernommen werden. Davon wüssten allerdings nur wenig Menschen, die in der George-Albrecht-Straße leben.

Noch in diesem Sommer soll nun der Quartiersmanager seine Arbeit aufnehmen und wäre dann auch Ansprechpartner für die Anwohner auf der einen Seite, aber auch Bindeglied zwischen den Bewohnern und den Eigentümern der Wohnungen sowie deren Hausverwaltungen. Nach seiner Kenntnis gebe es jedoch auch Eigentümer, die „relativ verantwortungsbewusst" mit dem Zustand ihrer Wohnungen umgehen würden.

Weserkurier, 13.06.2013

Umfrage in Blumenthal: Angst, Armut und wenig Perspektiven

VON CHRISTINA DENKER

Blumenthal. Viele Blumenthaler fühlen sich als „Abfalleimer der Stadt Bremen". Zu diesem Ergebnis kommt die von der Sozialsenatorin in Auftrag gegebene Analyse zur Situation in der George-Albrecht-Straße und ihrem Umfeld. Für diese Studie hat das beauftragte Unternehmen viele Gespräche geführt – mit Alteingesessenen genauso wie mit Bewohnern des sozialen Brennpunkts. Aber auch mit Menschen und Organisationen, die sich von Berufs wegen auskennen – wie etwa Polizisten, dem Verein Bremer Integrationshilfen (Brigg) und Kindergärten.

Während die Befragten den Umzug vieler Blumenthaler Familien in andere Stadtteile, die geringen Immobilienpreise und vielen Leerstände sowie den Sanierungsstau als Hauptprobleme des Quartiers benennen, sind es für die Menschen in der George-Albrecht-Straße ganz andere Dinge, die ihnen zu schaffen machen. Dazu zählen ihr eigener, oftmals unklarer Aufenthaltsstatus sowie der Analphabetismus. Auch von Kriegstraumata wird berichtet. Außerdem beklagten viele den Zustand ihrer Wohnungen. Weitere Probleme sähen die Bewohner darin, dass ihnen andere Menschen nur wenig Verständnis entgegen bringen, sie fühlten sich stigmatisiert. Die Befragten aus Schulen, Kindertagesstätten oder Sozialeinrichtungen berichten dagegen von Armut und Arbeitslosigkeit, Sprachbarrieren und schlechten Bildungschancen sowie fehlenden Schulangeboten für auffällige oder nicht beschulbare Kinder in Bremen-Nord.

Am Montagabend hat der zuständige Projektleiter bei der Senatorin für Soziales, Wilfried Wojke, diese Analyse im Rahmen der geplanten vernetzten Quartiersentwicklung dem Blumenthaler Beirat vorgestellt. Zunächst lieferte er Zahlen, die die Misere im Blumenthaler Ortskern widerspiegeln. Vorweg stehen dabei die derzeit 42 Leerstände. Auch zur Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur hat der Projektleiter Informationen gesammelt.

Insgesamt leben im Umfeld der George-Albrecht-Straße deutlich weniger Menschen als noch 2002. Die Altersstruktur unterscheidet sich dort stark von der deutlich älteren Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auffällig: Im Vergleich zum Rest des Untersuchungsgebiets wohnen dort die meisten Kinder und Jugendlichen. Haupherkunftsländer der Bewohner sind vor allem das ehemalige Jugoslawien (George-Albrecht-Straße) und die Türkei (Umfeld).

Lösungsansätze gebe es demnach viele. So halten es die Befragten für sinnvoll, den Bewohnern mehr Hilfe zur Selbsthilfe zukommen zu lassen, damit sie lernen, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Außerdem sollten Kinder mehr Chancen bekommen und die Wohnsituation sich verbessern. Die Bewohner selbst wünschten sich mehr Kontakte, bessere Bildungschancen für sich sowie ihre Kinder.

Weserreport, 12.06.2013

Weser-Report
12.06.2013

Ein Brennpunkt in Zahlen

Sozialressort hat Bestandsanalyse zur George-Albrecht-Straße und umzu vorgestel

VON
SONJA NIEMANN

„Baublock 531011" heißt das Gebiet zwischen George-Albrecht- und der Mühlenstraße in der Bestandsanalyse des Büros proloco. Vier von fünf Menschen leben in diesem Areal von Sozialleistungen.

BLUMENTHAL Die jetzt fertiggestellte Bestandsanalyse soll Grundlage für die vernetzte Quartiersentwicklung im Umfeld der George-Albrecht-Straße sein. Im Auftrag der Sozialsenatorin hat proloco den vermeintlichen Blumenthaler Brennpunkt und seine direkte Umgebung untersucht.

Besonders auffällig ist, dass der Anteil der Sozialleistungs-Empfänger enorm hoch ist. Im gesamten Untersuchungsgebiet zwischen Flethestraße und Bahnhof Ständer erhält jeder zweite Sozialleistungen. Im Baublock 531011 sind es sogar 75 Prozent. Insbesondere die Zahl der Asylbewerber sticht dabei heraus. So gibt es zwischen George-Albrecht- und Mühlenstraße genauso viele Hartz-IV-Empfänger wie Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Der hohe Prozentsatz von Asylbewerbern an der Bevölkerung vor Ort schlägt sich auch in den von den Bewohnern des Blocks 531011 formulierten Hauptproblemen der Gegend nieder. Ein unsicherer Aufenthaltsstatus, Kriegstraumata und mangelhafte Deutschkenntnisse erschweren den Menschen aus der George-Albrecht-Straße die Eingliederung in die Gesellschaft. Schulden, Analphabetismus und Stigmatisierung gehören laut Bestandsanalyse ebenfalls zu den Alltagsproblemen. Das Viertel zu verlassen, fällt vielen sozial schwachen Anwohnern schwer. „Als Mieter der George-Albrecht-Straße nimmt einen kein anderer Vermieter", haben Bewohner zu Protokoll gegeben.

Die meisten Bewohner leben länger als zwei Jahre, aber kürzer als neun Jahre an der George-Albrecht-Straße. Die Zahl der langjährigen Anwohner geht seit 2001 stetig zurück. „Alteingesessen" sind nur noch etwas mehr als 50 der insgesamt rund 450 Personen, die im Baublock 531011 leben.

Knapp ein Viertel der Menschen an der George-Albrecht-Straße stammt aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie stellen den größten Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund. Das ist ungewöhnlich. In der direkten Umgebung sind sonst immer die Türken die personenstärkste Gruppe unter den Migranten. Deutsche ohne Migrationshintergrund leben hingegen unterdurchschnittlich selten an der George-Albrecht-Straße. Nicht einmal auf jeden Dritten trifft das zu.

Für den alten Blumenthaler Ortskern fielen besonders die Zahlen der Leerstände auf. Insgesamt 42 leerstehende Ladengeschäfte verzeichnet die Analyse an der Mühlen-, Kapitän-Dallmann- und Landrat-Christians-Straße sowie am Markt. „Das ist erschreckend", sagte Wilfried Wojke, der die Untersuchungsergebnisse im Namen des Sozialressorts im Beirat vorstellte. „Die Mühlenstraße und Kapitän-Dallmann-Straße nehmen die zentrale Funktion für den Ortsteil nicht mehr wahr."

Flankierende WiN-Fördermittel Altes Zentrum Blumenthal
Rahmenvorgaben 2014-2015

1. Quartiersrat

Entscheidungen über die Verwendung der flankierenden WiN-Mittel werden im Quartiersrat getroffen. Der Quartiersrat besteht zunächst aus den Mitgliedern des Arbeitskreises Blumenthal, steht allerdings allen Interessierten offen und tagt öffentlich. Förderentscheidungen werden im Konsens getroffen. Der Quartiersrat tagt anlassbezogen, mindestens aber zweimal pro Kalenderjahr. Die Einberufung, Vorbereitung und Durchführung der Quartiersratssitzungen erfolgt durch das Quartiersmanagement.

2. Förderfähige Projekte und Kosten

Aus den Fördermitteln des Programmes WiN können Quartiersprojekte und Schlüsselprojekte gefördert werden.
Gefördert werden einmalig stattfindende Quartiersprojekte. Eine erneute Beantragung für gleiche oder ähnliche Zwecke ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich (z.B. jährlich stattfindende Feste). In Ausnahmefällen und nach Abwägung von Aufwand und Nutzen (z. B. wie viele Personen werden erreicht bzw. aktiviert?) können Honorare und Aufwandsentschädigungen gefördert werden.

Die Betriebskosten eines Bewohnertreffs sind förderfähig. Zu den Betriebskosten zählen insbesondere: Mietnebenkosten, Energiekosten (Strom, Gas, Wasser), Versicherungen, Bürokosten, Telefonkosten.

3. Antragstellende

Anträge für Quartiersprojekte können insbesondere von allen Bewohner/innen, Kinder- und Jugendgruppen, Hausgemeinschaften, Bewohnergruppen, Straßengemeinschaften und Nachbarschaftsgruppen gestellt werden. Auch gemeinnützige Vereine und weitere Träger sind antragsberechtigt.

4. Inhaltliche Förderschwerpunkte

Unter Berücksichtigung folgender Kriterien entscheidet der Quartiersrat über die Befürwortung von Anträgen:

- Die Projekte kommen den Bewohner/innen des Quartiers zugute.
- Die Projekte fördern die Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation und Eigenverantwortung der Bewohner/innen des Quartiers.
- Die Projekte tragen zur Verbesserung des Zusammenlebens im Quartier bei.
- Die Projekte unterstützen aktive Nachbarschaften und soziokulturelle Teilhabe.
- Die Projekte streben eine längerfristige, nachhaltige Wirkung an.

5. Förderbeträge für Quartiersprojekte

Die Förderhöchstgrenzen pro Projekt liegen bei:

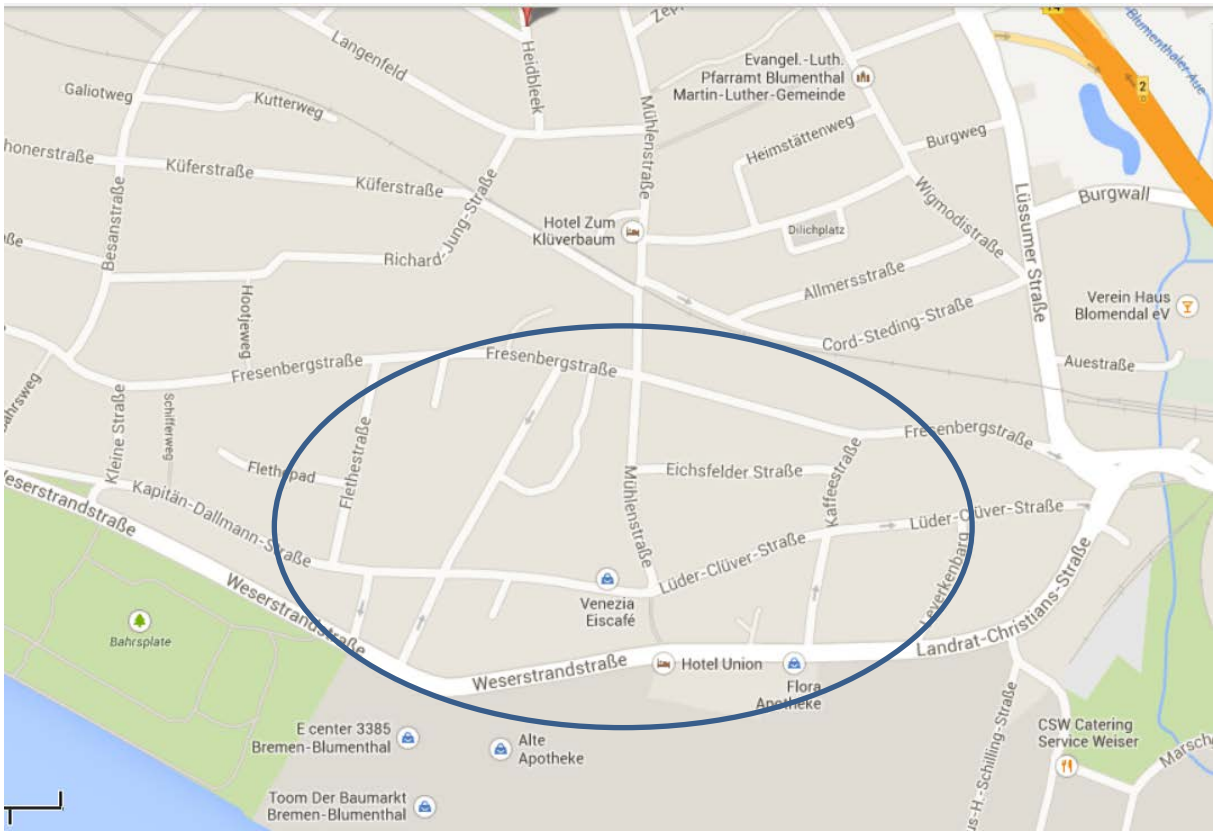
- 3.000,- Euro. Institutionelle Antragsteller/innen müssen eine Grundfinanzierung von 50% der Projektkosten darstellen.
- 250,- Euro für Ausfahrten
- 500,- Euro für die Arbeit des Quartiersrates und des Quartiersmanagements

6. Verwaltung der Mittel

Die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel werden zur Verwaltung dem AfSD überstellt und sollen im Kalenderjahr ausgegeben werden. Anträge werden vom Quartiersmanagement inhaltlich und formal geprüft, dem Quartiersrat zugeleitet und nach dessen Beschlussfassung zur Bewilligung an das AfSD gegeben.
Das AfSD teilt dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr jährlich die tatsächlich entstandenen Ausgaben des Förderzeitraums (01.01.-31.12.) mit.

7. Nachweis der Mittelverwendung

Das AfSD hat von den Antragsteller/innen den Verwendungsnachweis über die durchgeführten Aktivitäten anzufordern und erstellt daraufhin eine Dokumentation der Projekte für die WiN-Geschäftsführung.

Sachstand: 11.12.2013

Schwerpunktgebiet der flankierenden WiN-Förderung Altes Zentrum Blumenthal